

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

2. Das Attentat auf Sarajewo

2.1. Die Julikrise

2.2. Die europäische Mächtekonstellation vor dem 1. August 1914

2.3. Der „Frieden“ vor dem Krieg

2.3.1. Industrialisierung und Imperialismus

2.3.2. Vereinigtes Königreich

2.3.3. Deutsches Reich

2.3.4. Frankreich

2.3.5. Österreich-Ungarn

2.3.6. Russland

2.3.7. Osmanisches Reich

2.3.8. Balkan

2.4. Die Bündnisse gehen in Stellung

3. Militärische- und Kriegsschauplätze

3.1. Westfront 1914

3.1.1. Ostfront 1914-1916

3.1.2. Italien, die Front in Fels und Eis

3.1.3. Westfront 1915/16

3.2. Der Seekrieg

3.3. Osmanisches Reich Armenien, Galipoli, Mesopotamien

3.4. Konflikte in Kolonien und Übersee

3.4.1. USA und Kriegseintritt

3.5. Ostfront 1917

3.5.1. Westfront 1917

3.5.2. Ostfront 1918: Brest-Litowsk

3.5.3. Westfront 1918: Die militärische Entscheidung

4. Kriegsziele und nationale Kalküle

4.1. Kriegsführung

4.1.1. Stellungskrieg und Materialschlacht

4.1.2. Technik, Wissenschaft und Krieg

4.1.2.1. Panzer

4.1.2.2. Giftgas

4.2. Soldaten

4.2.1.Rekrutierung und Ausbildung

4.2.2.Leben in den Schützengräben

4.2.3.Helden

4.2.4.Ärzte

5.Kriegsherrschaft

5.1.Staatliche Aufsicht und Kontrolle der Wirtschaft

5.2.Finanzierung

5.3.Arbeitskräfte

5.4.Lebensmittelversorgung

6.Kulturkrieg

6.1.Patriotische Pflicht und Begeisterung

6.2.Die Sozialdemokraten und der Krieg

6.3.Staatliche Presse-,Informations-und Medienpolitik

6.4.Verbindungen zwischen Front und Heimat

6.5.Kirchen und Religionsgemeinschaften

6.6.Schriftsteller

7.Kriegsende

8.1.Waffenstillstand

8.2.Novemberrevolution

8.3.Friedensverträge und Verhandlungen

8.Der Krieg in der Rückschau

1.Einleitung

Der erste Weltkrieg, von vielen als die „Urkatastrophe des 20.Jahrhunderts“ bezeichnet, brach mit bis dato noch unbekannten Ausmaßen und Intensität über das damalige Europa ein. Schon bald wurde er von den Menschen nur noch „Great War“ oder „Grande Guerre“, „Grande Guerra“ etc. genannt. Damit wollte man ihn von den vielen kleineren Kriegen unterscheiden, die während dem Imperialismus an der Tagesordnung waren. „Groß“ war die Anzahl der beteiligten Staaten, darunter alle europäischen Großmächte. Insgesamt 70 Millionen Soldaten kämpften während dem Krieg für ihr Vaterland. Ebenfalls „groß“ war die Menge der Toten. 9 Millionen Soldaten sind den Heldentod gestorben. Die Zahl der physisch und psychisch verehrten Soldaten lag bei weitem höher. Hinzu kamen noch Seuchen, Hungersnöte und ethnische Verfolgungen die die Menschen zu schafften machten. Gegenseitiges Vernichten in diesen Dimensionen war den Menschen unbekannt und auch Welthistorisch neu, obwohl auch schon früher „Weltkriege“ geführt worden sind z.B. „der spanische Erbfolgerkrieg (1701-1714), der siebenjährige Krieg (1756-1763) und die napoleonischen Kriege (1800-1814/15).

Neben dem menschlichen Leid, führte der Krieg auch zu politischen Änderungen. Nach seinem Ende, folgte die Ablösung monarchischer durch republikanische

Staatsformen, die Etablierung einer kommunistischen Herrschaft in Russland, Entstehung neuer Staaten in Mittel- und Osteuropa und zu der sehr strengen Behandlung der Mittelmächte durch die Alliierten. Zudem ermöglichte der Krieg den Aufstieg der USA zur Weltmacht und in diesem Krieg wurden die Samen für die nächsten Konflikte des 20. Jahrhunderts gepflanzt. Nach dem Krieg, folgte der Aufstieg der Nationalsozialisten der den Zweiten Weltkrieg auslöste und zum Holocaust führte. Die Welt wurde in kommunistische und marktwirtschaftliche demokratische Regierungen getrennt, die nach 1945 zum Kalten Krieg führte, der einige Male beinahe zum dritten Weltkrieg wurde.

1914 konnten sich die Menschen die Konsequenzen eines weltumfassenden Krieges gar nicht vorstellen. Die meisten Menschen und auch Politiker rechneten meist mit einem schnellen Sieg mit einem für ihre Seite günstigen Ende. Wenige sahen den katastrophalen Krieg voraus. Und nicht wenige haben den Krieg begrüßt, weil sie der Ansicht waren, dass der Krieg wie ein Unwetter eine reinigende Wirkung auf Europa haben wird, der sowohl innen- als auch außenpolitische Verspannungen lösen werde.

Im Rückblick auf zwei Weltkriege, Verdun, Hiroshima und Auschwitz erscheint uns diese Ansicht seltsam. Doch die Erfolgsaussichten für die Großmächte fiel damals viel einfacher aus. Aus heutigen Ansichten ist ein Krieg ohne Risiken nicht zu gewinnen, jedes Ungleichgewicht zwischen den Mächten wird durch noch zerstörerischere Waffen ausbalanciert. Vielleicht gibt es noch im 21. Jahrhundert kriegsträchtige Konflikte, die aus verschiedenen Gründen nicht ausgetragen werden. Es ist nicht beruhigend zu wissen, dass Kriege nicht geführt werden, weil sie schwer sind zu gewinnen.

Eine weitere Bemerkung: Viele bezeichnen den Krieg als Katastrophe. Wie eine Naturkatastrophe, unkontrollierbar und unberechenbar, soll der Krieg über Europa hereingebrochen sein. Es ist eventuell einigen Zeitgenossen so vorgekommen und auch noch Historiker haben heutzutage ähnlich argumentiert. Doch es gilt: Kriege brechen nicht aus sondern werden geführt. Der große Krieg war das Werk Politiker und Militärs die eigene staatliche Interessen durchsetzen wollten. Lange Zeit haben sie sich auf einen Krieg vorbereitet, umfangreich geplant und dementsprechend geführt. In einer Gesellschaft, in denen einige Krieg als notwendig und als legitim einschätzten. Kein Politiker würde sagen, er würde/hätte einen zerstörerischen Krieg gewollt, dass es aber Situationen gibt, wo man schweren Herzens Waffen gegeneinander einsetzen muss. Auf diese Weise werden Kriege vorbereitet, doch diese Politiker keine Kriegs-, sondern Verteidigungsminister sind.

2. Das Attentat von Sarajevo

Am 28. Juni 1914 fuhr der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin Sophie in einem offenen Wagen durch die Straßen Sarajevos. Franz Ferdinand war als „k.u.k.“ (kaiserliche und königliche, bezeichnet Österreich Ungarn) „Generalinspekteur der gesamten bewaffneten Macht“ angereist. Seine Aufgabe war es, Bosnien-Herzegowina, das Österreich-Ungarn seit 1878 verwaltet und 1908 annektiert hatte, auf Manöver zu beobachten. Der Besuch galt schon im Vorhinein als brisant und gefährlich, da slawische Nationalisten einen Anschluss an

der Provinz Serbien forderten und es schon vorher Anschläge auf habsburgische Beamte und Politiker gab.



Abbildung 1: Gavrilo Princip erschießt Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau. Zeitgenössische, nachempfundene Darstellung

Während der Fahrt wurde eine Bombe auf den Wagen des Kronprinzen geworfen. Diese prallte jedoch an der Motorhaube ab und explodierte erst unter den nachfolgenden Autos. Als der Wagen später in eine Straße wendete, gelang es dem 19-jährigen Bosnier Gavrilo Princip aus nächster Nähe zwei tödliche Schüsse abzufeuern. Gavrilo, der zur Tatzeit noch nicht volljährig war (damals war man ab dem 20. Lebensjahr volljährig), konnte nach österreichischem Gesetz nicht zum Tode verurteilt werden. Stattdessen wurde er zu 20 Jahren Haft verurteilt. Er starb 1918 und wurde schon bald als jugoslawischen Volksheld verehrt.

Schon kurz nach dem Attentat, stellte sich heraus, dass Princip kein Einzeltäter war. Gavrilo Princip war nur einer der Verschwörer der „Schwarze Hand“, einer aus Serbien operierenden Geheimorganisation. Dort bereiteten sie den Anschlag vor und wurden mit Waffen ausgestattet. Die Verschwörer wurden nicht von der serbischen Regierung in Belgrad gesteuert, sondern vielmehr von nationalistischen Kräften im serbischen Geheimdienst und Armee. Neben Princip, hielten sich noch fünf andere Mitglieder in Sarajevo auf, um das Attentat zu verüben.

Ort und Umstände des Attentats waren eng mit der politischen Entwicklung im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert auf dem Balkan verbunden. Der Machtzerfall des Osmanischen Reiches führte dort zu der Gründung einer Reihe selbständiger Staaten. Österreich-Ungarn und Russland mischten sich oft ein, um eigene Interessen und Kontrollbedürfnisse durchzusetzen. Dessen Erfolg wurde permanent von den anderen Großmächten Deutschland, England und Frankreich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und, gemäß den Interessen, mal anerkannt, mal in Frage gestellt.

Nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877/1878, hatte das osmanische Reich eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen. Im Berliner Vertrag wurde Bosnien-Herzegowina der Verwaltung Österreich-Ungarns unterstellt. Doch auch Serbien entstand als souveräner Staat, in dem von Beginn an starke panslawistische Kräfte auftraten, dessen Wurzeln bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Sie bezogen sich in ihrer Propaganda oft auf das spätmittelalterliche Reich Stefan Dusan (Uros IV.) dessen Reich nach der Schlacht auf Amsfeld (1389) unter dem Ansturm der Türken zerfallen war. Auf Grundlage der sprachlich-kulturellen Gemeinsamkeiten sollte eine große slawische Ethnie entstehen. Deshalb

forderte Serbien die Ausdehnung der Staatsgrenzen gegenüber Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich, aber auch gegenüber Bulgarien und Rumänien, die ebenfalls 1878 ihre Unabhängigkeit erlangt haben. Dass Bosnien-Herzegowina 1878 österreichisch-ungarischer Verwaltung unterstellt worden war, sollte die Entstehung eines großen Serbischen Staates verhindern. Ebenfalls sollte dadurch der zunehmende Einfluss Russlands auf dem Balkan verhindert werden sollen. Um diesen deutlich politischen Vorgang gegen Serbien und dessen Schutzmacht Russland nicht zu weit zu treiben, wurde festgelegt, dass Österreich-Ungarn Bosnien-Herzegowina verwalten, aber nicht in ihr Herrschaftsgebiet integrieren soll. Anfang des 20. Jahrhunderts war das Verhältnis zwischen Serbien und Österreich-Ungarn noch relativ unbelastet. Nachdem es jedoch 1903 in Serbien zu einem blutigen Staatsstreich gekommen war und das Parlament einen neuen König wählte, gewannen nationale Kräfte die Oberhand. In der serbischen Verwaltung, im Militär und in der Justiz dominierte ein Nationalbewusstsein, das auf den Anschluss angrenzender Gebiete mit slawischer Bevölkerung ausgerichtet war. Die serbische Regierung hielt sich verhältnismäßig zurück, doch auch sie war um mehr Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn bemüht. Das zeigte sich unter anderem im Zollkrieg mit Österreich-Ungarn, in der Neuausrichtung der Anleihpolitik und im Waffenerwerb von Frankreich.

Wien nutzte die innenpolitische Schwächung der „hohen Pforte“ durch die jungtürkische Revolution und annektierte Bosnien-Herzegowina im Jahre 1908. Zuvor hatte sich Österreich-Ungarn unter Geheimhaltung die Zustimmung Russlands geholt, unter der Bedingung, dass Wien Moskau beim Zugriff auf den Bosphorus und den Dardanellen unterstützt. Durch die Annexion zog Österreich-Ungarn die Feindschaft slawisch-serbischer Nationalisten auf sich. In dieser Zeit kam es zu den bereits erwähnten Anschlägen auf Repräsentanten der österreichischen Herrschaft.

1911 wurde die großserbische Geheimorganisation „Schwarze Hand“, sie selbst nannten sich auch „Vereinigung oder Tod“, gegründet. Dessen Mitglieder bezichtigten die serbische Regierung des Verrats an der serbischen Sache und versuchte ihrerseits die Feinde Serbiens zu treffen. Die serbische Regierung wusste von einem geplanten Anschlag auf den österreichischen Großherzog. Sie ließ auch dementsprechend Warnungen an die österreich-ungarische Regierung übermitteln. Weiter ging dieses Verhalten jedoch nicht, womöglich um nicht als Verräter Serbiens dazustehen. Eine entscheidende Rolle spielte auch, dass die serbische Regierung ebenfalls nach territorialer Expansion strebte.

Die Annexion Bosnien-Herzegowinas hatte erhebliche Abkühlungen der Beziehung zwischen Russland und Österreich-Ungarn zur Folge. Österreich-Ungarn konnte ihre Versprechen, Russland auf dem Bosphorus und den Dardanellen zu unterstützen, nach einer Intervention Englands, nicht einhalten. Am Ende der Bosnien Krise stand Russland mit leeren Händen da und hatte eine diplomatische Demütigung in Kauf nehmen müssen. Mit der Drohung dass das Deutsche Reich bei einem möglichen Krieg hinter Österreich-Ungarn stehen würde, erzwangen sie von Serbien und Russland die Anerkennung der Annexion. Dieser diplomatische Sieg war der Wendepunkt in den austro-russischen und deutsch-russischen Beziehungen, da man Russland klar machte, dass Wien und Berlin nicht gewillt waren, die Interessen des Zarenreichs zu berücksichtigen. Die in den nächsten Jahren folgende massive Aufrüstung Russlands war die Folge der Einsicht, dass man es auf dem Balkan mit

einem österreich-ungarischen Konkurrenten zu tun hat, hinter dem das mächtige Deutsche Reich steht.



Abbildung 2: Grenzen 1912 vor dem Ersten Balkankrieg

Die Zerlegung des Zarenreichs setzte sich fort mit dem Italienisch-Türkischen Krieg 1911/12 und den beiden Balkankriegen 1912/13 und 1913. Zunächst verlor Istanbul Rhodos und Tripolitanien an Italien. Im Ersten Balkankrieg ging die Koalition zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro siegreich gegen das Osmanische Reich vor. Istanbul musste alle seine Gebiete auf dem europäischen Festland abtreten (bis auf Thrakien). Bulgarien ging als großer Gewinner aus dem Krieg und war mit Serbien und Griechenland an der Aufteilung Mazedonien beteiligt. Albanien nutzte die Gelegenheit um sich mithilfe des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns für unabhängig zu erklären. Mit diesem Vorgehen wurde Serbien, dass sich einen direkten Zugang zur Adria erhofft hatte, erneut Schranken gesetzt. Nach dem Zweiten Balkan Krieg musste Bulgarien die gewonnen Gebiete fast alle wieder an die Gegner abgeben. Die Osmanische Herrschaft auf dem Balkan wurde immer weniger, als sich vermehrt der christlich-orthodoxe Glauben ausbreitete und die muslimische Bevölkerung vielerorts vertrieben wurde. So wurde der Balkan gemeinsam von den europäischen Großmächten und den nach Unabhängigkeit

strebenden Nationalisten zum berüchtigten „Pulverfass“ gemacht, an dem, nach dem Attentat von Sarajewo, erneut eine Lunte gelegt wurde.



Abbildung 3: Zeitgenössische Karikatur von Leonard Raven-Hill (1912), welche die damalige Lage auf dem Balkan veranschaulicht

2.1. Die Julikrise

Die diplomatischen und politischen Aktivitäten in und zwischen den Hauptstädten im Zeitraum vom Attentat bis zum Beginn des Krieges, gehören zu den am besten erforschten Geschehnissen des 20. Jahrhunderts. Die Absichten und Entscheidungen der einzelnen Politiker wurde immer wieder analysiert und beurteilt um herauszufinden, wann der Krieg hätte verhindert werden können. Für die Beurteilung des Handels ist es nicht unbedingt notwendig sich mit allen diplomatischen Winkelzügen auseinander zu setzen. Es muss konstatiert werden, dass sich alle europäischen Großmächte auf den Krieg vorbereitet haben und von dessen Notwendigkeit überzeugt waren.

Im Juli 1914 waren die europäischen Großmächte in ihren strategischen Planungen und Rüstungsmaßnahmen so weit fortgeschritten, dass sie es auf einen Krieg ankommen lassen wollten. Die österreich-ungarische Regierung war fest davon

überzeugt, dass die serbische Regierung hinter dem Attentat steckt oder zumindest die Attentäter unterstützte. Wien war fest entschlossen Serbien eine militärische Lektion zu verpassen, auch wenn Russland eingreifen würde. Deshalb hatte sich Österreich-Ungarn für ihr Vorgehen die Rückendeckung des Deutschen Reiches gesichert. Anfang Juli versicherte Berlin dem Habsburger Reich, dass sie in ernster Stunde Österreich-Ungarn nicht verlassen würden. Mit dieser Entscheidung, die in die Geschichte als „Blankoscheck“ einging, ging das Deutsche Reich bewusst das Risiko ein, ein lokaler Konflikt auf einen großen europäischen Krieg auszuweiten. Die Unterstützung Österreich-Ungarns gegen Serbien, barg, neben der Konfrontation zwischen dem Deutschen Reich und Russland, auch das Risiko der Konfrontation zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Auch wäre es nicht unwahrscheinlich, wenn England Frankreich unterstützen würde.

Für den Fall eines großen Krieges sahen die deutschen Strategen ein massives Vorgehen gegen Frankreich vor, und, wenn dieser aus dem Weg geräumt wäre sich mit aller Kraft auf Russland zu konzentrieren. Da die deutschen Politiker von einem raschen Sieg Österreich-Ungarns gegen Serbien überzeugt waren, haben sie ihre Chance gewittert, einen außenpolitischen Erfolg gegenüber Russland zu erringen. Das Deutsche Reich drängte den Nachbar dazu, den militärischen Schlag so früh wie möglich durchzuführen. Sie sahen die günstige Gelegenheit, Russland als Schutzmacht Serbiens auf dem Balkan, und infolgedessen auch als Weltmacht, nachträglich zu schwächen. Die Deutschen Politiker hielten es aber auch nicht für unwahrscheinlich, dass Russland einem (angeblichen) Unterstützerstaat eines Mordkomplotts zu Hilfe eilen würde, oder dass es von einem Entente Mitglied abgehalten werden würde.

Die weit verbreitete Ansicht war, wenn es zu einem Krieg kommt, so muss man ihn ausfechten. Noch habe man militärisch eine gute Position. In einigen Jahren könnte die durch die massive Aufrüstung der anderen Staaten schwinden. So schlug das Deutsche Reich dem Zarenreich eine Alternative vor, die aus klein beigeben oder auf Krieg hinauslief.

Durch den „Blankoscheck“ außenpolitisch abgesichert, stellte die österreich-ungarische Regierung nach einigen Verzögerungen am 23. Juli 1914 ein mit 48 Stunden befristetes Ultimatum, die unter anderem eine massive Verfolgung der Schuldigen des Attentats forderte. Die Forderungen waren bewusst überzogen gestellt, da der Balkanstaat sie nicht ohne erheblichen Gesichtsverlust annehmen konnte. Mit diesem Ultimatum wurde der Weg in Richtung Krieg zunehmend gefestigt. Das Ultimatum zeugte auf Nicht-Erfüllung und somit auf Krieg. Es war ein unübersehbares Signal, dass Österreich-Ungarn den Krieg gegen Serbien wollte, ein Beschluss, der schon am 7. Juli feststand und von dem man sich am 23. Juli nicht von Vermittlungen anderer Großmächte abringen wollte lassen. Viele österreich-ungarische Politiker sahen keinen anderen Weg um den Großmacht Status zu behalten.

Serbien kam dem österreich-ungarischen Ultimatum sehr weit entgegen. Einem Punkt wollte es jedoch nicht zustimmen: es wollte keine österreich-ungarische Beamte an der juristischen Verfolgung bei sich beteiligen. Dies war Österreich-Ungarn Grund genug um am 25. Juli die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abubrechen und am 28. Juli ihnen offiziell den Krieg zu erklären. Schon am 29. Juli 1914 wurde die erste Granate auf Belgrad geworfen. Daraufhin mobilisierte Russland seine Truppen an der österreich-ungarischen Grenze um am 30. Juli, als erste

Großmacht die Generalmobilisierung zu verkünden. Österreich-Ungarn mobilisierte seine Truppen am 31. Juli. Am 1. August erklärte das Deutsche Reich Russland offiziell den Krieg. Frankreich und das Deutsche Reich verkündeten noch am gleichen Tag die Mobilmachung. Am 3. August besetzten deutsche Soldaten Luxemburg und verkündeten Frankreich den Krieg. Das neutrale Belgien verweigerte dem Deutschen Reich die Durchreise. Diese ließen sich davon aber nicht abbringen und marschierten in Belgien ein, um Frankreich von Norden her anzugreifen. England, als Schutzmacht Belgiens, sah sich daraufhin dazu gezwungen dem Deutschen Reich am 4. August den Krieg zu erklären. Nach den deutschen Militärs war das ein „perfider“ Schritt, mit dem man nicht unbedingt gerechnet hatte. Österreich-Ungarn erklärte am 6. August Russland den Krieg. Die Bündnisverpflichtungen und Blöcke, die sich in den Jahren vor dem Krieg gebildet haben, und in Form der „Mittelmächte“ und der „Entente“ in Stellung gingen, gingen wie Automatismen in Kraft. Diese Automatismen waren geplant. Denn kein Staat würde „automatisch“ wegen seiner vertraglichen Verpflichtungen in den Krieg ziehen, wenn der Beistand nicht aus eigenen Interessen einleuchten würde. Ebenso wirkten die Kriegspläne der Generäle kriegstreibend. So war man sich bewusst, dass man seine Truppen so schnell wie möglich zu mobilisieren hat, um sich einen zeitlichen Vorsprung zu erkämpfen, bzw. um dem Gegner keinen zu gönnen.

Somit standen sich gut einen Monat vor Kriegsbeginn die fünf wichtigsten europäischen Großmächte mit Millionenheeren gegenüber: die „Mittelmächte“, bestehend anfangs aus dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, und die „Triple Entente“, bestehend aus Russland, Frankreich und England. Im weiteren Verlauf des Krieges, trat das Osmanische Reich seit Oktober 1914 und Bulgarien seit Oktober 1915 den Mittelmächten bei. Andere europäische Staaten wie Italien (eigentlich enger Verbündeter der Deutschen und Österreicher im „Dreibund“), Portugal und Rumänien blieben zunächst neutral. Italien trat der Entente im April 1915 bei, da ihm die Aussicht auf territoriale Gewinne versprochen wurde. Portugal und Rumänien traten der Entente im Jahre 1916 bei. Erst im Jahre 1917 griffen die USA in den Krieg ein. In Europa blieben nur die skandinavischen Staaten, Spanien, Luxemburg, Schweiz und Albanien während dem ganzen Krieg lang neutral.

Auf die Frage der Kriegsschuld, kann man in der Julikrise verschiedene Ebenen erkennen, in denen verschiedene Staaten erheblich an dem Weg zum Krieg beigetragen haben. Mit dem Blick auf das unmittelbare Geschehen im Jahre 1914, trägt die deutsche Regierung einen erheblichen Anteil, da ohne sie Österreich-Ungarn nie so rücksichtslos gegen Russland vorgegangen wäre. Was England und Frankreich angeht, so kann man davon ausgehen, dass sie einem Krieg wohl gesonnen waren. So hätte ein frühzeitiges Zeichen Englands, dass sie bei einem eventuellen Krieg an Seite der Russen und Franzosen ziehen würden, ausgereicht, dass die deutschen Politiker kleinbeigegeben hätten, statt davon auszugehen, dass England neutral bleiben würde. Wenn sich der Blick jedoch auf den schon langen schwelenden Krisenherd Balkan richtet, so treten zwei Großmächte in den Vordergrund: Sowohl Österreich-Ungarn als auch Russland wollen vom Machtzerfall des Osmanischen Reiches profitieren. Einerseits aus territorialer Expansion, andererseits um zu große Staaten in ihrer Nachbarschaft zu verhindern. Auf weltpolitischer Ebene wird dann am System der imperialistischen Konkurrenz gerüttelt, als das Deutsche Reich als Weltmacht aufsteigt. Die „traditionellen“ Großmächte wollten der neuen Großmacht den Status nicht einräumen, den es für sich beanspruchte. Das Attentat von Sarajewo wurde von deutschen Politiker als

Gelegenheit gesehen, sich aus der außenpolitischen Defensive zu befreien, in die sie in den vorherigen Jahrzehnten hineingeraten sind. Theodor von Bethmann Hollweg, der Reichskanzler, und Gottlieb von Jagow, der Staatssekretär, glaubten den Anschlag zum diplomatischen Sprengen des Zusammenhalts deutscher Gegner benutzen zu können. Für das Misslingen ihres Vorhabens gingen sie bewusst das Risiko eines Krieges ein. Hier liegt die initiiierende Verantwortung des Deutschen Reiches für den Verlauf der Julikrise und für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor. Das politische Denken in Berlin war von einer gewissen „Jetzt oder nie“ Mentalität bestimmt. Man war davon überzeugt, dass der Krieg unumgänglich ist, und man wollte den entscheidenden militärischen Erfolg durch ein schnelles und massives Losschlagen erreichen.

2.2. Die europäische Mächtekonstellation vor dem 1. August

2.3. Der „Frieden“ vor dem Krieg

Vor dem Sommer 1914 hatten sich die europäischen Mächte schon eine Weile in keiner militärischen Konfrontation gegenübergestellt. Der letzte Krieg fand zwischen Frankreich und dem Deutschen Bund 1870/71 statt. Weiter zurück lagen der preußisch-österreichische bzw. italienisch-österreichische Krieg von 1866 und der Krimkrieg, in dem sich Russland 1853-56 gegen eine Koalition aus Osmanischem Reich, Großbritannien, Frankreich und Sardinien behaupten musste. Die napoleonischen Kriege des frühen 19. Jahrhunderts war der letzte große Krieg in Europa gewesen, an dem fast alle europäischen Staaten teilgenommen haben und an dessen Ende der Wiener Kongress eine Mächtearchitektur festlegte, die erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ins Wanken gekommen war. In dem 40 jährigen Zeitraum zwischen 1870/71 hatte es keinen großen Krieg in Europa gegeben. Vielmehr führten sie andernorts auf der Welt, vor allem in ihren Kolonien, zahlreiche Kriege, in denen sie sich oft in die Quere kamen. Sie nahmen auch den Kriegen der „anderen“ teil, indem sie zum Beispiel deren Gegner unterstützten. Daheim mussten sie auf den Krieg untereinander rechnen und dementsprechend wurde die Aufrüstung angekurbelt. Es ist ein Irrtum zu behaupten, die Zeit vor 1914 als Friedensperiode oder als „gute alte Zeit“ zu verherrlichen, nur weil kein großer Krieg auf europäischem Boden stattfand. Es war eher eine Periode, in der die Gründe für einen großen Krieg schon vorlagen und politisch, strategisch, materiell und kulturell ideologisch Stück für Stück und durch Konflikte darauf hingearbeitet wurde. Die zunehmende Kriegsgefahr in Europa hing eng mit den politökonomischen

Entwicklungen zusammen, die der Außenpolitik der europäischen Mächte einen expansionistischen-aggressiven Charakter verliehen.

2.3.1. Industrialisierung und Imperialismus

Während des 19. Jahrhunderts, vor allem in der zweiten Hälfte, ging in vielen europäischen Ländern in unterschiedlichem Umfang mit unterschiedlichem Tempo die traditionelle Landwirtschaft verloren. Aus relativ statischen Agrargesellschaften wurden wachstumsorientierte Industriegesellschaften. Der Umbruch war nicht einfach nur das Ergebnis plötzlich entdeckter wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse. Eine weitaus größere Rolle spielte die Befreiung der Produktion von feudalen, zünftigen, religiösen Rechtsfesseln: Die Beseitigung von Grundherrschaft und Leibeigenschaft, die Abschaffung der Zünfte und Einführung der Gewerbefreiheit, der Trennung von Staat und Kirche. Die Aufhebung von den traditionellen Bindungen war eng verbunden mit der konsequenten Durchsetzung der Marktwirtschaft als ökonomische Grundlage der Gesellschaft. Volkswirtschaften, die unter den neuen Bedingungen über nötige finanzielle Mittel verfügten, hatten die Möglichkeit und beanspruchten das Recht, sich mittels der Herstellung von kostengünstigen Produkten sich auf den in- und ausländischen Märkten durchzusetzen und sich in einem Maß zu bereichern, den man sich damals kaum vorstellen konnte. Erst die freigesetzte Konkurrenz stachelte die Produzenten dazu an, ihre Produktivität durch den Einsatz neuer technologischer Erkenntnisse zu steigern. Die Folge war eine Flut von Innovation, die die Arbeits- und Lebenswelt grundlegend veränderte. Nicht wenige glaubten, es breche nicht nur die „Neue Zeit“ an, sondern dass die „Moderne“ das „Neue“ zum Zweck hat.

Das Ausmaß der marktwirtschaftlichen Reichsvermehrung veränderte ebenfalls umfassend die Position von den Staaten innen- und außenpolitisch. Durch die qualitative und quantitative Steigerung von der Produktion, erhielten die Staaten Macht und Mittel in Form von Steuern, mit denen sie am kapitalistischen Reichtum teilnehmen konnten, in Form von Kreditwürdigkeit, indem sie im Voraus an den zukünftigen Einnahmen beteiligt werden und in Form von neuen Mitteln und Geräten, die verwissenschaftliche Produktion auch für staatliche Zwecke hervorbrachte (zum Beispiel neue Waffensysteme). Die alte Machtfrage musste auf eine neue Art gestellt werden: Wer vermochte die neuen Mittel am effektivsten einzusetzen.

Und nicht nur das. Staaten, die wissen, wie sehr sie auf die Ökonomie des Landes angewiesen sind, waren klar im Vorteil. Während dem 19. Jahrhundert wurden sich die Machthaber immer mehr bewusst, dass sie sich um den Wachstum ihrer Ökonomie kümmern sollten, wenn diese sich auf dem zwischenstaatlichen Markt bewähren soll. Immer mehr sahen die Staaten es als ihre Aufgabe, dafür zu sorgen dass ihre Unternehmen weltweit Absatzmärkte, Rohstoffe und Anlagemöglichkeiten finden. So lebten (und sind seitdem) Staat und Kapital, Politik und Wirtschaft in einer Symbiose und sind wechselseitig aufeinander angewiesen.

Der Zusammenhang zwischen der beschleunigten Entwicklung des Kapitalismus in Europa, USA und Japan, und deren Streben nach der Herrschaft über andere Weltgegenden ist schon den Zeitgenossen aufgefallen und wurde als „Imperialismus“ bezeichnet. Umso mehr die Mächte auf den Rest der Welt als Rohstofflieferant und als Absatzmarkt angewiesen waren, desto mehr setzten sie ihre Macht dazu ein, ihre Hoheitsrechte dort auszudehnen, wo es ihnen nötig erschien. In England, dem Mutterland des Kapitalismus, setzte diese Entwicklung des modernen Kolonialismus

schon viel früher ein. In den vier Jahrzehnten vor dem Krieg wurde aber fast ein Viertel der Welt (vorwiegend in Afrika und Asien) unter einem halben Dutzend Staaten verteilt. Dabei wurden oft Landstriche beansprucht, deren konkreter Nutzen für den Staat nicht absehbar war. Aber das Hissen der eigenen Flagge auf einer Südseeinsel, einer abgelegenen Wüste oder Dschungel wollte zum Ausdruck bringen, dass man als Weltmacht ein entscheidendes Wort bei der Verteilung der Welt mitzureden hat. Man wollte beim Kampf um die wichtigen Ressourcen anerkannt und berücksichtigt werden, wenn irgendwo auf der Welt Grenzen geändert bzw. verlegt werden. Deshalb herrschte immer ein Misstrauen zwischen den Mächten: nicht nur weil man sich um die eigenen wirtschaftlichen Interessen Sorgen machte, sondern weil man den Anspruch hatte, überall mit zuständig zu sein, und man wollte, dass die anderen Mächte diese Zuständigkeit respektieren. Mal schickte man ein Kanonenboot, um den Kontrahenten zu warnen, nicht zu mächtig zu werden (Beispiel: Zweite Marokko Krise, 1911), mal gingen alle Konkurrenten gegen aufständische Völkerschaften vor (Beispiel: Boxer Aufstand in China, 1900), und immer kam es zu Konferenzen untereinander, um die Interessen- und Machtsphären festzulegen: auf dem Berliner Kongress (1878) wegen dem Balkan und der politischen Ordnung Südosteuropas, auf der Kongokonferenz hinsichtlich des Handels am Kongo und Niger, auf der Konferenz von Algecira (1906) bezüglich Kongo usw. Der exklusive nationale Zugriff auf Land und Leute in den Kolonien konnte nur durch den Schutz der einheimischen Produktion gegen ausländische Konkurrenz in den Mutterländern existieren. Ausnahme: England, dessen Politik darauf abzielte, gar nicht erst die ausländische Produktion auf den eigenen Markt zu lassen und die inländische Zahlungsfähigkeit ganz für sich zu reservieren.



Abbildung 4: Karikatur von Edward Linley Sambourne zum Kap-Kairo-Plan von Cecil Rhodes im Punch, 1892

Die europäischen Großmächte im Jahre 1914, die in der Lage gewesen waren, ihre dynamische Volkswirtschaft in eine Weltwirtschaft zu übersetzen, waren, abgesehen von den republikanischen Staaten Frankreich und der Schweiz, noch Monarchien. Auch die kleinen Staaten wurden von Monarchen regiert. Das galt auch für die neuen Staaten, die auf dem Balkan entstanden. Jedoch bestanden erhebliche Unterschiede in der Machtfülle zwischen den untereinander verschwägerten und verwandten

Monarchen: Der russische Zar Nikolaus II war ein Aristokrat, dem durch die Regierung in Sachen Macht keine Grenzen gesetzt wurden. Ganz anders der englische König George V. Er verfügte über fast keine Macht mehr, und erfüllte eher eine repräsentative Rolle des Staates. Die Stellung von dem deutschen Kaiser Wilhelm II in politischen Angelegenheiten war zwar erheblich stärker, dennoch besaß er nicht einmal im Ansatz so viel Macht wie sein russischer Kollege. Vielmehr erhöhte die wachsende Abhängigkeit der Staaten von den von Bürgern gegründeten Unternehmen dessen Teilhabe an der Politik. Die Bürger entzogen den Aristokraten immer mehr Macht. Bleibt nur noch die Frage zu klären, wie sich die einzelnen Staaten am Vorabend zum Ersten Weltkrieg charakterisieren lassen können.

2.3.2. Vereinigtes Königreich

Im Verlauf vom 19. Jahrhundert ist England als führende Weltmacht aufgestiegen. Andere Mächte mussten sich ihr anpassen. Weltmacht bezeichnete bis dato eine nicht bekannte Form der Machtausübung, in dem der gesamte Globus als Objekt der eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen betrachtet wurde. England war das Ursprungsland der Industriellen Revolution und die „Werkstatt der Welt“, denn es verfügte über ein ökonomisches Potenzial, dass andere Mächte, wie Deutschland und die USA, erst gegen Ende des Jahrhunderts erreichten. Zwar importierte England Rohstoffe, Industrieprodukte und Lebensmittel wie kein anderes. Es exportierte aber auch enorme Kapitalien, sowie finanzielle, kommerzielle und Transportdienstleistungen. Damals war London das Weltfinanzzentrum und der entscheidende Markt für Kapitalanlagen aller Art und Größe. Das Land war darauf ausgerichtet, am industriellen Aufschwung überall auf der Welt mitzuverdienen, und hatte deshalb Interesse an der Beibehaltung des Freihandels. Um 1900 stand London als Finanzmetropole und der Pfund Sterling als Währung im Mittelpunkt der Weltwirtschaft. England war die führende Kapitalmacht und besaß alleine 1914 44% der weltweiten Auslandsinvestitionen. Die enorme wirtschaftliche Macht Englands wurde durch zwei Faktoren unterstützt. Der erste Faktor war das über ganze Erdteile verbreitete „British Empire“, dessen Kern die Herrschaft über den indischen Subkontinent war. Zum Weltreich gehörten abhängige Kolonien in Afrika und Asien, aber auch weitestgehend selbstständige ehemalige Kolonien (*Dominions*) wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Ungefähr ein Fünftel der Landoberfläche und ein Viertel der Weltbevölkerung standen 1914 in mehr oder weniger strikter britischer Herrschaft.

Der zweite Faktor war die *Royal Navy*, die stärkste Seemacht der damaligen Zeit. Durch ein dichtes Netz von Flottenstützpunkten konnte der weltweite Handel, die Schifffahrtsrouten und koloniale Niederlassungen unterstützt werden. Im Verlauf vom 19. Jahrhundert wurde die *Royal Navy* ständig modernisiert, zum Beispiel mit der

Umstellung auf Dampfkraft, durch die Verwendung von Stahl als Baumaterial und der Ausstattung der Schiffe mit großkaliberigen Waffen.

2.3.3. Deutsches Reich

England war der ökonomisch und politisch stärkste Konkurrent des 1870/71 errichteten deutschen Reiches. In Deutschland war seit 1830 der Eisenbahnbau die wichtigste Triebkraft der industriellen Entwicklung, die wirtschaftliche Dynamik wurde jedoch in 1870, in der sogenannten zweiten industriellen Revolution, vor allem die Chemie- und Elektroindustrie und der Maschinenbau, enorm verstärkt. Der stürmische wirtschaftliche Aufschwung ließ bei den deutschen Politikern den Willen entstehen, durch die Weltpolitik abgesichert und befördert werden zu müssen. Unter der Kanzlerschaft von Otto von Bismarck hatte sich das Reich in der Mitte Europa noch neutral präsentiert, und ein Arrangement mit den Großmächten Großbritannien und Russland angestrebt. Das Reich wollte die Rolle des ehrlichen Maklers zur Konfliktlösung zwischen den anderen Mächten spielen. Nach und nach geriet jedoch Bismarck in den Hintergrund, und das Deutsche Reich trat offensiv in die Weltpolitik ein, vor allem durch die Aufnahme einer eigenen Kolonialpolitik (seit 1884) und durch den forcierten Ausbau der Kriegsflotte seit den 1890er Jahren. Zu Beginn des Krieges war die deutsche Flotte neben der *Royal Navy* die zweitstärkste Flotte. Als verspäteter Nationalstaat verlangte das Deutsche Reich auf der weltpolitischen Bühne einen „Platz an der Sonne“ neben den anderen Großmächten. Das Reich nahm dabei besonders Maß an zwei Mächte westlich und östlich von ihm, an der Landmacht Russland und der Seemacht Großbritannien. Beide haben seine Etablierung im Jahre 1870/71 hingenommen. Der 1879 abgeschlossene Zweibund mit Österreich-Ungarn war eindeutig gegen Russland gerichtet. Dies wurde zwar durch den geheimen Rückversicherungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Russland relativiert, dessen Nichtverlängerung im Jahr 1890 war aber ein eindeutiges Zeichen, welche Bündnisprioritäten das Reich auf dem Kontinent setzte.

Am Vorabend zum Ersten Weltkrieg, hatte die Außenpolitik des Deutschen Reiches einen unberechenbaren Charakter. Dies lag vermutlich daran, dass die Außenpolitik unklar zwischen dem Kanzler, dem Außenministerium und dem Kaiser verteilt war. Die deutsche Außenpolitik litt besonders unter den provozierenden Äußerungen und Handlungen Wilhelms II, die gegen die diplomatischen Rücksichten verstießen, und von politischer Unreife und von Überheblichkeit zeugten. Am deutlichsten trat das in der sogenannten *Daily-News Affaire* vor, in der gleich mehrere ungeschickte Äußerungen eine Rolle spielten.

2.3.4. Frankreich

Die Niederlage 1870/71 hatte in Frankreich zum Ende der Monarchie und zu der Gründung der dritten Republik geführt. Innenpolitisch war das republikanische Staatswesen aber noch lange nicht gefestigt. Monarchische Kräfte, die in der Armee über Rückhalt verfügten, hatten die Monarchie lange Zeit in Frage gestellt. Der Kampf spitzte sich in der Affäre um den jüdischen Offizier Alfred Dreyfus zu, der

fälschlicherweise wegen Landesverrats verurteilt wurde, wegen aber öffentlichen Auseinandersetzungen rehabilitiert wurde.

In Frankreich beschleunigte sich der Industrialisierungsprozess und der damit verbundene wirtschaftliche Wachstum seit Mitte der 1890er Jahre, allerdings nicht mit dem Tempo wie im Deutschen Reich. 1914 spielte in Frankreich die Landwirtschaft noch eine verhältnismäßig große Rolle. Deren Anteil in der französischen Gesamtproduktion lag bei 44%. Die Hälfte der Bevölkerung lebte auf dem Land. Dennoch gelang es Frankreich zu der zweitgrößten Finanzmacht hinter England aufzusteigen.

Der französische Staat war bestrebt, die Großmachtstellung die 1870/71 mit der Niederlage ins Wanken gekommen war, über koloniale Expansion wiederzuerlangen. Frankreich erweiterte seinen Kolonialbesitz vor allem in Nord- und Westafrika und in Indochina, was von Bismarck als eine Art Ablenkung von Europa durchaus unterstützt worden war.

In der Faschodakrise (1898) stießen die Interessen von Frankreich und England im Wettlauf um Afrika heftig aufeinander. Frankreich musste sich wegen einer englischen Kriegsdrohung aus dem Sudan zurückziehen, und damit den Plan aufgeben, einen von West- bis Ostafrika durchlaufenden Gürtel von Kolonien zu schaffen. Mit England kam man 1904 zu einem Kompromiss in der nordafrikanischen Kolonialpolitik, indem man sich in Ägypten für eine englische, in Marokko für eine französische Besetzung einigte. Dies war die Aufgabe der englischen *Splendid Isolation*, das Amt, das für die Enthaltensamkeit von außenpolitischen Bündnissen mit europäischen Großmächten und die Geburtsstunde der *Entente cordiale* („herzliches Einverständnis“) zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich.

Frankreich hatte nach der Niederlage 1870/71 Elsass-Lothringen an Deutschland verloren. Revanche Gedanken wurden permanent in der Öffentlichkeit gepflegt, die französische Außenpolitik war aber nicht primär auf die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete bemüht. Man war eher besorgt, erneut vom übermächtigen Deutschland überrannt zu werden. Deshalb wurde das Festungssystem im Nordosten Frankreichs entlang zu Deutschland stark ausgebaut. Daneben war man bemüht, die kontinentale Isolation aufzuheben. Ein wichtiger Schritt wurde mit dem französisch-russischen Bündnis von 1894 getan, das gegen Deutschland gerichtet war und zu dem einige Jahre später auch England beitrug.

In den Jahren vor dem Krieg stellte sich Frankreich permanent auf den Ernstfall ein z.B: mittels Marinebündnisse mit Russland im Juli 1912 oder der Verlängerung der Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre.

2.3.5.Österreich-Ungarn

In Österreich-Ungarn schritt die Industrialisierung mit regionalen Unterschieden um 1900 voran. In österreichischen und tschechischen Gebieten wuchs die Wirtschaft stark, in den slawischen Gebieten hingegen hinkte man mit der Entwicklung deutlich hinterher. Im Vergleich mit den anderen Großmächten, hatte das Habsburgerreich die geringste wirtschaftliche Dynamik und war als einzige Großmacht nicht am kolonialen Wettlauf beteiligt. Österreich-Ungarn hatte im Sardinischen Krieg 1859 gegen Frankreich und 1866 gegen Preußen zwei empfindliche Niederlagen hinnehmen müssen. Diese schwächten deren Stellung in Mitteleuropa, unter

anderem mit dem Verlust von Venetien. 1876 wurde die kaiserlich-königliche Doppelmonarchie mit getrennten Parlamenten und Verwaltungen gegründet. Nur die Außen- und Verteidigungspolitik wurden gemeinsam betrieben. Kaiser Franz Joseph, der 1848 zum Kaiser gekrönt wurde und 1914 84 Jahre alt war, hatte sich aus den wichtigen Entscheidungsprozessen an der Spitze bereits zurückgezogen. Er blieb jedoch immer noch Oberbefehlshaber und entschied letztendlich über Krieg oder Frieden. Der innerste Führungszirkel war mit Mitgliedern aus dem Verteidigungs- und Außenministerium besetzt. Andere gesellschaftliche Gruppen zum Beispiel aus der Industrie, aus den Parteien oder Kirchen hatten indirekt ein Wörtchen bei politischen Entscheidungen mitzureden.

In den Jahrzehnten vor dem Krieg stand die Doppelmonarchie vor allem vor dem Problem, angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen der Kroaten, Slawen, Serben, Tschechen, Polen, Rumänen, Ruthenen und Italiener, wie der Fortbestand des Gesamtstaates gesichert werden kann. Die Außenpolitik in Wien war vor allem auf den Balkan konzentriert. Es galt, den dortigen Machtzerfall des Osmanischen Reiches zu beschleunigen und auszunutzen. Ebenfalls galt es die Entstehung und Ausdehnung neuer und alter Staaten zu kontrollieren. Außerdem sollte Russland entgegen gewirkt werden. 1878 wurde Österreich-Ungarn gegen den Protest aus Russland von den anderen übrigen Großmächten die Verwaltung Bosnien und Herzegowina zugesprochen. Die Annexion der Gebiete 1908 war nur möglich durch die Unterstützung des Deutschen Reiches, das dem Partner Nibelungentreue geschworen hatte. Österreich-Ungarn sah sich in Gefahr, da sie im Norden und im Süden von feindlichen oder schlecht kalkulierbare Staaten konfrontiert war. Ob im Westen Italien und im Osten Rumänien sich im Falle eines Krieges auf die Seite des Feindes schlagen, neutral verhalten oder auf der eigenen Seite kämpfen werden, war schlecht abzusehen.

In Wien wurden die Stimmen der „Falken“ laut (zum Beispiel die von Generalstabschef Baron Franz Conrad von Hötzendorf) die nur an einen Befreiungsschlag gegen Serbien glaubten. Das Matscheko-Memorandum vom 24.

Juni 1914, mit Franz von Matscheko, einem Mitarbeiter des Außenministeriums, wollte Bulgarien gar als Verbündeten gegen Serbien gewinnen.

2.3.6.Russland

Russland war vor dem Ersten Weltkrieg der flächenmäßig größte und bevölkerungsreichste Staat Europas. Die Wirtschaft wurde noch stark von der Landwirtschaft dominiert. Gegen die Türken musste es im Krimkrieg 1853-1856 eine Niederlage hinnehmen, da die Türkei von England, Frankreich und Sardinien unterstützt wurde, um die Ausdehnung des russischen Einfluss zu verhindern. In der Folge wurden in Russland eine Reihe von Reformen durchgeführt und die Industrialisierung vorangetrieben. Es entstanden einige Industrieregionen, der Großteil lebte aber weiterhin in ärmlichen Verhältnissen in Abhängigkeit von Großgrundbesitzern von der Landwirtschaft.

Das Land wurde von den Zaren aus der Dynastie der Romanows autokratisch regiert, seit 1894 von Nikolaus II. Soziale Proteste von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen wurden brutal niedergeschlagen und Oppositionsbewegungen hart verfolgt. Im Gegensatz zu anderen europäischen Großmächten, war der russische Imperialismus im 19. Jahrhundert primär auf die Eroberung angrenzender Gebiete ausgerichtet: In Zentralasien (Kasachstan, Turkmenien und Turkestan) in Sibirien (wurde 1891-1904 von der transsibirischen Eisenbahn erschlossen) und Fernost (Amur-Provinz und Mandschurei). 1876 wurde die allgemeine Wehrpflicht von langen sechs Jahren eingeführt. Als Russland 1905 den Krieg gegen Japan verlor, löste dies eine Revolution aus. Im Verlauf dieser musste der Zar ein Parlament (Duma), eine Verfassung und eine einheitliche Führung der Ministerien zugestehen. Außenpolitisch konnte sich Russland einen größeren Spielraum verschaffen, indem es 1907 mit Großbritannien die Interessensphären im Mittleren Osten ausmachte. So wurde ein Krieg mit der führenden Weltmacht gebannt. In Folge konzentrierte sich Russland auf den Balkan und die Meeressgenpolitik. Innenpolitisch herrschten gespaltene Meinungen: konservative Kräfte wollten einen Ausgleich mit Berlin und sahen in England den wahren Feind. Sie favorisierten eine eher zurückhaltende Balkanpolitik. Liberale aus den Reihen der „Kadettenpartei“ suchten eher eine Bindung mit Frankreich und Großbritannien um den Machtzerfall zu stoppen, vor allem durch aktive Politik auf dem Balkan.

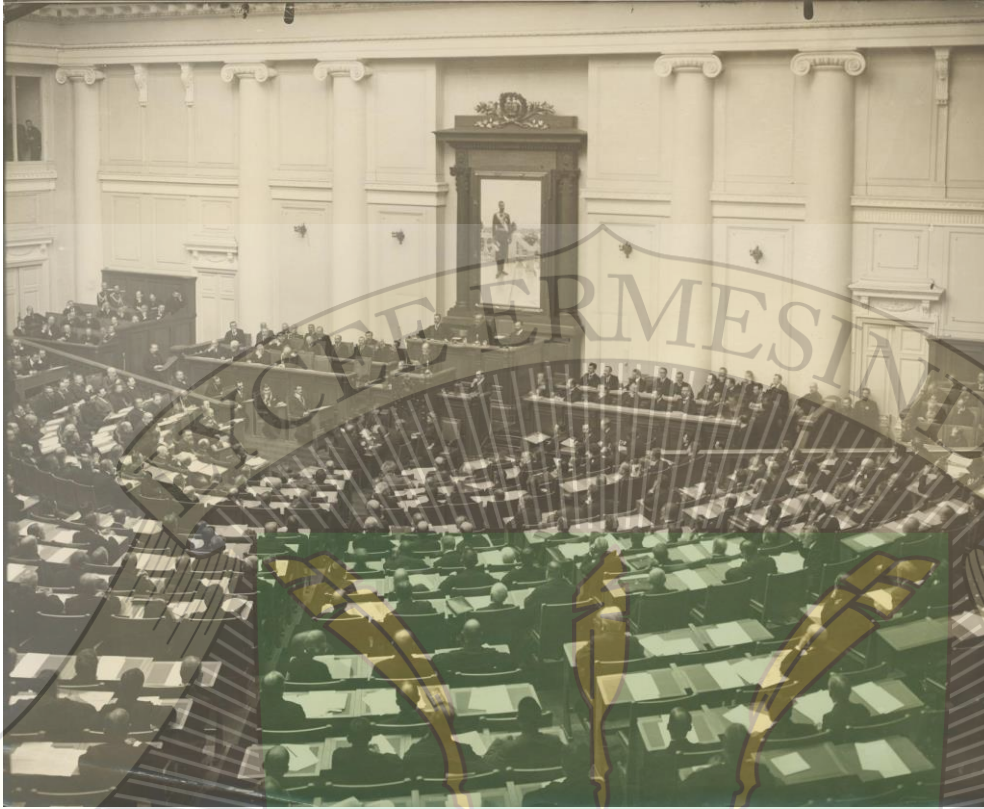


Abbildung 5: Rede von Kokovstov in der Duma

2.3.7. Osmanisches Reich

Das osmanische Reich sah sich wegen der Expansion imperialistischer europäischer Großmächte und wegen des Unabhängigkeitsbestrebens zahlreicher Völker im stetigen Machtzerfall. Die Redewendung vom „kranken Mann am Bosphorus“ war weit verbreitet, obwohl viele europäische Großmächte zur „Krankheit“ beigetragen haben.

Abbildung 6: Karikatur aus dem Punch von 1896: Sultan Abdülhamid II. muss erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass Russland, Frankreich und Großbritannien die Umwandlung seines



SULTAN— "BISMILLAH! Make me into a limited company? M'M - AH - S'pose they'll allow me to join the board after allotment."

—Punch (London), Nov. 28, 1896

Reiches in eine Beteiligungsgesellschaft beschlossen haben. Die Karikatur veranschaulicht die Wahrnehmung des Osmanischen Reiches als Spielball europäischer Großmächte.

In Nordafrika musste das Osmanische Reich Algerien (1830/47) und Tunesien (1881) an Frankreich, Ägypten an Großbritannien und Tripolis und Cyrenaica an Italien abgeben. Am Balkan war das Osmanische Reich mit Autonomiebestreben konfrontiert, die von Österreich-Ungarn und Russland unterstützt wurden. Seit 1830 hatte sich Griechenland die Unabhängigkeit erkämpft. Nach dem russisch-türkischen Krieg (1877/78) musste Konstantinopel die Unabhängigkeit neuer Staaten wie Rumänien, Serbien und Montenegro akzeptieren und Bulgarien den Status eines autonomen Fürstentums einräumen. 1908 musste der endgültige Verlust Bosnien-Herzegowinas hingenommen werden. Nur weil Großbritannien den zu hohen Einfluss von Russland auf dem Balkan verhindern konnte, behielt das Osmanische Reich seine Gebiete im südlichen Balkan. Im Ersten Balkankrieg (1912) musste es sie jedoch an das Bündnis aus Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland hergeben und behielt lediglich das südliche Thrakien. An der nordöstlichen Grenze war man mit dem christlichen Armenien konfrontiert, das mit der Unterstützung Russlands zählen konnte.

Der territoriale Zerfall war eng verbunden mit den finanziellen und wirtschaftlichen Schwächungen, die nicht nur durch entfallene Steuereinnahmen und Tribute entstanden sind, sondern auch durch Handelsverträge mit europäischen Großmächten, die zur Folge hatten, dass der osmanische Markt für die Industrialisierung geöffnet wurde. Der Staat verschuldete sich bei ausländischen Geldgebern und musste sich 1875 für Bankrott erklären. Die Finanzverwaltung musste ein europäisches Bankenkonsortium übernehmen. Der finanzielle und wirtschaftliche Machtverlust führte zur Verschiebung innenpolitischer

Machtverhältnisse. Mit den Jungtürken entstand seit den 1870er Jahren eine politische Bewegung, die auf liberale Reformen und eine konstitutionelle Verfassung hinarbeite um das Osmanische Reich vom endgültigen Zerfall zu retten. 1908/09 wurde der autokratische Sultan entmachtet und die Verfassung von 1876 wurde wieder in Kraft gesetzt.

Aus dem Machtzerfall auf dem Balkan ergaben sich für europäische Großmächte Gefahren und Chancen. Russland versprach sich einen leichteren Zugang zum Mittelmeer, die Ausbreitung des Panslawismus und mehr Einfluss auf Transkaukasien. Großbritannien wollte dies verhindern, zumindest erschweren. Österreich-Ungarn war bestrebt einen größeren, slawischen Staat an seiner Südgrenze zu verhindern. Das Osmanische Reich sah in der Kooperation mit dem Deutschen Reich die beste Möglichkeit sich gegen die englischen und russischen Ansprüche zu behaupten. So wurde die türkische Armee seit 1913 von deutschen Offizieren reorganisiert und zum Teil auch befehligt. Die Planung und Bau der Bagdadbahn wurde ebenfalls unter deutsche Aufsicht gestellt. Die Finanzierung erfolgte jedoch neben deutschen, auch von italienischen und französischen Banken. Am 28. Juli 1914 erhielt das Osmanische Reich ein Bündnisangebot vom Deutschen Reich. Würde sich das Osmanische Reich darauf einlassen, so würde das Deutsche Reich dessen Territorium sichern. Einzige Voraussetzung war, dass das Deutsche Reich die Armee der Türken zur Verfügung bekäme. Das Deutsche Reich erhofft sich durch dieses Bündnis, die Muslime gegen die britischen Besetzer aufzuhetzen und



Russlands Verbindungen zu den Westalliierten durch die Dardanellen zu unterbrechen.

2.4. Die Bündnisse gehen in Stellung

Die europäischen Bündnisblöcke, die sich 1914 gegenüberstanden, hatten sich seit 1890 herausgebildet und verfestigt. Unter Bismarck war Deutschland noch bestrebt, eine Annäherung zwischen Russland und Frankreich zu verhindern, um, im Falle einer militärischen Konfrontation, einer der beiden Mächte den Rücken freizuhalten. Unter Kaiser Wilhelm II jedoch, trat das Deutsche Reich immer selbstbewusster auf und nahm auf die mächtigen Nachbarn immer weniger Rücksicht. Der Rücksichtverlag, den das Deutsche Reich mit Russland abgeschlossen hatte, wurde 1890 nicht verlängert. 1892 vereinbarten Russland und Frankreich zunächst eine Militärkonvention und 1893 schließlich einen Allianzvertrag. Französische Kredite halfen ab sofort bei der Aufrüstung Russlands. Auch England zeigte sich auf Blick auf die deutsche Außenpolitik zunehmend besorgt. Insbesondere die deutsche Flottenausrüstung, die sich in einigen Jahrzehnten eventuell schon mit der *Royal Navy* messen könnte, und den Bau ehrgeiziger Projekte wie der Bau der Bagdadbahn, die besonders für die arabische Welt sehr wichtig war, bereiteten England Sorgen. Dies führte dazu, dass England seine *splendid isolation* aufgab, und nun über kolonialpolitische Absprachen vermittelte, die einerseits Nordafrika (Marokko und Ägypten) andererseits Vorder- und Mittelasien betrafen. Man näherte sich sowohl Frankreich (1904) als auch Russland (1907) an. Ein Symbol britischer-französischer Annäherung war der Staatsbesuch Edwards VII in Paris, der in der Öffentlichkeit auf große Resonanz stieß.

In diesen Regelungen wurde das Deutsche Reich nicht mit einbezogen, seine Ansprüche auf eine Weltmacht wurden ignoriert. Mit der Landung Wilhelms II in Tanger 1905 wies das Deutsche Reich nachdrücklich auf seine Forderungen hin, wie es jedoch 1906 in der einberufenen Konferenz von Algericas feststellen musste, war neben Österreich-Ungarn keine europäische Großmacht dazu bereit, die deutschen Forderungen zu erfüllen. Was damals viele Politiker als aggressive „Einkreisung“ beschrieben, wird von heutigen Historiker eher als „Selbstisolierung“ angesehen. Nichtsdestotrotz erhielt die Vorstellung, dass das Deutsche Reich von eifersüchtigen Nachbarn umzingelt sei, die ihm den „Platz an der Sonne“ nicht zugestehen wollen, eine verhängnisvolle Dynamik. Auch die fleißige maritime Aufrüstung verschaffte dem Deutschen Reich weniger Einfluss, als es die Selbstisolation fördern würde. Seit 1896 wurde die deutsche Hochseeflotte verstärkt, mit dem Ziel, im Falle eines Krieges, es mit der *Royal Navy* aufnehmen zu können. England wollte dies nicht einfach hinnehmen und begann seinesgleichen mit der quantitativen und qualitativen Aufrüstung seiner Flotte. 1905 begann es mit dem Bau der neuartigen Großkampfschiffe *Dreadnoughts*.

Dass diese „Herausforderung“ vom Deutschen Reich angenommen wurde, und es ebenfalls mit der Entwicklung neuer Kampfschiffe begann, wurde von England als Bestätigung angesehen, dass es dem „Störenfried“ Deutschland nicht um die Selbstverteidigung ginge, sondern vielmehr darum die britische Seemacht auf allen Weltmeeren ins Schwanken zu bringen. Auf dem Rüstungswettlauf der hieraufhin ausbrach hinkte das Deutsche Reich deutlich hinterher: Die vier Schlachtschiffe die das Deutsche Reich seit 1908 jährlich baute, standen acht britische *Dreadnoughts* gegenüber. Bei Kriegsausbruch verfügten die Mittelmächte über 20 Kriegsschiffe, die

Triple Entente über 43. England reagierte aber nicht nur mit seinem Flottenprogramm auf die deutsche Aufrüstung. Das Bündnis mit Frankreich führte dazu, dass London eine *British Expeditionary Force* aufstellte, eine Art schnelle Eingreiftruppe, die Frankreich im Falle von einem Krieg zur Hilfe eilen wird. Die Unberechenbarkeit der deutschen Außenpolitik stach besonders 1908 in der Affäre um das Interview Wilhelms II mit *Daily Telegraph* hervor. Die kindische selbstverweihrauchung stieß in Deutschland auf Empörung und führte dazu, dass sich die Regierung etwas vom Kaiser distanzierte.

In der Krise um die Annexion Bosniens-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn, mit der Wien die jungtürkische Revolution für sich ausnutzen wollte, konnte sich Berlin durchsetzen, und Serbien und dessen Schutzmacht Russland dazu bringen, diesen Schritt zu akzeptieren. Der russische Außenminister Izvolsky hatte hinter dem Rücken von Ministerpräsident Stolypin und alleine unter Rücksprache mit dem Zaren die Annexion nur akzeptiert, weil er ein österreichisches Entgegenkommen auf dem Bosphorus und den Dardanellen erwartet hatte. Dieser Schritt erwies sich jedoch als Fehlkalkulation und 1910 wurde Izvolsky von Sergei Sazonov abgelöst. In der „Bosnien Krise“ gingen das Zarenreich und Serbien als Verlierer hervor und ließ den Zweibund in ein neues Licht erscheinen: Deutschland stand zu seinem Partner Österreich-Ungarn, obwohl dieser nicht defensiv, sondern eindeutig aggressiv-expansionistisch gehandelt hat.

Die Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich eskalierten erneut, als 1911 französische Truppen nach Marokko geschickt wurden, um einen Aufstand niederzuschlagen. Anscheinend geschah dies um bedrohte Europäer zu beschützen, jedoch verstieß die Entsendung von Truppen gegen den Vertrag von Algeciras. Deutschland sah deshalb ein Vergehen gegen die internationale Abmachung und ließ am Juli demonstrativ das Kanonenboot „Panther“ in den südmarokkanischen Hafen Agadir einlaufen. Das Kanonenboot sollte der Forderung an Frankreich Nachdruck verleihen, dass Frankreich Deutschlands Erlaubnis brauche für Westmarokko. Das Deutsche Reich ging bewusst das Risiko ein, einen kleinen Konflikt zu einem großen Krieg auszuweiten. Nachdem sich England am 21. Juli 1911 eindeutig auf die Seite von Frankreich gestellt hatte, war das Deutsche Reich gewillt, es auf einen großen Krieg ankommen zu lassen. Dessen Verbündete jedoch, Italien und Österreich-Ungarn, haben sich unwillig gezeigt, an einer Sache mitzumachen, die ihre Interessen nicht wirklich berührt. Deshalb musste sich das Deutsche Reich mit einem Gebietsaustausch im französischen Kongo zufrieden geben. Die „zweite Marokko Krise“ wurde von der deutschen Öffentlichkeit als Demütigung empfunden. Es meldeten sich nur einige kritische Stimmen zu Wort, unter anderem die von August Bebel. Eine Folge der aufgeputschten Stimmung in Deutschland war die Gründung des Wehrvereins im Februar 1912. Die außerparlamentarische Organisation warb, angesichts der angeblichen Überlegung der *Entente*, für eine viel weitgehende materielle und personelle Aufrüstung der Armee.

Die Krise bildete nicht nur in den internationalen Beziehungen, sondern auch im öffentlichen Bewusstsein einen wichtigen Wendepunkt. Sie heizte das Wettrüsten weiter ein. Das Deutsche Reich beschloss die Friedenspräsenzstärke seiner Armee um 39 000 Männer zu erhöhen. Veranlasst durch den Ersten Balkankrieg, der im September 1912 begann, und wo ein von Russland unterstütztes Bündnis aus Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien die Türkei schlug, drängte der Generalstab seit Herbst 1912 auf eine viel umfassende Verstärkung. Die

Forderungen wurden damit begründet, dass England Deutschland zum Ausdruck brachte, dass es nicht tatenlos zusehen würde, wie das Deutsche Reich Österreich-Ungarn beim Krieg gegen Serbien und dessen Schutzmacht Russland unterstützen würde, und an der Seite von Frankreich gegen das Deutsche Reich vorgehen werde. Für Generalstabschef Moltke war klar, dass das deutsche „Menschenmaterial“ besser ausgenutzt werden muss: „Wir müssen wieder das Volk in Waffen werden, zu dem wir einst in großer Zeit durch große Männer geschaffen wurden.“

Am 8. Dezember 1912 fand ein Treffen des engsten militärischen Führungskreises des Reiches statt. Anwesend waren unter anderem Wilhelm II und die Chefs des Generalstabes, des Admiralstabes, Marinekabinetts und Reichsmarineamtes. Dieses Treffen ist als „Kriegsrat in die Geschichte eingegangen. Aus der Unterstützung, die Großbritannien, Frankreich und Russland dem Deutschen Reich im Falle eines Krieges angekündigt hatten, folgte der „Kriegsrat“, dass ein Krieg unvermeidlich, und je eher, desto besser sei. Auch wenn es sich um ein informelles Treffen handelte, da wichtige Personen wie Kriegsminister, Reichskanzler und andere nicht anwesend waren, zeigte dieses Treffen, welche Meinung man in den Führungskreisen zum Krieg hatte.

Eine Denkschrift vom Chef des Generalstabes, die den Reichskanzler am 21. Dezember 1912 zuzuging und ihn erstmals vom Schlieffenplan in Kenntnis setzte, betonte man die Notwendigkeit, dass das Heer um 300 000 Männer, das heißt um ca. 50%, erhöht werden musste. Diese enorme Aufstockung sollte vor allem durch eine striktere Umsetzung der allgemeinen Wehrpflicht erreicht werden. Dieser Aufforderung stand das Kriegsministerium jedoch kritisch gegenüber. Man war besorgt, dass eine solche Aufstockung die Integration sozialer und politischer Kreise in die Armee notwendig mache, die man bisher von der Armee recht erfolgreich ferngehalten hat. Man befürchtet die „politische Zuverlässigkeit der Armee und die Homogenität vom Offizierskorps“ hätten darunter zu leiden. Schließlich kam man zu einem Kompromiss dem sogar der Reichstag Anfang Juli 1913 zustimmte: Die Friedenspräsenzstärke sollte um 136 000 Männer wachsen, der Großteil aber erst 1916. Die Kosten sollte durch eine einmalige Sonderabgabe nach Vermögen und Vermögenswachstum und der Einführung einer Art „Reichssteuer“ gedeckt werden. Aus Steuergründen stimmte selbst die SPD zu, die aber das Ausbauen des Heeres grundsätzlich nicht unterstützten. Die Einführung der Steuer stellte einen gravierenden Einschnitt im Kaiserreich dar, da das Ausland mit einer erheblichen Ausweitung der deutschen Erstschlagkapazität konfrontiert wurde. Außerdem wurde ein großer Teil der gesellschaftlichen Ressourcen für das Militär ausgegeben, was in der Bevölkerung jedoch auf Zustimmung stieß.

Durch den raschen Sieg des Balkan Bündnisses wurde die Türkei fast komplett vom Balkan verdrängt. Wegen der Aufteilung der „Beute“ zerbrach das Bündnis kurze Zeit später. Aus dem zweiten Balkankrieg 1913, den Bulgarien initiiert hatte, ging neben Griechenland vor allem Serbien als großer Gewinner hervor, weil es sich einen großen territorialen Zugewinn in Mazedonien hat sichern können. Damit entstand an der Südgrenze Österreich-Ungarns ein Staat von erheblicher Größe, von einem mächtigen Staat geschützt und der in seinen Nachbarstaat für serbische Minderheiten durchaus attraktiv war. Großer Verlierer des zweiten Balkankrieges war Bulgarien, das seine im Ersten Balkankrieg gewonnenen Gebiete größtenteils wieder

abtreten musste. Dieser Zurückweisung seiner Ansprüche hatte zur Folge, dass sich Bulgarien im Ersten Weltkrieg den Mittelmächten anschloss.

3. Militärische- und Kriegsschauplätze

3.1. Westfront 1914

Im Falle eines Krieges gegen Frankreich und Russland, bestand für das Deutsche Reich das größte Problem, dass der Krieg auf zwei Fronten geführt werden müsste. Das Problem sollte durch den „Schlieffenplan“ gelöst werden, an den sich die deutsche militärische Führung seit 1914 orientiert. Der Plan wurde von Alfred Graf von Schlieffen (Chef des deutschen Generalstabs 1891-1906) entwickelt und nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst noch mehrmals modifiziert. Schlieffen sah, dass die Reihe von starken Festungen von Verdun bis zur Schweizer Grenze die französisch-deutsche Grenze blockiert. Deshalb sollte der Vorstoß der Hauptmacht von Südholland und Belgien aus erfolgen, um dort das erheblich schwächer verfestigte Nordfrankreich anzugreifen. Die französische Armee sollte so auch von Westen angegriffen werden und gegen im Osten sich befindende deutsche Festungen gedrückt werden. Essentiell für diesen Plan war es jedoch, dass man viel schneller als der Feind ist, die Truppen schneller aufstellen, transportieren und marschieren lassen kann. Voraussetzung des Vormarschs und seiner Koordination waren die modernen Transport- und Kommunikationstechnologien (vor allem Eisenbahn, Telefon, Funk). Die Aufgabe der militärischen Führung wurde primär darin gesehen, von einer Zentrale aus die großräumigen Bewegungen zu planen und zu steuern. Nach dem so schnell errungenen Sieg über Frankreich, sollte das gesamte deutsche Heer, für das der deutsche Generalstab eine sechswöchige Mobilisierungsdauer berechnete, sich mit aller Kraft gegen das Zarenreich wenden.

Der „Schlieffenplan“ basiert auf dem Wissen um die Überlegenheit der Feinde, aber durch einen massiven Blitzkrieg es gar nicht erst zur dessen Entfaltung kommen lassen sollte. Der Plan besitzt jedoch zumindest zwei Schwächen: Er blendet mögliche Unwägbarkeiten einfach aus, und es missachtet die im Vertrag von London 1831 garantierte Neutralität Belgiens. Auch Frankreich hatte mit seinem großen östlichen Nachbar einen Schlachtplan. Der französische Plan XVII wurde 1911 vom französischen General Ferdinand Foch entwickelt. Im Vertrauen auf die Bündnisse mit England und Russland war es im Gegensatz zu früheren Plänen im Geist einer *Offensive à outrance* (deutsch: „Offensive bis zum Äußeren“) und sah ein starkes Vordringen in Lothringen und in den Ardennen vor. Dieser Plan beruht auf der Überlegung, dass das Deutsche Reich Frankreich nicht über Belgien angreifen würde, da dies zum Kriegseintritt von England führen würde, und stattdessen einen Großteil seiner Truppen zunächst gegen Russland einsetzen werde. Der Plan scheiterte schnell in den ersten Kriegswochen an der starken Verteidigung der Deutschen an der Mosel und im Elsass und führte zum Rückzug der französischen Truppen aus ihrer Ausgangsstellung.

Der Schlieffenplan hingegen schien in den ersten Augustwochen 1914 aufzugehen. Fünf deutsche Armeen marschierten im Elitetempo durch Belgien auf Paris zu, und verbreiteten dabei Angst und Schrecken. Am 2. September floh die bedrohte französische Regierung aus dem bedrohten Paris nach Bordeaux. Frankreich hatte

offenbar die deutsche Truppenstärke unterschätzt, und hat nicht mit dem schnellen Einsatz deutscher Reservetruppen gerechnet. Doch wegen der schnellen russischen Mobilisierung und dem Eindringen von russischen Truppen in Ostpreußen, waren an der Ostfront mehr deutsche Soldaten gebunden als ursprünglich vorgesehen. Außerdem stellte sich heraus, dass die Soldaten die wegen Krankheit, Nachschub- oder Sicherungsbedarf nicht eingesetzt werden konnten, viel zu niedrig angesetzt war. So bremste sich der deutsche Vorstoß etwas. Am 5. September tobte östlich von Paris die Schlacht an der Marne. Auf beiden Seiten starben ca. 250 000 Soldaten, die höchsten Verluste in einer Schlacht während des gesamten Krieges. Im Verlauf der Schlacht schafften es die Franzosen mit britischer Hilfe den deutschen Vormarsch endgültig zum stehen zu bringen. Am 9. September wurde den beteiligten zwei deutschen Armeekorps befohlen, sich zurückzuziehen und sich in der Nähe der Aise einzugraben. Möglich wurde „das Wunder der Marne“ weil der deutsche Vorstoß in die Leere lief. Die englischen Truppen, von denen lange Zeit nicht klar war, ob sich heimwärts abschliffen würden, zogen sich gemeinsam mit den französischen Truppen unter schweren Abwehrkämpfen zunächst immer weiter zurück.

3.1.2. Ostfront 1914-1916

Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg sind allgemein geprägt von den enormen Abnutzungs- und Materialschlachten die an der Westfront geführt wurden. Im Schatten steht dabei oft die fast 2000 km lange Ostfront, die sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zog, obwohl auch dort Millionen von Soldaten ums Leben gekommen sind und obwohl auch sie nicht wenig militärischen Einfluss auf das Ende des Krieges hatten. Diese ungleiche Erinnerung resultiert einerseits aus den politischen und strategischen Auseinandersetzungen, die im Westen zwischen England und dem deutschen Reich geführt wurden. In Russland andererseits ist der große Krieg mit den Ereignissen von 1917 verbunden- mit dem Bürgerkrieg, der Novemberrevolution und schlussendlich der Machtergreifung der Bolschewisten.

Gemäß der Absprache mit Frankreich 1913, und damit entgegen den Annahmen des Schlieffenplan, griff die russische Armee das Deutsche Reich an, noch bevor die deutsche Mobilisierung in Russland beendet war. Schon Mitte September drangen russische Truppen in Ostpreußen auf deutschem Territorium ein. Die überraschte deutsche Führung bezichtigte die Ost-Armee zögerlichen Handels und übergab das Kommando über die Ostfront an General Paul von Hindenburg und an Erich Ludendorff ab. Hindenburg war schon bereits 1911 aus dem militärischen Dienst verabschiedet worden, bekam aber eine zweite Chancen. Ludendorff hingegen zählte bereits zu den fähigsten Offizieren des Generalstabs. Er hatte schon zu Beginn des Krieges wesentlich bei der Eroberung der Zitadelle von Lüttich beigetragen und wurde als „Held von Lüttich“ berühmt und mit den höchsten Orden ausgezeichnet. Von Hindenburg und Ludendorff erwartete die OHL die „Rettung des Ostens“ durch ein offensiveres Vorgehen. In den nächsten Kriegsjahren arbeiteten die beiden oft zusammen und als sie Führungsduo der OHL 1916 wurden, wurde der Krieg endgültig totalisiert. Um die Ostfront zu stärken wurden zwei Armeekorps von der Westfront abgezogen, und an die Ostfront geschickt, was eine erhebliche Schwächung der Westfront zur Folge hatte. Doch noch bevor diese eintrafen, wurde der russischen Armee Ende August 1914 in Ostpreußen eine klare Niederlage zugefügt. Anschließend wurden die russischen Truppen vom deutschen Boden vertrieben. Dieser Sieg begründete den legendären Ruf von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff als „Retter des Vaterlands“. Auf Vorschlag von Ludendorff

wurde die Schlacht nach einem 30 km entfernten Ort benannt:“ Die Schlacht von Tannenberg“.

Für Österreich-Ungarn verlief der Krieg von Anfang an ungünstig. Es gelang ihnen zwar in den ersten Kriegswochen Belgrad zu erobern, die serbische Hauptstadt musste aber schon bald aufgegeben werden. In Galizien musste die k.u.k. Monarchie eine schwere Niederlage gegen Russland hinnehmen und sich stark zurückziehen. Von Anfang bis April 1915 kämpften sie in der Winterschlacht in den Karpaten, und mussten Verluste von ca. 800 000 Mann in Kauf nehmen – ein Schlag von dem sie sich nicht mehr erholten und zur Folge hatte, dass ihnen das Deutsche Reich sehr unter die Arme greifen musste.

Doch auch Russland hatte schwere Verluste zu beklagen, die zahlentechnisch vor dem Krieg die größte Armee hatte. Diese waren einerseits auf strukturelle Probleme zurückzuführen, hatte die russische Armee große Probleme mit dem Waffen und Munitionsnachschub aufgrund der fehlenden industriellen Revolution. Zum anderen war aber auch das sehr weitmaschige russische Eisenbahnnetz verantwortlich für die Verluste, da diese einen schnellen Truppennachschub verhindern. Generell litt die Kriegsführung der Russen am Anfang darunter, dass man sich nicht einig war, gegen wen man zuerst vorgehen sollte: Gegen Deutschland in Ostpreußen wie von den Franzosen gewünscht oder gegen Österreich-Ungarn, die ein Großteil der Russen für wichtiger hielten.

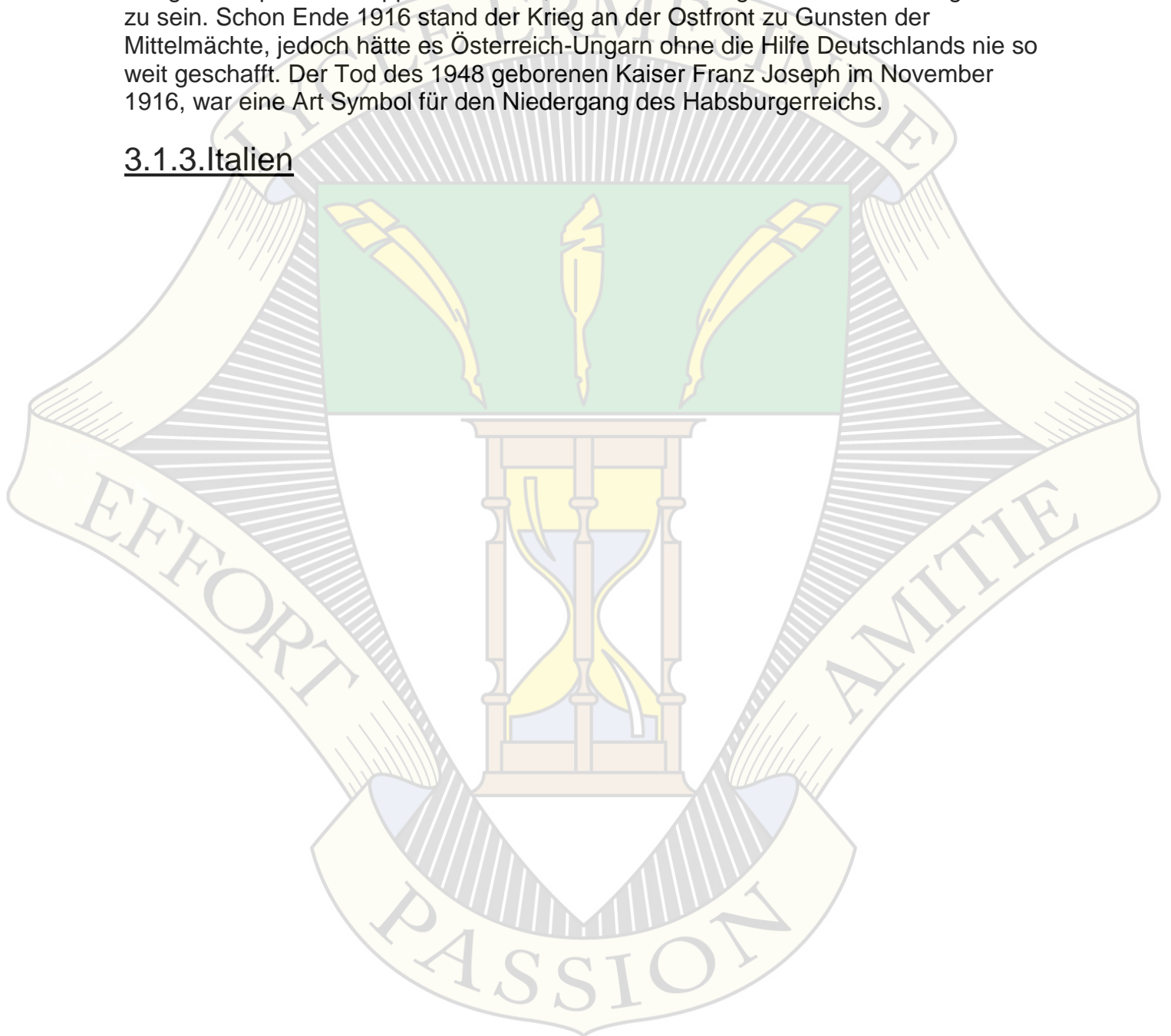
Am Anfang April 1915 drangen die Mittelmächte unter deutschem Oberkommando dann aber weit nach Osten vor, verzeichneten ihre größten Siege des Krieges überhaupt (Schlacht von Gorlice-Tarnow, 2.Mai-22.Juni 1914), besetzten Litauen, Kurland und Polen und eroberten Galizien zurück. Währenddessen versuchte Russland so viele Truppen wie möglich geordnet aus Polen zurückzuziehen. Gleichzeitig verfolgte man auch eine Strategie der „verbrannten Erde“, um den Deutschen so viel wie möglich unbrauchbares Land zurückzulassen. Diese Strategie führte jedoch zu der Flucht von Millionen Zivilisten ins Landesinnere von Russland. Mit dem immer tieferen Eindringen der Deutschen, wurde die Flüchtlinge immer mehr die zu logistischen Problemen führten. Trotz aller Siege der Deutschen, erstarbte auch die Ostfront im Herbst 1915. Ludendorff und Hindenburg gaben dem Oberkommandierenden Falkenhayn die Schuld, der, wie schon Anfang 1915, laut ihnen der Ostfront nicht genügend Unterstützung zuliefen ließ, um zum entscheidenden Schlag gegen Russland auszuholen.

Die Erfolge der Mittelmächte an der Ostfront, veranlassten Bulgarien dazu, sich ihnen offiziell im September 1915 ihnen anzuschließen. Bulgarien wurden die Gebiete angeboten, die es im Ersten Balkankrieg von der Türkei schon gewonnen hatte, im Zweiten aber an die Sieger wieder abgeben musste. Wegen dieser neuen Konstellation konnte Serbien im Oktober 1915 von zwei Seiten angegriffen werden und innerhalb vier Wochen eingenommen werden. Die serbischen Einheimischen flohen zu 100 000 im Herbst und Winter über Albanien an die Adria. Alliierte Schiffe brachten sie nach das von Franzosen besetzte Korfu, das auch zum neuen Sitz der serbischen Exilregierung wurde. Die Serben wurden einer strengen Militärverwaltung unterstellt die sogar vor Massenerschießungen nicht zurückschreckte. Die Truppen der Mittelmächte setzten ihren Vormarsch auf dem Balkan fort, verdrängten die Italiener aus dem nördlichen und mittleren Albanien und eroberten im Januar 1916 Montenegro.

Ab Juni 1916 versuchte Russland mit den sogenannten Brussilow-Offensiven unter General A.A. Brussilow die Lage in Galizien zu ihren Gunsten zu drehen. Diese Angriffe haben zwar für große Verluste seitens der Mittelmächte gesorgt, hatten aber sonst keinen nachhaltigen Erfolg. Immerhin wurde das bis dahin neutrale Rumänien

durch den russischen Vormarsch ermutigt, an der Seite der Alliierten zu kämpfen. Rumänien wurde dabei habsburgische Gebiete in Aussicht gestellt, in denen überwiegend Rumänen wohnten. Jedoch ging diese Rechnung nicht auf, weil die unzureichend ausgebildete und ausgerüstete Armee der Rumänen sehr schnell von der der Deutschen geschlagen wurde und zu der Eroberung Anfang Dezember 1916 von Bukarest führte. Die Deutschen gelangten damit an die reichen Nahrungsmitteleressourcen des Landes. Zudem musste Russland aus anderen Kriegsschauplätzen Truppen abziehen, um auf einen Angriff aus Rumänien gefasst zu sein. Schon Ende 1916 stand der Krieg an der Ostfront zu Gunsten der Mittelmächte, jedoch hätte es Österreich-Ungarn ohne die Hilfe Deutschlands nie so weit geschafft. Der Tod des 1848 geborenen Kaiser Franz Joseph im November 1916, war eine Art Symbol für den Niedergang des Habsburgerreichs.

3.1.3. Italien



übersehen- obwohl der Krieg für die Italiener einige grundlegende Veränderungen zur Folge hatte. Im frühen 20. Jahrhundert hatte Italien, wie Deutschland, eine alte Kultur, jedoch ein sehr neues Nationalbefinden. Im 19. Jahrhundert bestand Italien größtenteils aus kleinen Königreichen, Fürstentümern und Stadtstaaten. Erst in 1820 entsandte ein Verlangen nach Einigung, doch blieb dieser in den nächsten Jahren eher gering. Europäische Revolutionen von 1848, gefolgt von den Bemühungen von Männern wie Giuseppe Garibaldi und Giuseppe Mazzini, intensivierten die nationale Bewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Das Königreich Italien, mit der Hauptstadt Turin, wurde 1861 gegründet. Die italienische Unabhängigkeit und Vereinigung war zum Großtenteils mit der Kontrolle Venedigs (1866 von Österreich) und mit Rom (1870 vom Vatikan) beendet.

1882 wurde Italien Mitglied des Dreibundes mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. Dies überraschte viele, waren doch die Italiener und Österreich-Ungarn traditionelle Feinde gewesen. Dies ist auf territoriale Streitigkeiten zurückzuführen. Doch Wien erhebt immer noch Anspruch auf Tirol und Triest, beides Regionen, in denen überwiegend Italienisch gesprochen wurde. Die Österreicher hatten dies beanstandet, und arbeiteten daran, die italienische Einigkeit zu untergraben. In der Konsequenz gingen viele Politiker davon aus, dass Italiens Bündnis im Dreibund instabil sei. Generell, gab das Bündnis Italien eine Atempause, während sie sich innenpolitisch festigten und ihr Militär ausbauen konnten. Schon vor dem Krieg gingen viele davon aus, dass im Falle eines Krieges Rom Berlin verlassen würde und an Seite der Alliierten kämpfen würde.

Der Ausbruch des Krieges schien diese Annahme zu bestätigen. Im August 1914 weigerte sich Italien Österreich-Ungarn Truppen zu schicken. Rom begründete diesen Bruch der Bündnisverpflichtungen damit, dass Italien nur für defensive Aktionen Truppen schicken würde, das österreichische Einmarschieren in Serbien aber eindeutig aggressiv sei. In Wahrheit waren sich die italienischen Politiker unsicher, ob sie im Krieg mitmischen sollten- und welche Vorteile und Profite ihnen erwarteten, wenn sie sich den Mittelmächten anschließen und welche, wenn sie sich den Alliierten anschließen. Die Mehrheit der italienischen Politiker glaubte, dass das Land militärisch unvorbereitet sei und dass das Raushalten aus dem Krieg, der klügste Schritt sei. Auf der anderen Seite, auf der unter anderem Premierminister Antonio Salandra und Außenminister Sidney Sonnino standen, riefen sie zur Intervention. Den alten Feind Österreich-Ungarn angreifen, während er mit Russland und Serbien beschäftigt ist, klang sehr verlockend, ganz zu schweigen von der Möglichkeit auf territoriale Expansion. Es versprach sich Tirol, Triest, das österreichische Littoral, Teile der Dalmatischen Küste, Albanien und einen Teil der Deutschen Kolonien in Afrika und Asien.

Am 3. Mai 1915 verkündete Italien die Auflösung des Dreibunds. Zwanzig Tage später, erklärte Rom Österreich-Ungarn den Krieg (noch nicht Deutschland) und die Mobilisierung begann erst einige Tage später. Zwischen Juni 1915 und März 1916, fanden fünf verschiedene Angriffe auf österreichische Stellungen in Isonzo statt. Aber während Österreichs Soldaten weit aus weniger waren, hatten sie den Vorteil dass sie sich auf einer erhöhten Position befanden. Im Gegensatz zu den Österreichern, waren die Italiener in der Regel kriegsunerfahren. Ende 1915 wurden mehr als 60 000 Italiener getötet- oder ein Viertel ihrer Armee. Der Kampf um Isonzo dauerte noch gut zwei Jahre, geprägt von zahlreichen Gegenangriffen und Rückfällen. Im Ganzen gab es dort 11 verschiedene Kämpfe in der Region, die mehr als 130 000 italienische Leben kostete.

Die Pattsituation in Isonzo brachte die Moral und Unterstützung für den Krieg aus dem Lot. Im Juni 1916 führten die zahlreichen italienischen Verluste zum Rücktritt Salandras; sein Nachfolger wurde der 78 Jahre alte Paolo Boselli, ein Politiker mit keinem offensichtlichen

Talent oder Initiative. Papst Benedikt XV war ein ausgesprochener Gegner der Kriege, und bezeichnete es als „nutzloses Massaker“ und als „fürchterliches Gemetzel das Europa entehrt.“ Von den Worten des Papstes und von der hohen Todesrate überzeugt, weigerten sich die Bürger Italiens in den Krieg zu ziehen oder es auf einem anderen Weg zu unterstützen. Die Zahl der Deserteure wuchs stetig in der italienischen Armee und betrug 1917 60 000. Die Situation verschlechterte sich sogar 1917, nach der Revolution in Russland, die Österreich-Ungarn erlaubte, von der Ostfront Truppen abzuziehen und an die Südfront zu verlegen. Gefolgt wurden sie von einigen deutschen Truppen, denen Rom im August 1916 den Krieg erklärt hatte.

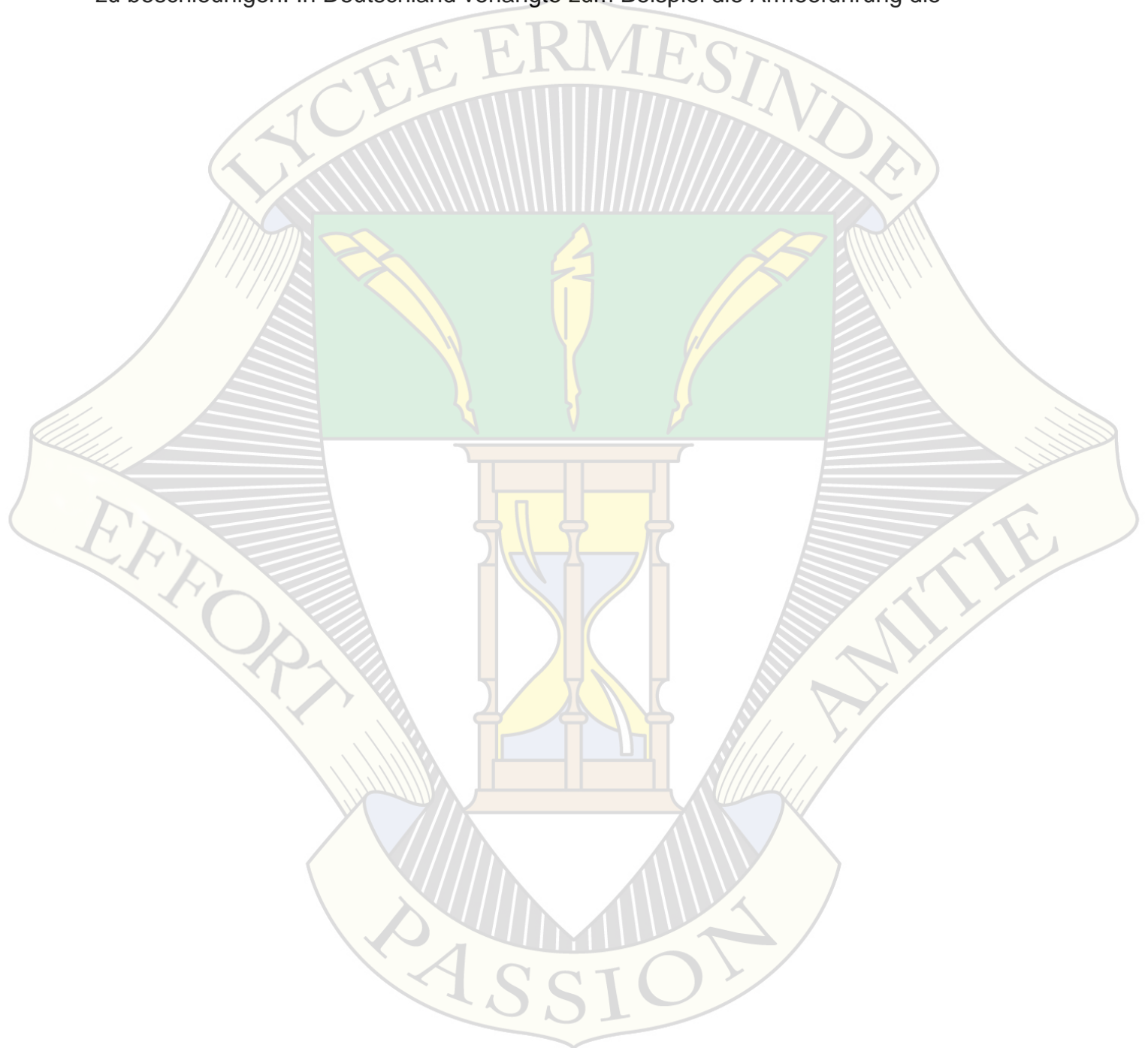
Im Oktober 1917, griffen 400 000 Deutsche und Österreicher die italienische Armee in Caporetto an, ca. 60 km im Norden von Triest. Den Italiener gelang es zwar, ihre Gegner auf bis auf die Hälfte zu dezimieren, jedoch wurde die italienische Linie in wenigen Stunden durchbrochen. Die Deutschen und Österreich-Ungarn bewegten sich schnell, griffen die Flanken an und umkreisten die italienische Front noch im gleichen Moment. Nach dem Ende des Kampfes im November, waren 11 000 Italiener tot und mehr als eine Viertel Million gefangen genommen. Caporetto war eine einzige Katastrophe für die Italiener gewesen, eine der verlustreichsten Schlachten im Ersten Weltkrieg. Die Regierung wurde abermals in Frage gestellt, und die wichtigsten Ämter reformiert. Da der Feind nun direkt italienisches Gebiet drohte, ging Rom auf eine defensivere Strategie über.

Das italienische Eingreifen im Ersten Weltkrieg war in vielen Punkten zerstörerisch. Über 650 000 italienische Soldaten wurde getötet und mehr als eine Million getötet. Die italienische Regierung ging bankrott, und die nationale Schuld wuchs um 15,7 Milliarden Lire. Diese Schulden führten zu einer Armut in der Bevölkerung, der 500 000 italienische Zivilisten zum Opfer fielen. Dennoch bekamen sie nichts was ihnen 1915 versprochen wurde. Im Vertrag von Saint-Germain (1919) wurde Italien die italienisch sprechenden Regionen Tirols zugesprochen, sowohl Triest und Istrien, während die Kolonien an Frankreich und England gingen. Viele Italiener waren der Ansicht, das Land habe zu viel geopfert und zu wenig im Gegenzug erhalten. Einer, der dieser Meinung war, war Benito Mussolini, der später im Zweiten Weltkrieg eine Rolle spielen wird.

3.1.4. Westfront 1915/16

Nachdem die Front 1914/15 erstarrt war, versuchten alle Parteien mit Großoffensiven einen entscheidenden Vorteil zu erlangen. Jedoch gab es nach all den Schlachten im Verlauf des Jahres 1915, am Ende keine größere Veränderung an der Front. Keinem gelang es, die Verteidigung des Gegners zu durchbrechen. Das galt insbesondere für die großen Herbstoffensiven der Franzosen und Engländer im Artois und Champagne. Auch die überaus verlustreichen deutschen Angriffe auf Verdun, die größte französische Festungsanlage, von Februar bis Juni 1916, und die englisch-französische Offensive von Ende Juni bis November an der Somme, brachte keiner Kriegspartei einen nennenswerten Vorteil. Nach dem Kampf um Verdun konnten insgesamt 700 000 Soldaten nicht mehr kämpfen. Bei der Somme Schlacht beliefen sich die Verluste sogar auf 1,1 Millionen Soldaten, 420 000 Briten (darunter auch zahlreiche Soldaten aus den *Dominions*), 205 000 Franzosen und 465 000 Deutsche. Solche großen Offensiven dienten nicht nur dem Durchschlagen der gegnerischen Linien. Es ging viel mehr darum den Feind ausbluten zu lassen - sowohl materiell als auch personell. Fraglich ist es dennoch ob der deutsche Angriff auf Verdun von Anfang als „Ausblutungsschlacht“ geführt worden war. Im Kriegsjahr 1916 belief sich die Opferzahl an der Westfront auf 1,3 Millionen. Diese hohen Opferzahlen brachte viele Politiker um ihren Arbeitsposten. In Deutschland wurde

Falkenhayn Ende August 1916 in der OHL von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff abgelöst. In Frankreich wurde im Dezember 1916 Joseph Joffre von Robert Nivelle, dem Sieger von Verdun, auf dem Posten des Oberbefehlshaber abgelöst. In Großbritannien wurde das Amt des Premierministers von Herbert Asquith an David Lloyd abgegeben. Entscheidender als die personellen Konsequenzen war das sowohl London, als auch Paris und Berlin sich entschieden, größere Rüstungsanstrengungen als bisher zu unternehmen. Dazu zählte das Produzieren von mehr Waffen und Munition als auch deren Entwicklung zu beschleunigen. In Deutschland verlangte zum Beispiel die Armeeführung die



Herstellung von Maschinengewehren zu verdreifachen und die Munitionsproduktion zu verdoppeln.

3.2. Der Seekrieg

Um die deutsche Wirtschaft von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abzuschneiden, verhängten die Alliierten eine Seeblockade über das deutsche Reich. Schiffe, die mit „Konterbande“ beladen waren, drohte es, aufgebracht zu werden. Deutschen Handelsschiffen sogar die Versenkung. Deshalb liefen viele deutsche Handelsschiffe neutrale Häfen an und verblieben dort, andere wurden tatsächlich versenkt. Die Seeblockade in der Nordsee aufrecht zu erhalten, erwies sich sogar als einfach durchzusetzen. In der nördlichen Nordsee zwischen Norwegen und Schottland hielt die englische Heimatflotte, die *Grand Fleet*, die in der Bucht von Scapa Flow auf den Orkney-Inseln stationiert war, die Blockade aufrecht. Dieses geballte Bedrohungspotenzial reichte aus, um die Handels- und Kriegsschiffe der deutschen abzuschrecken. Als Problem erwies sich jedoch die Ware, die das Deutsche Reich über neutrale Staaten wie Holland oder Dänemark erreichten. Hier war diplomatisches Geschick gefragt, um diese Staaten nicht auf die Seite des Feindes zu verscheuchen.

Betrachteten die Mittelmächte die Seeblockade anfangs noch gelassen, so wurde sie im Laufe des Krieges zu einem gravierenden Problem. Nachdem England die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet erklärt hatte, weiteten sie auch noch die Definition von „Konterbande“ weiter aus. Zudem ging man dazu über, neutralen Staaten nur geringe Mengen von Waren zuzugestehen, wenn der Verdacht des Exports nach Deutschland bestand.

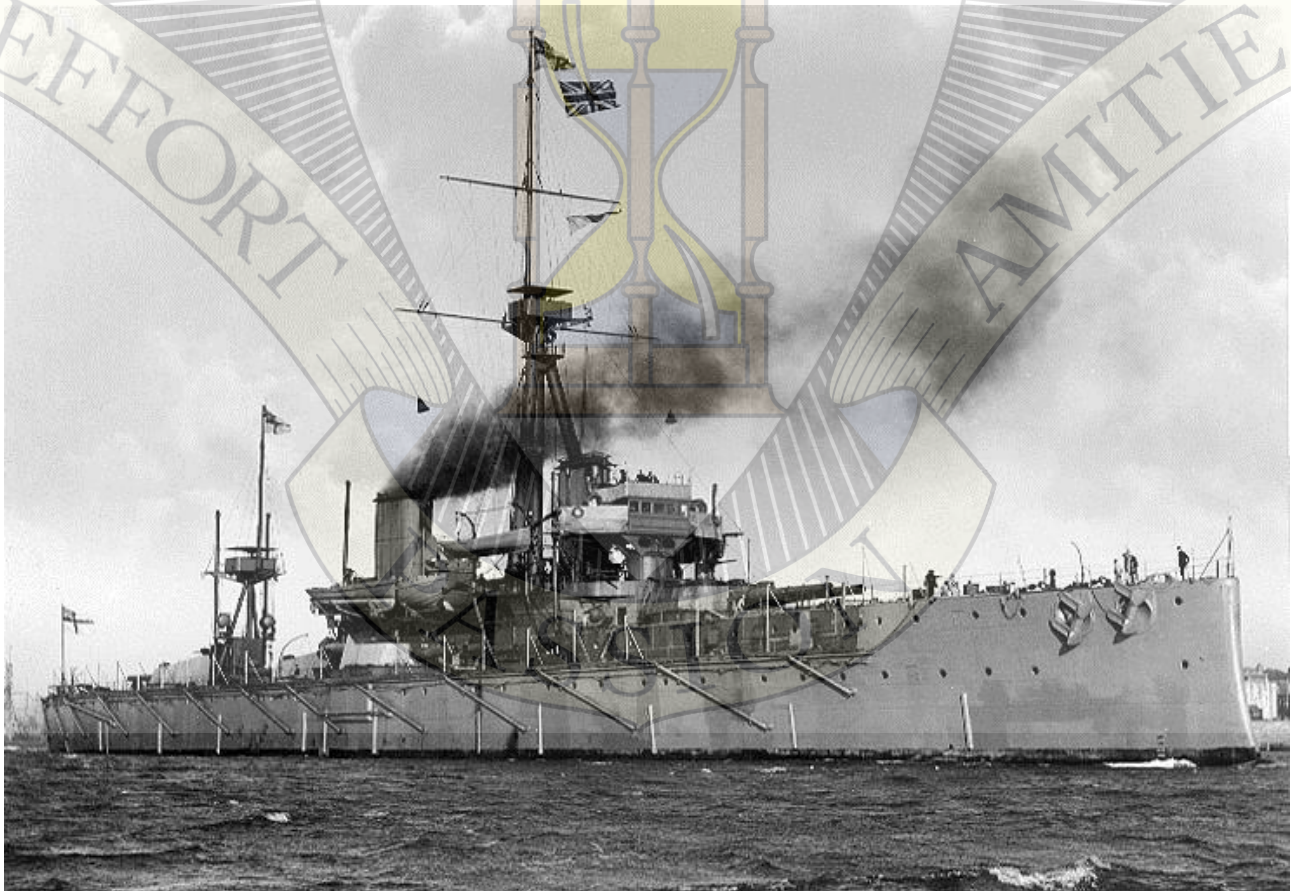


Abbildung 7: Die Dreadnought war das erste Schiff des nach ihr benannten neuartigen Dreadnought-Typs und gilt als der Prototyp aller Schlachtschiffe des 20. Jahrhunderts

Die Seeblockade traf das Deutsche Reich empfindlich, doch blieb die große Flotte, die sich das Deutsche Reich zugelegt hatte, um der englischen die Stirn zu bieten in den Häfen. Dies lag daran dass die *Royal Navy* der deutschen Flotte in vielen Punkten noch überlegen war, aber auch daran dass die Planungen der Militärs eine große vernichtende Seeschlacht in der deutschen Bucht vorsahen, mit der man auf die englische Seeblockade hätte reagieren können. Mit der Erweiterung der Blockade über die gesamte Nordsee war diese Überlegung hinfällig gewesen. Zur einzigen und gössen Seeschlacht zwischen Deutschland und England kam es am 31. Mai 1916 bei Skagerrak, aus der aber kein eindeutiger Sieger herausging. So kam es das die deutschen Schiffe bis zum Ende des Krieges in den Häfen verblieben, und nur in der Novemberrevolution wieder eine große Rolle spielten, als die OHL eine letzte nur der soldatischen Ehre dienenden Schlacht vorsah, die bei der Mannschaft auf Protest stieß.

Seit Beginn des Krieges nutzte das Deutsche Reich die neue Waffe der U-Boote, die anfangs noch gegen einzelne Kriegsschiffe, später aber auch gegen Handelsschiffe vorging. Vor dem Krieg sprach die deutsche Admiralität den U-Booten keine große Bedeutung zu, da man von einer großen Seeschlacht ausging, in der U-Boote höchstens nur am Rande agieren würden. Deshalb besaß das Deutsche Reich am Anfang des Krieges 24 U-Booten, von denen neun mit Dieselmotoren betrieben wurden und so den Atlantik erreichen konnten. England besaß 73 U-Boote, maß ihnen aber ebenfalls keine besondere Bedeutung zu. Dies änderte sich jedoch als die *Royal Navy* für die Seeblockade verwendet wurde und keine Seeschlacht herbeiführen wollte. Da die deutsche Flotte deshalb untätig in den Häfen verweilen musste, erkannte man in den U-Booten eine wichtige Waffe, mit der man seinerseits die Rohstoffzufuhren des Feindes angreifen konnte. Damit trat man aber auch Konflikte mit bisher neutralen Staaten ein (zum Beispiel die USA), deren Handelsschiffe die Alliierten belieferten.

Schiffe, die Nachschub für den Feind transportierten, wurde zunächst gemäß internationalen Konventionen („Prisenordnung“) aufgebracht. Sie durften versenkt werden, wenn der Besatzung vorher Zeit gelassen wurde, das Schiff zu verlassen. Für die deutschen U-Boote bedeutete dies aber, frühzeitig entdeckt zu werden, und Ziele von Kriegsschiffen zu werden. Deshalb ging das Deutsche Reich im Februar 1915 zum unbeschränkten U-Boot Krieg über. Der deutsche Bundeskanzler Bethmann-Hollweg hatte Bedenken, dass dieses Vorgehen die neutralen Staaten in die Armee der Entente treiben würde, er konnte sich aber nicht gegen die OHL und die Marine durchsetzen.

Vom Februar bis Mai 1915 versenkten die deutschen U-Boote 115, im Juni 114, im Juli 86 und im August 107 Schiffe. Das Deutsche Reich begründet dies damit, dass England mit der Seeblockade zuerst gegen das See- und Völkerrecht verstoßen habe. Insbesondere habe England den Begriff „Konterbande“ auf Nahrungsmittel ausgeweitet und schade damit der deutschen Zivilbevölkerung. Am 7. Mai 1915 wurde der englische Passagierdampfer „Lusitania“ vor der irischen Küste von einem deutschen U-Boot versenkt. Unter den 1198 Toten waren auch 128 amerikanische Staatsbürger. Der scharfen Note der USA gegen den „barbarischen Akt“, traten die deutschen Militärs mit dem Verweis auf eine angebliche Sprengstofftracht des Schiffes entgegen. Nachdem Mitte August ein weiteres Passagierschiff versenkt wurde und die USA abermals energisch protestierte, wurde der U-Boot Krieg aufgegeben. Reichskanzler und OHL wollten den USA keinen Grund geben, den Alliierten beizutreten.

Deutschland startete den U-Boot Krieg Ende Februar 1916 erneut, jedoch hielt man sich diesmal an die Regeln, und hielt die Schiffe an, um sie nach potenzieller „Konterbande“ zu durchsuchen. Doch schon im Dezember 1916 kam es zum Streit zwischen dem Reichskanzler und der OHL, wer den U-Boot Krieg den leiten sollte. Die OHL setzte sich durch und ging im Februar 1917 wieder zum unbeschränkten U-Boot Krieg über. Ludendorff hatte sich von Wirtschaftsexperten beraten lassen und ist zum Entschluss gekommen, dass durch die konsequente Abtrennung England von seiner Lebensmittelzufuhr, England in einem Jahr in die Knie gezwungen wäre. Kanzler Bethmann Hollweg hatte anfangs bedenken, jedoch ließ er sich von der Admiralität und der Marine überzeugen, man werde so „bis zur nächsten Ernte England klein haben.“ Die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot Krieges war für die USA Grund genug, die diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich am 3. Februar 1917 abubrechen, und am 6. April 1917 an Seite der Entente in den Krieg zu ziehen.

Für den neuen unbeschränkten U-Boot Krieg verfügte das Deutsche Reich über 121 U-Booten, von denen 41 ständig auf der See sein konnten. Der Krieg war anfangs erfolgreich und sorgte für Probleme in der englischen Lebensmittelversorgung. Immer mehr Schiffe neutraler Staaten waren nicht mehr gewillt englische Hafen anzudocken. Auf deutscher Seite war man volle Optimismus, dass der Krieg auf europäischem Boden vor Eintritt der USA für die Deutschen gewonnen sei. Jedoch erwies sich die Zusammenstellung aus Frachtschiff und Kriegsschiff als eine sehr gute Gegenmaßnahme. Ab August 1917 ging die Zahl der versenkten Schiffe zurück, im Frühjahr 1918 wurde der U-Boot Krieg schlussendlich endgültig aufgeben.

3.3.Osmanisches Reich, Armenien, Gallipoli, Mesopotamien

Das Osmanische Reich trat in den Krieg ein ohne offizielle Kriegserklärung, indem seine Flotte unangekündigt russische Marinebasen am Schwarzen Meer angriff. Dieser Schritt war schon längst im abgeschlossenen Geheimabkommen am 2. August 1914 mit dem Deutschen Reich vorgesehen, das vorsah, dass bei einem russischen Kriegseintritt die Osmanen an der Seite der Mittelmächte kämpfen würden. Der erste türkische Landangriff fand im Herbst und im Winter 1914/15 am Kaukasus gegen Russland statt, endeten aber in einem Desaster. Der russische Gegenvorstoß nach Anatolien im Frühjahr 1915 wurde von den Armeniern unterstützt, die auf völlige Unabhängigkeit aus waren. Die jungtürkische Regierung wollte sich dies nicht gefallen lassen, und orderte die Deportation der Armenier aus ihrem angestammten Gebiet, an. Auf diesem Todesmarsch nach Syrien kamen über eine Million Armenier durch Hunger, Erschöpfung und Hinrichtung ums Leben. Dieser Völkermord wird von den Türken heute noch nicht als solchen anerkannt.

Im Februar 1915 ging England gegen das Osmanische Reich vor, indem es die Dardanellen und Gallipoli angriff, um den Nachschub für russische Truppen zu erzwingen und die Russen an der Kaukasus Front zu entlasten. Dieses Vorhaben, an denen auch viele Truppen aus den *Dominions* kämpften, scheiterte kläglich, und deshalb wurden bis zum Ende des Jahres alle alliierten Truppen wieder abgezogen.

Mitte 1916 schien die militärische Lage des osmanischen Reiches gefestigt zu sein. Diese verschlechterte sich mit dem russischen Vormarsch nach Anatolien, dem von englischen Truppen unterstützten arabischen Stammesaufstand, der auch zum Verlust von Bagdad führte und die Einnahme von Jerusalem von englischen Soldaten aus Ägypten.

3.4. Konflikte in Kolonien und Übersee

Der große Krieg fand hauptsächlich auf europäischem Boden statt. Weltweit entstanden jedoch Nebenschauplätze, besonders dort, wo das Deutsche Reich über Kolonien verfügte. Der deutschen Regierung war schon vor dem Krieg bewusst, dass man im Falle eines Krieges diese nicht gehalten werden konnte. Sie wussten, dass diese Kolonien nicht kriegsentscheidend wären und entschlossen sich, die Gouverneure der Kolonien ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Man forderte von ihnen die Kolonien zu halten, mit welchem Mittel, konnten sie ihnen aber nicht sagen.

Aber auch die Kolonialmächte England und Frankreich maßten diesen Kolonien keine wesentliche Bedeutung zu. Man wollte sich auf den europäischen Krieg konzentrieren und erhoffte sich die Kolonien nebenbei mit Truppen aus den *Dominions* einzunehmen. Lediglich Togo wurde am 27. August 1914 direkt von englischen und französischen Truppen besetzt. Ende August 1914 übernahm Neuseeland Samoa, und Australien eroberte Mitte September 1914 das nördliche Neuguinea („Kaiser-Wilhelm-Land“). Deutsch-Südwestafrika fiel im Mai 1915 an die Südafrikanische Union. In Kamerun konnte sich eine kleine deutsche Truppe im schwer zugänglichen Hochland bis Anfang 1916 halten. Die deutsche Festung Tsingtau an der ostchinesischen Küste fiel im November 1914 an Japan, das am 23. August den Deutschen den Krieg erklärte.



Abbildung8: *It's a long way to – Lettow-Vorbeck*. Lettow-Vorbeck führt den englischen Löwen an der Nase herum (Karikatur aus der Zeitschrift *Kladderadatsch*, 1918)

Lediglich in Deutsch-Ostafrika, auf dem Territorium der heutigen Staaten Tansania, Burundi und Ruanda setzten deutsche Truppen unter Paul von Lettow-Vorbeck sich erfolgreich gegen die Briten und ihre Verbündeten (Südafrikaner, Inder, Portugiesen und Belgiern aus dem Kongo) entgegen. Sie operierten in sehr kleinen Verbänden und konzentrierten sich auf Sabotageakte und Anschläge. Lettow-Vorbecks kleine Gruppe bestand größtenteils aus einheimischen Soldaten, den sogenannten Askaris. Sie kapitulierte erst im November 1918- auf Befehl der Reichsregierung. Während der Weimarer Republik und bis zu Dritte Reich Zeiten wurde er wie ein Kriegsheld verehrt. Dabei sah man absichtlich davon ab, dass er für seine Truppenbewegungen auf schwarze Soldaten zurückgreifen musste, von denen 100 000 unter den Strapazen starben.

3.4.1. Der Kriegseintritt der USA

Als einzige imperialistische Großmacht, waren die USA 1917 nicht am großen Krieg beteiligt. Nach der Präsidentschaftswahl im Jahre 1912, setzte sich Woodrow Wilson durch und war auf einen Ausbau der Wirtschaft ausgelegt. Anfangs konnten sie von der stetigen Nachfrage der Entente Mächte profitieren, die nur wegen amerikanischer Kredite am Krieg teilhaben konnten. Obwohl dieser Kredite, und obwohl die USA die britische Seeblockade tolerierte, so bezeichneten die USA sich selbst als neutraler Staat. Die Befürchtung, bei einem amerikanischen Kriegseintritt könnte es zu Spannungen zwischen den Einwanderungsgruppen kommen, ist ein weiterer Grund für die anfängliche Neutralität der Amerikaner.

Die Aufgabe der Neutralität erfolgte schließlich aus mehreren Gründen. Zunächst entwickelte sich der Handel mit den Alliierten zu einem immer profitableren Geschäft. Dieser Handel wurde durch den U-Boot Krieg empfindlich getroffen. Die Öffentlichkeit berichtete zudem aufmerksam über die gefallenen zivilen Bürger. Nach einem scharfen Ultimatum gab das deutsche Reich den unbeschränkten U-Boot Krieg zwar auf, kehrte zu diesem aber im Frühjahr 1917 zurück. Für die USA war dies ein Anlass, in den Krieg zu ziehen. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Tatsache, dass die Friedensschorschläge von deutscher Seite abgelehnt wurden. Für einen Skandal sorgte ein entschlüsseltes Geheimitelogramm („Zimmermann-Depesche“) in dem das Deutsche Reich Mexiko auf diplomatischem Wege ihnen amerikanisches Territorium versprochen, wenn sie militärisch gegen sie vorgehen.

Die Regierung und die OHL hatten mit der Reaktion der USA gerechnet, jedoch sah man deren Ankunft optimistisch entgegen, da man davon ausging, dass die Vereinigten Staaten noch ihre Armee zusammenberufen musste. Man spielte abermals auf Zeit, dass vor der Ankunft der Amerikaner das Deutsche Reich längst an der Westfront entscheidende Siege verübt hatte.

Der Kriegseintritt der USA sorgte für euphorische nationale Begeisterung, wie sie auch 1914 in Europa zu beobachten war. Es häuften sich Spionageanschluldigungen gegen deutsche- und österreichischstämmige Nachbarn. Wilson sagte über den Kriegseintritt, dass sie nicht in eigenem Interesse, sondern im Interesse der Demokratie und der Menschenrechte in den Krieg ziehen würden. Innerhalb weniger Wochen schafften die USA es, eine Armee von vier Millionen Soldaten aufzubauen. Auf anfängliche Rekrutierungsprobleme reagierte man mit der Einführung der Wehrpflicht. An der Westfront wurden dann amerikanische Soldaten gegen Ende März 1918 zum Kampf eingesetzt. Am 1. Juli standen 785 000, gegen Ende des Krieges ca. 1 900 000 amerikanische Soldaten auf dem Kriegsschauplatz. Als am 4. Juli amerikanische Truppen durch Paris marschierten, wurden sie mit Jubeln empfangen. Den moralischen Effekt den sie auf die kriegsmüden Alliierten ausübten, war unübersehbar.

3.5.Ostfront 1917

Im Gegensatz zum Westen, entwickelte sich die militärische Lage an der Ostfront für die Mittelmächte günstig. In erster Linie lag dies an der Entwicklung im Zarenreich. In Russland litt ein großer Teil der Bevölkerung unter Hunger, Inflation und einer schlecht entlohten Arbeitspflicht. Millionen von Flüchtlingen aus den von den Deutschen besetzten Gebieten flohen durchs Land. Die Stimmung an der Front brach allmählich zusammen. Das zeigt zum Beispiel die Bereitschaft russischer Soldaten sich gefangen nehmen zu lassen und zu desertieren. Seit dem Winter 1917 kam es in russischen Städten zu Demonstrationen, wo zunächst „Brot“ gefordert wurde, später aber allmählich die Abdankung des Zaren und das Ende des Krieges. Diesen schlossen sich kriegsmüde Soldaten an. Gegen Ende 1917 verlor die Duma und die Monarchie in nur wenigen Tagen ihre Machtbasis, während mit den Sowjets überall im Land Gruppen von Aufständigen entstanden, wo Sozialisten meistens den Ton angaben.

Nach Verhandlungen zwischen der Duma und den Sowjets wurde eine neue Regierung unter Prinz Georg Jewgenjewitsch Lwow gebildet. Trotz ihrer Sympathien zum Zaren, musste die Armeeführung diesen anerkennen. Der Zar Nikolaus II wurde zur Abdankung gedrängt, was schlussendlich auch am 2. März ohne Widerstand geschah. Als auch noch sein Bruder Michail die Nachfolge nicht antrat, war das Ende der Herrschaft der Romanows besiegelt. Die Zarenfamilie wurde zunächst unter Arrest gestellt später in Gefangenschaft und wurde am 17. Juli 1918 in Jekaterinburg am Ural von den inzwischen an der Macht gelangten Bolschewiki ermordet.

Die neue Regierung war aber nicht gewillt, den Krieg durch einen Sonderfrieden, der gegen die Bündnisverpflichtungen der Alliierten verstoßen hätte, zu beenden. Man ging vielmehr davon aus, dass durch die Revolution, eine erneute Kriegseuphorie entstehen würde. Bis zu diesem Punkt wurde die politische Umwälzung von Russlands verbündeten eher begrüßt. Die provisorische Regierung sorgte aber mit seinem Plan für weitere Unruhen im Land., sodass Kommunisten im Land immer mehr Anhänger fanden. Das Deutsche Reich schürte die Unruhen gezielt, indem es im April 1917 30 russischen Revolutionären, darunter auch Lenin und Leo Trotzki, das Verlassen des schweizerischen Exil ermöglichte. In einem Zug bahnten sich die Revolutionäre über Schweden einen Weg nach Russland. Es handelte sich um führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russland/Bolschewiki („Mehrheitler“), einer radikalen Richtung innerhalb der russischen Sozialdemokratie, die sich 1912 als selbständige Partei konstituiert hatte. Im Unterschied zu den Melschewiki („Minderheitler“) lehnten die Bolschewiki, die als Kaderpartei (d.h. dass die politische Führung mit extrem gut geschulten Mitgliedern besetzt ist, die über die rechtlichen Mitglieder das Sagen haben und nicht demokratisch gewählt werden) organisiert war, parlamentarisch-bürgerlich Herrschaftsformen ab und arbeiteten an einer Umwälzung des Produktions- und Eigentumsverhältnisses im marxistischen Sinn hin. Anders als die meisten anderen Sozialdemokraten in den anderen Ländern, hatten die Bolschewiki den Krieg von Anfang an abgelehnt. In ihren Augen war der Krieg eine Auseinandersetzung vieler imperialistischer Staaten, in denen die „kleinen“ Leute als Kanonenfutter vorgesehen waren. Deshalb setzte auch die Deutsche Herrschaft darauf, dass die Bolschewiki in ihrem Land für einen Separatfrieden mit Deutschland sorgen, der das Deutsche Reich an einer Front entlassen würde.

Im April 1917 publizierten die Bolschewiki Forderungen für einen sofortigen Frieden, entschädigungsloser Umverteilung des Landes und „Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg, die sogenannten „Aprilthesen“. Unter der Führung Lenins gelangen sie unter immer mehr Einfluss in den Städten, bei den Bauern auf dem Land und unter den Soldaten. Während des Frühjahrs und des Sommers 1917 setzten vielerorts Bauern und Arbeiter Forderungen durch, wie zum Beispiel den Achtsturentag, Lohnerhöhungen oder die Inbesitznahme von Ländereien („Schwarze Umverteilungen“) Trotz der recht schwierigen Lage im Land, startete Russland unter Kriegsminister Alexander Fjodorowitsch Kerenski trotzdem Anfang Juli 1917 eine größere Offensive an der Südostfront in Galizien. Sie geriet aber schon nach einigen Tagen wegen Meutereien der Mannschaft und einem Gegenstoß der deutschen Truppen ins Stocken und musste schlussendlich Mitte Juli abgebrochen werden. Diese Niederlage hatte besonders schwere Folgen für Russland: Nun waren überall im Land Deserteure und Bauern unterwegs, die an der geplanten Landumverteilung teilnehmen wollten. Während der Kerenski Offensive organisierten Bolschewiki Aufstände in Petrograd und Moskau. Weil sie misslangen, mussten einige führende Bolschewiki für eine kurze Zeit untertauchen. Nachdem Ende August auch noch ein Putschversuch des Militärs misslang, war Russland praktisch Regierungslos und hatte auch keine russische Armee mehr. Für die Bolschewiki waren dies besonders günstige Bedingungen um zum Beispiel die Führung der Sowjets in Petersburg und Moskau zu erlangen.

Die Bolschewiki versuchten im Oktober 1917 die Macht gewaltsam an sich zu reißen, obwohl ihnen klar war, dass zwar ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung hinter ihnen stand, aber eben nicht alle. Am 26. November gelang schlussendlich der Staatsstreich: Die strategisch wichtigsten Punkte Petersburg wurden besetzt, das Winterpalais, der Sitz der Regierung, erobert und das dort versammelte Regierungskabinett verhaftet.

Nach dem Streich war die Politik der Bolschewiki von dem Eingehen auf populäre Forderungen und dem Zurückdrängen der Menschewiki und Bürger bestimmt. Nach dem Ergreifen der Macht setzten sie zwei wichtige Grundsatzentscheidungen durch. Das „Dekret über Land und Boden“ und das „Dekret über Frieden“. Es war nun erlaubt, Großgrundbesitzer zu enteignen und unter Kleinbauern als Privatbesitz zu verteilen. Zusätzlich setzten sie sich für einen sofortigen Frieden ohne Annexionen ein. Aktivisten, die in Russland für eine parlamentarisch demokratische Regierung sorgen wollten, wurden im Zuge des Auseinandersetzungs sehr leise. Obwohl die Bolschewiki in der Wahl zur Konstituierenden Versammlung nur ca. ein Viertel der Stimmen erhalten haben, lösten sie die Versammlung bei ihrem ersten Aufeinandertreffen im Januar 1918 einfach auf. Im Sommer 1918 brachten sie dann ihr eigene Verfassung in Spiel für die „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik“ durch. Ein Parlament wurde etabliert, aber keines im bürgerlichen Sinn, sondern eins wo die Sowjet die zentrale Rolle des Staates bildeten.

Die günstige Wendung an der Ostfront für die Mittelmächte wurde durch österreich-ungarische Erfolge an der Südfront verstärkt. Den Deutschen und Österreicher gelang es im Herbst 1917 die Italiener aus dem Isonzo zu vertreiben. Erst an der Piave, ca. 300 km weiter westlich, kam der italienische Rückzug durch Hilfe aus England und Frankreich zum stehen.

3.5.1. Westfront 1917

1917 war die OHL von der durchschlagenden Wirkung des U-Boot Krieges überzeugt und plante eine Vorwagnahme einer alliierten Frühjahrsoffensive. Aus diesem Grund entschied man sich im Westen für eine Defensive. Gleichzeitig wurde der starre Stellungskrieg durch flexiblere Formen der Truppenführung modifiziert, indem man Stoßtrupps einen gewissen Spielraum für eigene Entscheidungen ließ und sie so für den Gegner unkalkulierbar machten. Wegen der defensiven Ausrichtung verkürzte die deutsche Armee Mitte März 1917 ihre Front in der Picardie und zog sich in die sogenannten Siegfriedstellung zurück. Die Operation „Alberich“ hinterließ einen breiten Streifen „verbrannte Erde“, um dem Feind nicht nützliches in die Hände fallen zu lassen. Systematisch wurden Gebiete entvölkert, Kanäle, Stromversorgungen und Wasserleitungen zerstört.

Der Bau der Siegfriedstellung war wohl die größte Baumaßnahme des gesamten Weltkrieges. Für die umfangreichen und meistens sehr schweren Arbeiten wurden meistens Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt. Die Siegfried Stellung erleichterte die Abwehr von der französischen Großoffensive von des Chemin des Dames (Mitte April 1917) und der Engländer in Flandern (Juni bis November). Dieser Rückzug kommt einem Eingeständnis gleich, dass man eingesehen habe, dass in diesem Krieg die Verteidigung weitaus wichtiger ist als der Angriff. Obwohl vielen eher offensiv eingestellten Offizieren dieser Rückzug wie eine Niederlage gleichkam, stellte er sich als kluger Schachzug heraus. Auch in der OHL, war dieser Schritt erst nach intensiven Auseinandersetzungen durchgesetzt worden.

Nicht zuletzt wegen der gut organisierten Verteidigung der Deutschen, führt die Offensive aus des Chemins des Dames zu hohen Verlusten bei den Franzosen. Ermutigt durch die Februarrevolution in Russland, meuterten viele französische Soldaten. Glücklicherweise

für die Franzosen, wurden diese von den Deutschen nicht bemerkt oder in ihrem Ausmaß unterschätzt. Zur Beruhigung der Lage wurde Ende April der Oberkommandierende Robert Georges Nivelle abgesetzt worden, ein Anhänger des „Angriff bis zum Äußeren“. Unter den Soldaten war er der „Blutsäufer“ genannt worden, weil er mit aller Härte Soldaten in einen aussichtslosen Kampf an die Front schickte. Nivelles Nachfolger, Henri Philippe Pétain, unter dem die Verteidigung von Verdun gelungen war, griff einerseits hart durch, ließ ca. 3500 Soldaten vor Gericht stellen und 554 Todesurteile aussprechen, von denen ca. 49 vollstreckt wurden. Andererseits sorgte er auch für die bessere Versorgung der Truppen und für regelmäßige Abwechslungen an der vordersten Front. Pétain setzte die Defensive in den Vordergrund, setzte aber auch verstärkt auf neue Waffen wie Panzer und Flugzeuge als neue Waffengattung und auf den Kriegseintritt der USA mit ihren riesigen materiellen und personellen Ressourcen in den Krieg. Verfügte die französische Armee am Anfang des Krieges über 156 Flugzeuge, so waren es am Ende 2639 Flugzeuge. Hinzu kamen 1918 als ganz neue Waffengattung über 3000 Panzer.

3.5.2. Ostfront 1918: Brest-Litowsk

Die neue russische Regierung forderte am 8. November 1917 mit einem Friedensdekret alle kriegführenden Staaten zu einem Frieden auf, der grundlegend auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhte. Im eigentlichen Sinne wurde an die Vorstellung von Frieden von Wilson angeknüpft, obwohl sich dieser an die Völker der Mittelmächte richtete. Bald schon wurde sich die Bolschewisten, das ihr getroffene Entscheidung sich auch auf andere Völker in Asien und Afrika auswirkte, die sich vom „Joch des Imperialismus“ zu befreien versuchten. Die richtete sich besonders gegen die Kolonialmächte Frankreich und England.

Die Entente-Mächte sahen im russischen Friedensangebot ein Bruch der Bündnisverpflichtungen, für die Mittelmächte bedeute dies aber eine einmalige Chance sich aus der Zwickmühle des Zweifrontenkrieges zu befreien. Nach dem Waffenstillstand mit Russland am 15. Dezember 1917, nutzte das Deutsche Reich seine massive militärische Überlegenheit um dem Feind harte Friedensbedingungen zu diktieren. Im Laufe der „Verhandlungen“, die in der russisch-polnischen Grenzstadt Brest-Litowsk stattfand und am 3. März 1918 abgeschlossen wurden, wurde Russland extreme Zugeständnisse abgepresst, wie die Abtretung seiner westlichen Randgebiete (Polen, Finnland, Baltikum), die Selbstständigkeit der Ukraine anerkennen, die bisherige Kornkammer des Zarenreiches und die Abdrängung vom Schwarzen Meer. Hohe Reparationszahlungen vollendeten die Schmach. Aus russischer Sicht war der Vertrag eine regelrechte Beleidigung. Verlor doch das Land nicht nur riesige Territorien und 60 Millionen Menschen, sondern auch 90% der Kohlegruben, die Hälfte seiner Industriegebiete und fast die gesamte Öl- und Baumwollproduktion. Es handelte sich um den bis dato größten Gewaltfrieden der Geschichten. Wenn sich die deutsche Regierung später über die Bedingungen des Versailler Vertrags beklagten, wurde oft vergessen, mit welchen Bedingungen man Russland behandelte.

Die Bolschewiki verfolgten bei den Friedensverhandlungen eine Abwehrtaktik, weil sie davon ausgingen, dass sich ihrem Beispiel folgend, auch in den Mittelmächten revolutionäre Mächte die Regierung stürzten. Leo Trotzki plädierte sogar für „weder Krieg noch Frieden“. Nach seiner Ansicht sollte sich Russland auf die Friedensverträge nicht einlassen und stattdessen den Krieg für beendet erklären und seine Truppe mobilisieren. Die russische Regierung ging auch nur auf die Friedensverhandlungen ein, nachdem das Deutsche Reich im Februar 1918 den Kampf kurzzeitig wiederaufgenommen hatte und noch weiter in das Land vorgedrungen war. Lenin setzte sich durch-

mit der Drohung er würde ansonsten das Komitee verlasse, da man im Moment jeden noch so schlechten Frieden annehmen müsse um die Innenpolitik und Außenpolitik zu festigen.

3.5.3. Westfront 1918: Die militärische Entscheidung

Obwohl die Erwartungen, die das Deutsche Reich in den U-Bootkrieg gegen England setzte, sich nicht erfüllten, schien die strategische Situation an der Westfront für die Mittelmächte Ende 1917 vorteilhaft zu sein. Die Erfolge an der Süd- und Ostfront setzten erhebliche Mächte frei, mit der an der Westfront eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte, noch bevor die Alliierten dort von der USA unterstützt werden konnten. Die OHL entschied im Herbst 1917, im Frühjahr 1918, mit einer großen Offensive den Durchbruch an der Westfront zu erzielen. Der Schlag sollte sich vor allem gegen die englischen Truppen richten. Sie sollten von den französischen Truppen getrennt werden und gegen die Kanalküste gedrängt werden. Davon versprach man sich eine Schwächung der britischen Heimatfront, in der man in der englischen Presse Anzeichen zu finden glaubte. Man wollte der englischen Bevölkerung demonstrieren, wie stark man noch von einem schnellen deutschen Kriegsende ausgehen sollte und dass es sich nicht lohne, die Franzosen bei ihrer Zurückgewinnung Elsass-Lothringens und anderer Ziele zu unterstützen. Die Grundlage bestand darin, die Alliierten zu einem Friedensschluss zu bewegen, auf der Grundlage von Deutschen bestimmten Bedingungen.

Im Vorfeld breitete sich eine optimistische Stimmung im deutschen Herr aus. Die Hoffnung auf einen schnell erfolgten Sieg war eng mit dem Bewusstsein der Soldaten verknüpft, es könne nun endlich zu der entscheidenden Schlacht kommen. Zu Beginn der umfangreichen, vorbereiteten und mit großer Wucht eröffneten „Michael“ Offensive am 21. März 1918 herrschte eine Kriegseuphorie die mit der von 1914 vergleichbar war. Das bald erwartete Kriegsende setzte noch einmal letzte Kräfte frei. Der Durchbruch durch die Front und das zunächst schnelle Vorrücken bestätigten zunächst die Hoffnung man habe nun endlich den zermürenden Stellungskrieg überwunden, sei nun zum Bewegungskrieg übergegangen und könne nun die letzte Schlacht schlagen.

Ab dem 4. April kam die große deutsche Offensive jedoch zu einem Stillstand. Man war recht weit vorgedrungen, jedoch konnte man die ursprüngliche Idee, die Engländer von den Franzosen zu trennen, nicht durchsetzen. Die deutschen Truppen in der Picardie bezogen nun in neuen Verteidigungsanlagen Stellung. Zweite weitere Offensiven folgten (in Flandern vom 9.-29. April und zwischen Reims und Soissons vom 27. März-6. Juni) erging es ähnlich, auch wenn es den deutschen Truppen gelang, Paris von einer Entfernung von 120 km zu beschießen. Die anfänglichen Geländegewinne konnten aber nicht gehalten werden. Dazu reichten die personellen und materiellen Ressourcen des Reiches nicht aus. Frankreich und England reagierten zudem auf das deutsche Eindringen mit einer viel engeren Kooperation. Sie unterstellte ihre Truppen unter dem einzigen, gemeinsamen Kommando von General Ferdinand Foch. Französische und amerikanische Truppen unterstützten die bedrängten Engländer. Mitte Juli 1918 war die Lage des deutschen Reiches sogar schlechter als im März 1918: Die Truppen waren dezimiert, erschöpft und schlecht ausgerüstet, die neuen Frontabschnitte waren schwerer zu

verteidigen und auf der anderen Seite kamen immer mehr frische Soldaten aus Amerika zum Einsatz.

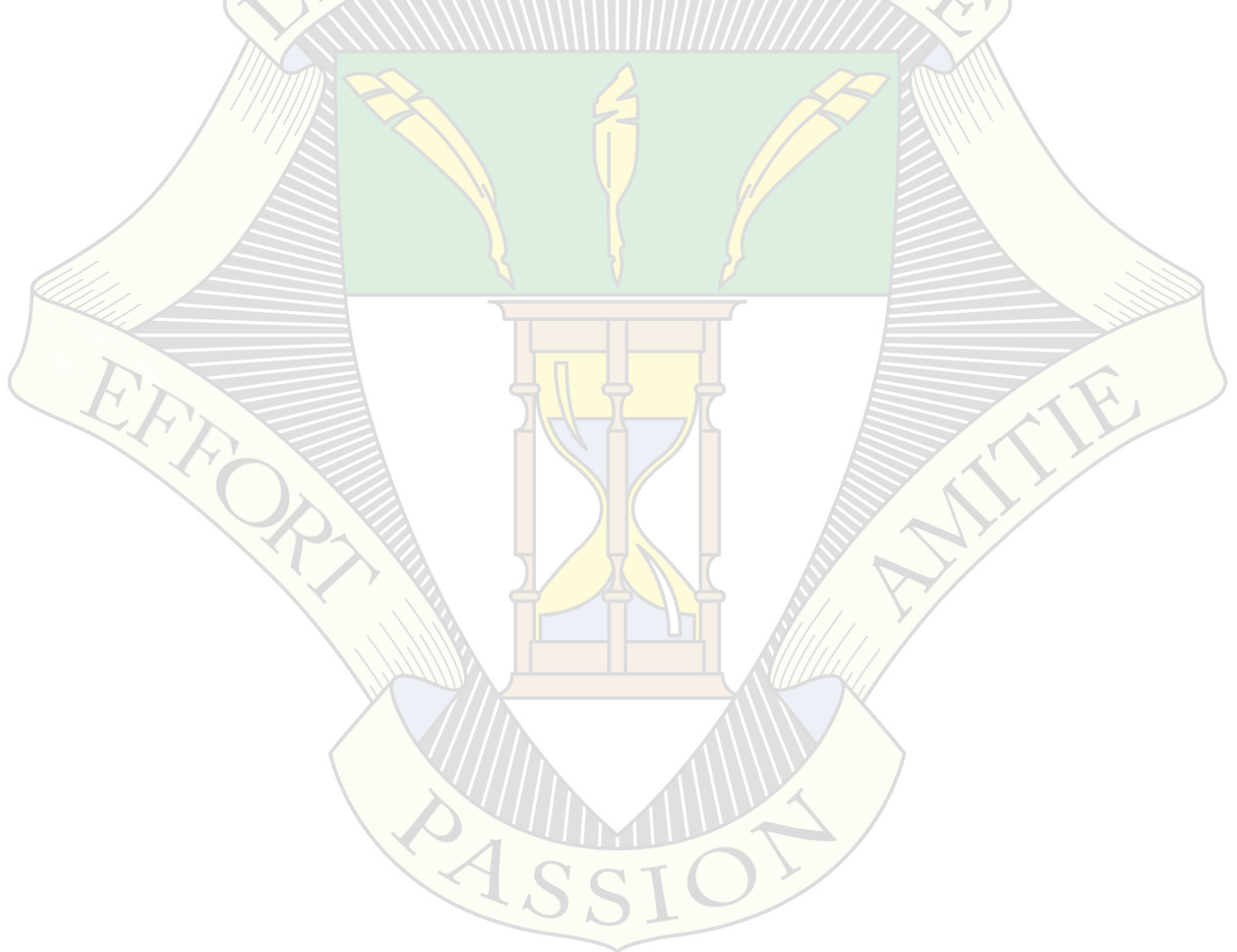
Diese Misserfolge führten zu einer Verschlechterung der Kampfmoral. Es kam zu einem Militärstreik der sich über mehrere Monate hinweg zog und von einem „Offiziershass“ begleitet wurde. Die deutschen Medien verbreiteten aber weiterhin große Siegeszuversicht. Als Richard von Kühlmann, Staatssekretär des Äußeren, am 24. Juni in einer Rede im Reichstag die Möglichkeit eines Siegfriedens anzweifelte, wurde er auf Wunsch der OHL entlassen. In den nächsten Wochen nahm die Kampfkraft der deutschen Truppen stetig ab, nicht bedingt durch Dauerbeschuss, Ausbildungsdefizite Mangelernährung etc., sondern auch wegen der Wahrnehmung, dass der Gegner über weitaus bessere materielle und personelle Ressource verfügt. Die geschwächte Front, die zudem unter dem Leiden der Spanischen Grippe litt, war nicht in der Lage, die gut organisierten Offensiven der Franzosen und Engländer zu stoppen. Im Zuge der zweiten Marneschlacht, die am 8. August begann, fügten die Alliierten unterstützt von ca. 550 Panzer den deutschen Truppen jenen berühmten „schwarzen Tag der deutschen Armee“ zu (Ludendorff), der der Anfang des großen Rückzugs von der Westfront war. Allein an diesem Tag verlor das deutsche Heer ca. 30 000 Mann, davon ca. die Hälfte wegen Kapitulation. Ende Juli 1918 kam es zu zahlreichen Rückzugsbewegungen, die aber nach außen hin als Vorbereitung für einen Gegenangriff dargestellt wurden. Erst am 2. September gab Ludendorff gegenüber Hindenburg zu, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden kann. Noch am selben Tag erging der Befehl zum Rückzug in die Siegfriedstellung.

Die psychologische Folge der gescheiterten deutschen Offensive war, dass viele deutsche Soldaten die Hoffnung auf ein siegreiches Kriegsende verloren. Nun schien es, dass dieser nur durch eine rasche Niederlage errungen werden kann. Kriegsmüdigkeit breitete sich aus. Bis zum Herbst 1918 hatten sich die ermatteten Soldaten an der Westfront mit einer Niederlage abgefunden. Einhergehend bekam man die Einsicht, dass die aristokratischen Mächte in Deutschland ihnen nichts mehr zu sagen haben. Es kam zu einem Zusammenbruch der Disziplin und Moral im Heer, der von keinen radikalen Kräften stammt (wie in Russland). Er ist vielmehr auf die Sehnsucht nach Frieden und Heimat der deutschen Soldaten zurückzuführen. Für Ludendorff waren diese Ereignisse nicht Folge der Einsicht, dass weitere Anstrengungen aussichtslos sind. Er sah vielmehr die Ursache dafür, dass sich Deutschland nicht behaupten konnte. Woher diese mutlose Einstellung kam, war für ihn klar: sie stammte von den Sozialisten und anderen Gegnern des Krieges, die mit ihrer Propaganda, die Meldung verbreitete, dass ein Siegfrieden unmöglich sei. So blieb Ludendorff noch vor der aufziehenden Niederlage seinem technokratischen-bürokratischen Ideal treu, ein Sieg sei nur durch die Bündelung aller Ressourcen zu erlangen, vorausgesetzt diese lassen sich als solche behandeln.

Schon Mitte August 1918 musste die OHL eingestehen, dass ein Siegfrieden aussichtslos war. Im Spätsommer und Herbst 1918 war nun absehbar, dass die Mittelmächte nicht mehr lange aushalten werden. Zwar verteidigten die deutschen Truppen noch die wichtigsten Fronten in Nordfrankreich, jedoch wurde es mit wachsender Zahl der Gegner dort immer drückender. Bei den alliierten machte sich die Dynamik der „frischen“, amerikanischen Soldaten breit, die ab Ende Mai 1918 an der Westfront zum Einsatz kamen. Jedoch waren die amerikanischen Offiziere und Soldaten schlecht ausgebildet, und mussten am Anfang einige Verluste hinnehmen, Doch die American Expeditionary Forces

lernte aus ihren Fehlern. Immerhin waren am Ende des Krieges ein fünftel der Westfront von den Amerikanern besetzt.

Auch Deutschlands Verbündete erlitten im Herbst 1918 so gravierende Niederlagen, dass auch für sie der Krieg endgültig verloren war. Die bulgarische Armee löste sich auf und floh nach eine alliierten Offensive in Mazedonien. Ein Waffenstillstand wurde am 30.September abgeschlossen. Im September wurde auch in Palästina die türkische Front durchbrochen. Zu einem Waffenstillstand kam es hier am 30.Oktober. Ende September begannen die Italiener eine Offensive, die Ende Oktober zum Sieg von Vittorio Veneto und zu der Auflösung der Österreich-Italien Front führte. Unter diesen Bedingungen forderte die OHL die deutsche Regierung auf, ein Waffenstillstandsangebot an die Alliierten zu machen. Ab diesem Moment waren die politischen Entscheidungen in Deutschland und



Österreich-Ungarn, die mit der Niederlage in Verbindung gebrachten Personen, zu ersetzen und zu reformieren.

4.1.Kriegsführung

4.1.1.Stellungskrieg und Materialschlacht

Der Erste Weltkrieg wurde hauptsächlich als Stellungskrieg und Materialschlacht geführt. Insbesondere in Nordfrankreich, der wichtigsten Front, standen sich die Soldaten jahrelang in Schützengräben und Festungsanlagen gegenüber, ohne dass einer Seite Geländezunahmen zugesprochen werden konnte. So sehr sich die Schützengräben zum Sinnbild des Ersten Weltkrieges entwickelt haben, so sollte man sich mit dem Grund dieser Verlaufsform beschäftigen.



Bundesarchiv, Bild 183-R05951
Foto: o.Äng. | 1916/1918 ca.

Abbildung 9: Deutscher Graben bei Arras, ca. 1916: Ein Soldat hält Ausschau, während seine Kameraden ausruhen

Vor dem Krieg waren sich viele Experten einig, dass ein moderner Krieg nach einer Schlacht oder Feldzug beendet werden würde. Man fürchtete eine Auseinandersetzung in Ost und West, die die Völker viel umfassender beteiligt und sogar die gesamte europäische Kultur gefährden konnte. Dies ist darauf zurückzuführen, dass während der Industrialisierung das Zerstörungspotenzial aller Staaten gestiegen ist. Das reicht von der Reichweite der Standardgewehre, bis zu den Artilleriegeschützen jedes Kalibers. Zu Beginn des Krieges besaß Frankreich 3800 75er Geschütze, die in ihren Augen eine Art Artillerie Allzweckwaffe war. Das Deutsche Reich war ihnen aber in dieser Waffengattung qualitativ und quantitativ überlegen. 300 französische Geschütze standen ca. 2000 deutschen gegenüber. Dieses Missverhältnis ist der französischen Auffassung zu verdanken, dass die Artillerie die Infanterie nur unterstützte, und nicht vorbereitend benötigte. Die Aufrüstung der Alliierten mit einer gleichen Zahl an Geschossen dauerte bis ins Frühjahr 1916, in der Somme Schlacht. Die russische Artillerie dagegen war mit deutschen Artilleriegeschützen in Sachen Quantität auf Augenhöhe, jedoch reichte deren Qualität nicht an denen der Deutschen ran.

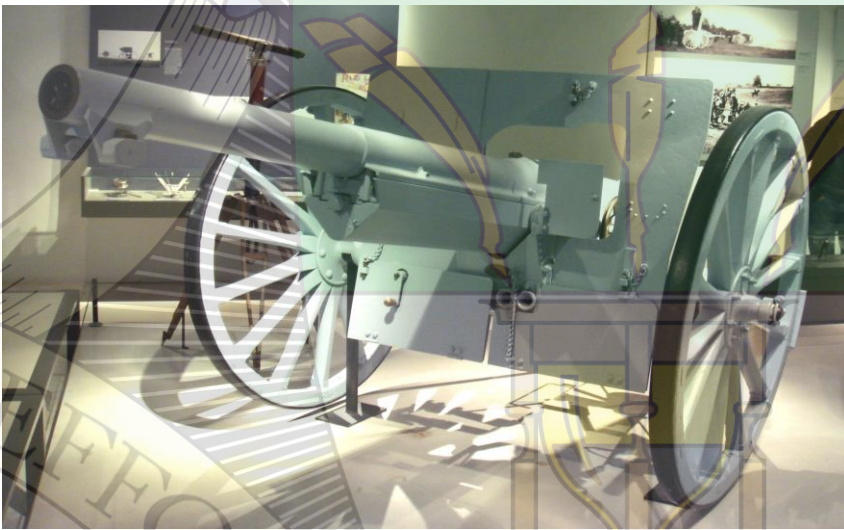


Abbildung 10: Canon de 75 mm modèle 1897, ausgestellt im Invalidendom in Paris

Auch wenn die Artillerie jeden Soldaten töten konnte, so brauchte es die Infanterie um die Gräben zu erobern. Dies erwies sich oft als schwer, da nach heftigem Artillerie Beschuss oft noch Soldaten übrigblieben, die nur brauchten, die Angreifer mit Maschinengewehren zur Strecke zu bringen. Deshalb sollte man ebenfalls die Defensive nicht außer Acht lassen, besonders die Soldaten die sich mit Werkzeugen und Materialien eingruben, oder die Bauingenieure, die die Festungen nach dem neustem Stand der Wissenschaft und Technik ausbauten.

Bei allem Wissen um den Ausmaß und die Zerstörung des Krieges, so lag die Aufgabe bei den Militärs, diesen führbar und gewinnbar zu machen. Es galt Strategien zu entwickeln, wo die Verteidigungsanlagen des Feindes am schwächsten waren, und wie diese am effektivsten ausgenutzt werden konnten. Schon der Schlieffenplan mit der Idee eines schnellen und massiven Angriffs auf Nordfrankreich entsprang dem Wissen um die Stärke der Verteidigungsanlagen im Osten des Landes. Aber auch die umgekehrte Überlegung kann für strategisch sinnvoll erachtet werden. **So begründete Falkenhayn den deutschen Angriff auf die Festung Verdun damit, dass die Wichtigkeit der Festung die Franzosen dazu zwingen würde, für ihre Verteidigung den letzten Mann einzusetzen.**

4.1.2. Technik, Wissenschaft und Krieg

Im Ersten Weltkrieg spielten technische und wissenschaftliche Errungenschaften eine wichtige Rolle. Beruhte doch die Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung vor allem auf das Anwenden neuer technischer und wissenschaftlicher Erkenntnisse. Für deren Gewinnung wurden Wissenschaftssektoren in allen Ländern ausgebaut. Den Staaten standen somit im Kriegsfall kriegsentscheidende Technologien zur Verfügung, die sowohl an der Front, wie Waffen bezogene Technologien, aber auch im Transport oder Kommunikation von Truppen für den entscheidenden Vorteil sorgen konnten. Wie sich das aber in einem Krieg auswirken würde, in dem alle Mächte über dieses zusätzliches Wissen verfügten, war am Anfang des Krieges nicht absehbar. Die Gefahr war aber bekannt, dass durch die gegenseitig wachsenden Potenzen der Vorteil neutralisiert werden könnte. So hatte beispielsweise Generalfeldmarschall Colmar von der Goltz schon 1883 in dem Buch „Das Volk der Waffen“ den nächsten größeren Krieg als Menschen- und Materialschlacht prognostiziert. Doch auch größere Kriege vor 1914 zeigten, wie die Industrialisierung den Krieg verändert hatte. Während dem Krieg wurden überall Kooperationen zwischen Militärs, Unternehmern und Wissenschaftlern gebildet. Wissenschaftler, von denen man sich kriegswichtige Forschungen erhoffte, wurde so nicht in dem Militärdienst eingezogen und stattdessen zurückgestellt. Für diese neue Forschungen wurden nicht nur Universitäten in der Vaterlanddienst gestellt, sondern auch ganze Institutionen gegründet: In den USA das National Research Council (1916); in Großbritannien das Committee for the Promotion of Industrial and Scientific Research (August 1915), das Department of Scientific and Industrial Research (Dezember 1916) und das Chemical Warfare Department; in Frankreich die Direction des inventions intéressant la défense nationale (1915) und die Direction du matériel chimique de guerre (Juni 1915); in Deutschland baute man die Kaiser Wilhelm Institute aus und gründete neue Institute, vor allem im Bereich der Chemie. Das Wissen, das in diesen Forschungseinrichtungen gewonnen wurde, betraf nicht nur Waffen und Kriegsgeräte. Es ging ebenfalls um technisch organisatorische Innovationen, mittels derer kriegswichtige Unternehmen ihre Produktion beschleunigen konnten, wie zum Beispiel die Einführung von Fließbändern.

Unter den Technologien, die während der Industrialisierung gewonnen wurden, hatten einige ihre besondere Bedeutung für die Kriegsführung. Das wohl beste Beispiel dafür ist die Eisenbahn, mittels der es möglich war die Front, Hinterland und Heimat miteinander zu verbinden. Sie ermöglichte logistisch nun auch, Truppen in einer viel höheren Geschwindigkeit von A nach B zu transportieren oder zu verlegen. Ein hervorragendes Beispiel ist die Marneschlacht 1914. Umgekehrt erwies sich das sehr weitmaschige Eisenbahnsystem der Russen oft als Hindernis für den schnellen Transport von Truppen. Wegen dieser enorm wichtigen Bedeutung für den Krieg, hatte jede Armee Truppen, die für die Reparatur und Auslegung der Schienen und Eisenbahn verantwortlich war.

Für den weiteren Transport der Rohstoffe bediente man sich zudem den vergleichsweise neuen Lastkraftwagen, jedoch griff man noch erstaunlich oft auf Lasttiere zurück, die im unwegsamen Gelände klar im Vorteil waren. Man macht sich heute im allgemeinen keine zutreffende Vorstellung davon, wie die Kavallerie in den Hintergrund rückte, die Lasttiere aber dennoch eine wichtige Rolle spielten und welche Infrastruktur für ihre Zucht, Betreuung und Versorgung notwendig war. Alleine in der Armee der Alliierten sollen ca. 8 Millionen Pferde und Maultiere gestorben sein, die 2004 in London ihr eigenes Denkmal bekamen (*Animals in War*).

Neuartige Kommunikationsmittel wie Telegraf und Telefon spielten ebenfalls eine wichtige Rolle, da durch sie Nachrichten schneller vermittelt werden konnten, und dadurch Entscheidungswege schneller durchgeführt werden konnten. Das ein Hauptquartier wie das der Deutschen weitab der Front im belgischen Spa residieren konnte, ist nur dank der Telegrafie möglich. Telefone waren besonders an der Front von Nützlichkeit da sie einem erlaubten von Beobachtungsposten aus das Artilleriefeuer aus verdeckten Stellungen zu leiten. Auch für den Erhalt und Aufbau von Kommunikationsnetzwerken wurden eigens Truppen vorgesehen. In bestimmten Situation griff man jedoch noch auf traditionelle Kommunikationswege zurück, wie Brieftaube und Meldehunde.

Aufgrund der Seeblockade spielte die Entwicklung von Rohstoffersetzungen eine wichtige Rolle. Das bekannteste Beispiel ist der Salpeter, der sowohl zur Produktion von Sprengstoff, als auch für die von Dünger benötigt wurde. Das Deutsche Reich hätte womöglich schon 1914 den Krieg wegen Munitionsmangels aufgeben müssen, wenn nicht durch die Weiterentwicklung des 1910 patentierten Haber-Bosch Verfahrens zur Herstellung von Stickstoff aus Luft ein Ausweg gefunden wurde. Mit staatlicher Unterstützung wurden mehr Stickstofffabriken gebaut und alte ausgebessert. Aber auch weniger spektakuläre Erfindungen leisteten ihren Beitrag zum Krieg. So entwickelte man ein Produktionsverfahren, um Zinn, aus Weißblech zurückzugewinnen.

Im Ersten Weltkrieg spielten auch erstmals Flugzeuge eine entscheidende Rolle. 1914 standen sich 220 alliierten Flugzeugen und 258 Flugzeuge der Mittelmächte gegenüber. Anfangs wurden sie ähnlich wie Fesselballons nur zur Aufklärung und zur Lenkung des Artilleriefeuers benutzt. Auf deutscher Seite waren noch die Zeppeline zu finden, die zum Beispiel für die Bombardierung von Belgien und England eingesetzt wurden. Bald schon gingen die Flieger dazu über, sich gegenseitig zu beschießen, anfangs noch mit Pistolen und Karabiner, später mit Maschinengewehren. Im Kampf um Verdun 1916 setzten Frankreich und England zum Ersten Mal Kampfgeschwadern ein. Gegen Ende des Krieges hatten die Alliierten die völlige Übermacht im Luftraum gewonnen. Nach und nach wurden Luftschiffe und Flugzeuge auch zum Bombardieren von Städten eingesetzt. So zum Beispiel von London und anderen südenglischen Städten am 13. Juni 1917, als 14 deutsche Flugzeuge des neuen Langstreckenbombertyps Gotha G.IV mitten am Tag überraschend angriffen. 162 Menschen wurden getötet, 432 verletzt. Insgesamt starben bei deutschen Angriffen auf England ca. 1400 Menschen und ca. 3400 Menschen wurden verletzt.

Deutsche Politiker hatten anfangs noch Bedenken was das Bombardieren von dichtbevölkerten Innenstädten anging, später ermahnte man die Piloten nur noch, auf historische Gebäude achtzugeben, was sich jedoch wegen der gewaltigen Sprengkraft der Bomben nur schwer kontrollieren lassen konnte. Insgesamt dienten die deutschen Luftangriffe auf England dem Zwecke, die englische Bevölkerung einzuschüchtern, indem man den Krieg bis vor ihre Haustür bringt. Zur Abwehr von Fliegerwaffen wurden bald Abwehrpiloten ausgebildet, die sich zu den wahren Helden des Krieges entwickelten. Die ehrenhafte Vorstellung vom ehrenhaften Kampf Mann gegen Mann, das an der Wirklichkeit der Schützengräben zerbrochen war, erlebten in den Lüften seine Renaissance.

4.1.2.1. Panzer

Wegen der Erfahrung der verlustreichen Großoffensiven, arbeiteten England und Frankreich seit 1915 an der Entwicklung einer neuen Waffengattung. Sie entwickelten motorisierte mit Kanonen bestückte Fahrzeuge, mit denen man auch ohne größere Vorbereitung auf dem Schlachtfeld für überraschende Angriffe sorgen konnten, die vorher an der Unebenheit des Geländes gescheitert wären. Die „Tanks“, wie sie von den Briten zur Geheimhaltungszwecken genannt wurden, kamen zum Ersten Mal im September 1916 an der Westfront zum Einsatz. Ein Jahr später, unternahmen sie einen Angriff mit dem Ziel der Eroberung der nordfranzösischen Stadt Cambrai, bei dem erstmals ein Verband von aufeinander abgestimmten 400 Panzern, 400 Flugzeuge, sechs Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen eingesetzt wurden. Es gelang ein unerwarteter tiefer Einbruch in die deutsche Stellung, der aber nicht dauerhaft gehalten werden konnte.

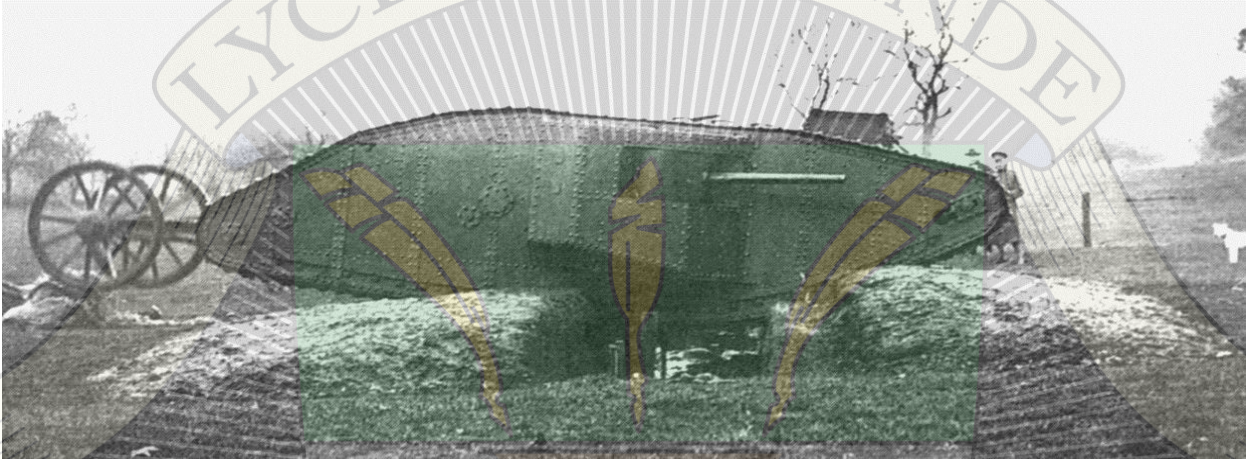


Abbildung 11: Mark-I Panzer, der als erster weltweit gilt, im Hatfield Park, 1916

Die ersten Panzer waren noch schwerfällig und langsam. Ihre zunächst erfolgreiche Abwehr, hinterließ beim deutschen Generalstab den Eindruck, die Entwicklung eigener Panzer sei nicht von Nutzen. Mit der Entwicklung und der seriellen Produktion der eisernen Ungetüme kamen deren strategischen Vorteile zum Vorschein. Auch wenn immer noch recht viele Panzer zerstört wurden, so standen sie den Alliierten wegen ihrer sehr hohen Produktionszahl von ca. 500 Monaten pro Monat kontinuierlich zur Verfügung. Die gravierende deutsche Fehleinschätzung gegenüber Panzern zeigte sich bei geführten Offensiven der Briten bei Soissons am 18. Juli und bei Amiens am 8. August 1918, dem „schwarzen Tag des deutschen Heeres“ (Ludendorff). Im August 1918 waren an der Westfront bei den Alliierten insgesamt ca. 3000 Panzer im Einsatz.

4.1.2.2. Giftgas

Die Erstarrung der Westfront und der Übergang zu einem Stellungskrieg stachelte die militärische Führung zur Suche nach neuen Waffen an. Eine Variante war die Anwendung von Gas, um die feindlichen Soldaten vor dem eigentlichen Angriff kampfunfähig zu machen. Schon früh verwendeten die Franzosen Tränengasgranaten, jedoch verflieg ihre Wirkung bei offenem Gelände. In diesem Zusammenhang kam die Idee zur Einsetzung von Giftgas. Zwar verbot die Haager Landkriegsordnung von 1899/1907 den kriegesischen Einsatz von Gift, jedoch wurden die entsprechenden Paragraphen von Politikern und Militärs so interpretiert, dass nur der Einsatz gegen Zivilbevölkerung nicht erlaubt ist. Die dementsprechenden Entwicklungen wurden vor allem in Deutschland vorangetrieben, da die Chemieindustrie gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland einen regelrechten Aufschwung erlebt hatte. Der am Kaiser Wilhelm Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem tätige Chemiker Fritz Haber, dessen Forschungen das Problem zur Stickstoff- und Salpetergewinnung gelöst hatten, schlug im Herbst 1914 der OHL vor, Gas nicht nur als Reizstoff, sondern als tödlichen Reizstoff einzusetzen. Dafür schien Chlorgas, das in Deutschland in besonders großen Mengen vorhanden war, besonders geeignet zu sein. Selbst relativ kleiner Verdünnung sorgt es noch für Verätzungen auf Schleimhäuten und ruft Lungenödeme hervor. Die erste Idee, das Gas mit Geschossen zu verbreiten, wurden wegen technischer Schwierigkeiten aufgegeben. Stattdessen plante man, das Gas in Behälter bis hinter die Front zu bringen, und das Gas dann mithilfe günstiger Windbedingungen bis bei den Feind zu bringen. Haber hob als strategischen Vorteil hervor, dass durch den Einsatz des giftigen Stoffes, die Überlegenheit der Verteidigung über die Angreifer, als das Kernelement des Stellungskrieges, zu Nichte gemacht werden konnte. Dringende doch das Gas, im Gegensatz zum Schrapnellgeschoss „hinter jeden Erdwall und in jede Höhle, wo der fliegende Eisensplitter keinen Zutritt findet.“ -Fritz Haber 1914.

Die OHL nahm diesen Vorschlag an, und stellte 1915 gemäß Habers Plan und unter seiner Aufsicht „Gastruppen“ auf, die speziell für den Einsatz mit dem giftigen Gas ausgebildet wurden. Diese Einheiten wurden qualifizierten Wissenschaftlern zugewiesen, von denen einige nach dem Krieg weltberühmt wurden (wie zum Beispiel Otto Hahn, James Franck, Gustav Hertz, Hans Geiger). Am Morgen des 22. April 1915 experimentierten die Deutschen während der zweiten Flandernschlacht bei Ypern zum ersten Mal mit Chlorgas. Aus ca. 6000 Zylindern wurden ca. 150 Tonnen Chlorgas in Richtung feindliche Linie abgeblasen. Diese „Geburtsstunde der Massenvernichtungswaffen“ hatte ca. 1300 französische Soldaten und ca. 3000 Verwundete. Im Nachhinein beklagte man auf deutscher Seite, dass man den Überraschungseffekt nicht noch weiter ausgenutzt hätte, und so einen vernichtenden Schlag ausgeteilt hätte. Vielen traditionell eingestellten Offizieren erschien diese wissenschaftliche Art Krieg zu führen, fragwürdig. Generaloberst Carl von Einem, Oberbefehlshaber der 3. Armee, sprach von der Gaswaffe als einem „unritterlichen, nur von Schuft und Verbrechern sonst gebrauchten Mittel“. Andere Offiziere hatten die Bedenken, dass die Gegner recht schnell nachziehen könnten, und wegen der Windverhältnisse an der Westfront, dies sehr schnell zu einem Nachteil für die deutschen Truppen werden konnte.

Letztendlich setzte sich aber auch in den zunächst skeptischen Offizieren die Auffassung durch, dass das Giftgas nur die logische Fortentwicklung der Kriegsführung sei, mit der man kostbare Soldatenleben sparen könnte. Tatsächlich brauchte es nur wenige Monate bis auch die Alliierten ihrerseits Giftgas herstellten und durch Ablasen oder mit Granaten einsetzen konnten. Unter deutschen Soldaten waren die seit 1917 von Briten verwendeten Gasminenüberfälle besonders gefürchtet.

Als defensive Reaktion auf den Gifteinsatz wurden bei allen Kriegsparteien die Gasmaske zur Ausrüstung der Soldaten hinzugefügt. Auch auf diesem Bereich war zunächst das deutsche Militär führend, weil wegen ihrer Erfahrung in der Chemieindustrie schon ein Markt für Gasmasken bestand. Seit November 1916 wurden im deutschen Heer Merkblätter zum Gasschutz an Offiziere Mannschaften und Sanitäter ausgegeben. Im Laufe des Krieges arbeiteten auf beiden Seiten Wissenschaftler daran, chemische Stoffe als Waffe zu perfektionieren, zum Beispiel durch das Verschießen von Granaten oder durch die Entwicklung neuer Gase. So führten die Deutschen im Sommer 1917 das arsenhaltige „Blaukreuz“ ein, dass schon bei minimaler Dosierung zu Reizungen in den Atemwegen führen konnte und das die Betroffenen dazu brachte, sich die Atemschutzmasken vom Gesicht zu reißen. Im Juli 1917 setzten die Deutschen zum Ersten Mal Dichlordiäthylsulfid („Senfgas“, auch „Yperit“ oder „Lost“ genannt) ein, eine fünfzigmal giftigere Substanz als Chlor. Lost war als Gas deshalb so tödlich, da es im Gegensatz zu anderen Gasen nicht über die Atemwege, sondern über die Haut in den Körper eindringt. Das Gift wird zunächst vom Körper nicht bemerkt und wirkt erst mit zeitlicher Verzögerung.



Abbildung 13: Britische Soldaten mit Gasmasken 1916 während der Schlacht an der Somme

Insgesamt waren im Ersten Weltkrieg 4% der verschossenen Granaten, Giftgasgranaten, wobei ihr Anteil ständig zunahm. 1918 lag er bei über 30%. Schätzungen gehen davon aus, dass an der Westfront ca. 3,4% der Kriegsoffer (20 000 Tote und 500 000 Verletzte) dem Einsatz von Giftgas geschuldet waren. Wurde Giftgas anfangs noch zur Vernichtung der feindlichen Truppen verwendet, so trat der demoralisierende Effekt von Giftgas im Laufe des Krieges in den Vordergrund. Alleine schon das Gerücht, dass die Feinde Senfgas eingesetzt haben, konnte Truppenteile paralysieren oder in Panik versetzen.

4.2.Soldaten

4.2.1.Rekrutierung und Ausbildung

Um die Kriege im 20. und frühen 21.Jahrhundert besser verstehen zu können, muss man sich Erstmal mit der Rekrutierung der Soldaten beschäftigen. In früheren Zeiten, als auf Schlachtfeldern sich Söldner und/oder Berufssoldaten bekämpften, taten diese Männer es freiwillig oder um des Geldes wegen. Die Bevölkerung war vom Krieg zwar betroffen, jedoch erwartete man von dieser nicht, dass sie sich aktiv daran beteiligte. Dies änderte sich mit der Konskription, der frühen Aushebung zum Heeresdienst, wie sie in Frankreich mit der *levée en masse* („Massenaushebung“) erstmals während der Revolutionskriege eingeführt wurde. Mit ihr wurde der Krieg auch eine Sache des Volkes. Staaten griffen nun praktisch auf ihre gesamte männliche Bevölkerungsschaft zurück und erwartete von ihnen sich für den Krieg ausbilden zu lassen und völligen Gehorsam gegenüber ihren Vorgesetzten. Innenpolitisch ergab sich jedoch die Situation, dass wenn die Bürger schon in den Krieg ziehen, dass man ihnen dann auch mehr Einfluss auf die Regierung haben lassen soll. Die allgemeine Wehrpflicht setzt die allgemeine Zustimmung der Bürger zum nationalen Gemeinwesen voraus. Sie kann nur funktionieren, wenn alle soziale Schichten den Standpunkt teilen, dass die nationale Selbstständigkeit von außen gefährdet wird und diese nur durch gemeinsame Anstrengung verteidigt werden kann. Die Bürger beurteilen die Führung, ob sie das Volk effektiv einsetzt. Und die Bürger beurteilen auch ihresgleichen, ob die von ihnen erwartete Disziplin und Selbstlosigkeit gegenüber der gemeinsame Sache auch eingehalten werden. Diese beiden Fragen sind im Krieg stets präsent und können letztendlich über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Die Herrschaft war sich über diese Konsequenz der Wehrpflicht bewusst, fürchtete aber eine Schwächung der Stabilität der Herrschaft, im Falle der Enttäuschung der Bevölkerung.

Der Erste Weltkrieg führte in allen beteiligten Staaten zu einer Mobilisierung der männlichen Bevölkerung die bis dato kaum vorstellbar gewesen war. Insgesamt kamen 71 Millionen Männer zum Einsatz. In Deutschland wurden ca. 13,25 Millionen Mann (bei einer Gesamtbevölkerung von 67,8 Millionen Einwohner im Jahr 1914) einbezogen. Die Art der Bedeckung des Bedarfs an Soldaten variierte von Staat zu Staat. In den großen kontinentalen wie Deutschland, Frankreich und Russland, die sich mit ihren Heeren auf Landkriege vorbereiten müssen, war die Wehrpflicht schon vor dem Krieg obligatorisch. England hatte eine verhältnismäßig kleine Berufsarmee und die Vereinigten Staaten stützten sich auf ein Milizsystem. Beide Staaten sahen sich aber im Verlauf des Krieges zur Wehrpflicht gezwungen.

Mit der Wehrpflicht verpflichtete man die Bevölkerung schon in Friedenszeiten sich auf den Krieg vorzubereiten. Oft jedoch wurde dies eingeschränkt, da hin und wieder Rückstellung wegen Krankheiten oder Untauglichkeit vorkamen. Hinzu kam dass man einige Bedenken hatte bezüglich gewissen Bevölkerungsgruppen. So musste ein Großteil der jungen Bevölkerung Deutschlands noch nicht dienen. Das Deutsche Reich bezog in den Vorkriegsjahren nur die Hälfte der wehrpflichtigen Männer. In Frankreich war die Quote mit 80% höher, da die französische Heeresleitung seine Armee aus einer viel kleiner Gesamtbevölkerung zusammenstellen musste als ihr Hauptfeind. Deshalb hatte man in Frankreich den Wehrdienst von zwei auf drei Jahre erhöht.

Wehrpflichtig waren im Deutschen Reich Männer von 17 bis 45 Jahren. Jedoch wurde Die Altersgrenze im Laufe des Krieges auf 60 Jahre hochgeschraubt. Die aktive Dienstzeit in der Infanterie dauert 2 Jahre. Danach gehörte man für 5 Jahre zur Reserve, dann für ca. 10 Jahre zur Landwehr. Anschließend wurde man bis zum 45 Lebensjahr dem Landsturm zugeordnet, zu dem auch übrigens alle Männer zählten, die nicht gedient hatten. Wer ein Gymnasium oder eine Mittelschule besucht hatte genoss das Privileg nur ein Jahr dienen zu müssen. Diese „Einjährig Freiwillige“ konnten nach der Absolvierung von Reserveübungen und Prüfungen zu Offizieren der Reserve befördert werden, die in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genossen.

Frankreich konnte zu Beginn des Krieges sofort auf 900 000 Soldaten zurückgreifen. Nach der Generalmobilmachung am 15. August 1914 erhöhte sich die Zahl der kämpfenden Einheiten auf 2 689 000 Mann und die Armee wurde auf 3 781 000 Mann aufgestockt. Während des gesamten Krieges mobilisierte Frankreich 8 400 000 Mann (bei einer Gesamtbevölkerung von 39 Millionen). Deutschland verfügte am 1. August 1914 über ein Heer von ca. 800 000 man. Zählt man das Heer und Reserve zusammen so kamen ca. 2 310 000 Mann zusammen. Zählt man noch den Landsturm hinzu, so unterstanden dem Militär 4 900 000 Mann. Bis zum Ende des Krieges wurden in Deutschland ca. 13 000 000 Mann mobilisiert.

In England meldeten sich in den ersten drei Kriegswochen bis zum 22 August über 100 000 Kriegsfreiwillige. Dies geschah vorwiegend wegen der nationalen Begeisterung, aber auch wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit um diese Zeit. Der Ansturm wurde noch ein Mal größer als in der „Times“ am 25. August über die schwere britische Niederlage bei Mons berichtet wurde und deshalb England auf jede Unterstützung angewiesen sei. Allein in der Woche vom 30. August bis zum 5 September meldeten sich nun ca. 175 000 Freiwillige. Für die Mehrheit der Engländer waren nicht Hass gegen Deutschland oder militaristische Indologie ausschlaggebend, sondern die konkrete Entwicklung des Krieges in den ersten Wochen in Nordfrankreich und Belgien. Durch sie erschien nicht nur das eigene Land bedroht, sondern zeugte diese von der angeblichen Kulturfeindlichkeit der Deutschen, wie sie die Neutralität von Staaten missachtet und unersetzliche Kulturgüter zerstörte.

Die große Zahl getöteter, verwundeter und gefangengenommener Männer ließ die Regierungen die Kriterien zur Rekrutierung ausweiten. Man ging dazu über die Altersgrenze hinabzusenken und veranlasste erneute Kontrollen von zurückgestellten oder für untauglich befundene Männer. Man erhoffte sich von diesem Vorgehen Drückebergern aufzuspüren. Frankreich und England konnte bei der Auswahl der Soldaten nicht nur auf die eigenen Soldaten zurückgreifen, sondern auch auf die von den Kolonien und *Dominions*. So nahmen Algerier, Marokkaner und Senegalesen an den Schlachten um Verdun und an der Somme teil. Die englischen Streitkräfte wurden hauptsächlich von solchen aus den *Dominions*, ehemalige Kolonien, unterstützt. Kanada schickte ca. 500 000, Australien 332 000 und Neuseeland 112 000 Mann. Bei ihnen handelte es größtenteils um Freiwillige, die britischer Abstammung waren. Bei der Bevölkerung der Kolonien ging man stärker vor. England setzte alleine 1,3 Millionen indische Soldaten an verschiedene Fronten ein. In Ostafrika kamen im Zuge der Bekämpfung deutscher Kolonialtruppen ca. 100 000 Afrikaner um.

Von den Soldaten und der Öffentlichkeit der Mittelmächte wurde diese Art von Internationalismus als Beleidigung der Ehre empfunden. Dass im Kampf der europäischen „Kulturvölker“, Völker, die in den Augen des eurozentrischen Europas, „minderwertig“ waren, kämpften, zeugte nach deutscher Auffassung von der Unvollkommenheit der Kultur der Feinde. Aber auch englische und französische Politiker äußerten ihre rassistischen Bedenken in der Öffentlichkeit. So spielten bei den Meutereien im April 1917 auch Gerüchte eine Rolle, dass die französischen Frauen mit Ausländern arbeiteten. Und schon entsetzte sich Jean Jaurés im Jahr 1913, der 1914 ermordete Führer der Sozialisten, beim Anblick einer Militärparade aus den Kolonien: „Jeder wahre Franzose muss vor Scham erröten, wenn er sieht, dass solche Herden und Verbreitung der französischen Kultur und Verteidigung des Vaterlands gerufen werden sollen.“

Ausrüstung und Bewaffnung der Soldaten wurde zunächst von den Offizieren bestimmt, und dementsprechend ausgewählt, was sie für ihre Strategien benötigen. Die Infanteristen, die bei allen Armeen den Gros darstellten, waren mit ähnliche Repetiergewehren ausgestattet, deren Magazine fünf Patronen fasste. Auf die Gewehre konnten Bajonette aufgesteckt werden, jedoch kamen diese so gut wie nie beim Nahkampf zum Einsatz. Um von den neuen Waffen, die im Ersten Weltkrieg verwendet werden, besser geschützt zu sein, wurden Änderungen an der Ausstattung der Soldaten genommen. Um besser vor Granatsplittern, Gewehrkugeln, Steinen etc. geschützt zu sein, wurden alte Kopfschutzhauben (wie zum Beispiel die Pickelhaube) durch Stahlhelme ersetzt (bei den Deutschen seit Anfang 1916). Gegen die Gasangriff entwickelte man Gasmasken, die die eingeatmete Luft, durch Aktivkohle zu reinigen versuchte. Zur Grundausrüstung der Soldaten zählte ein Spaten und eine Anzahl von Handgranaten. Selbst die Uniformen wurden im Lauf des Krieges an die neue Kriegsführung angepasst: bunte Uniformen wurden durch „feldgraue“ ersetzt. Diese hatten Tarnungszwecke zum Grunde.

Bei den freiwilligen Soldaten machte sich schon bald die Ernüchterung breit, dass von der versprochenen nationalen Gemeinschaft wenig übrigblieb. Der Drill auf dem Exerzierplatz, oft verbunden mit vielfältigen Demütigungen, Schikanen und Misshandlungen durch Vorgesetzten wurde häufig als ungerecht und willkürlich empfunden. Die Heeresleitung erkannte die Gefahr, dass dadurch die Einsatzbereitschaft der Soldaten Schaden nehmen konnte und deshalb mahnte man die Vorgesetzten sie rücksichtsvoller zu behandeln. Das Gerechtigkeitsempfinden der Soldaten wurde auch dadurch herausgefordert, dass Offiziere und Unteroffiziere meistens besser untergebracht waren, besser versorgt wurden und einen höheren Sold erhielten. Viele ältere Soldaten die im Arbeitsleben schon längst ihren Mann gestanden hatten, mussten sich von jungen, oftmals unerfahrenen Offizieren herumkommandieren lassen. Unter den Soldaten war auch stets der Verdacht präsent, Vorgesetzte würden sich vor dem Kampfeinsatz drücken oder ihre Leute sinnlos und unbedacht verheizen.

4.2.2. Leben in den Schützengräben

Das Leben an der Westfront war ein kollektives Vegetieren. Eingegraben auf engstem Raum und unter extremen hygienischen Bedingungen lebten die Männer oft in der Angst zusammen, von Granaten oder Minen verletzt zu werden. Schon nach wenigen Tagen an der Front entwickelten sie die Fähigkeit, Geschosse am Fluggeräusch zu erkennen. Wochenlang trugen sie dieselbe Kleidung, wurden von Läusen, Flöhen und anderem Ungeziefer geplagt, versuchten sich gegen die Ratten zu wehren, stampften durch den Matsch und schliefen auf Strohsäcken oder auf schnell zusammengezimmerten Pritschen. Das Leben wurde durch formelle und informelle Regelungen bestimmt, die vom Müllaustragen bis zum Ausbau und Reparatur der Befestigung gingen. Waren alle Arbeiten getan, so konnte auch der Krieg zu einem langweiligen Warten werden, den man mit Kartenspielen und anderem Zeitvertreib zu füllen versuchte.

Im Ersten Weltkrieg dominierte das anonyme Töten mit Explosivgeschossen aus weiter Entfernung. Vor allem beim Trommelfeuer, das dem Vorbereiten der Offensive dient, wurde die Stellung unter massivem Granatenbeschuss genommen. Bei aller Anonymität spielte aber auch das persönliche Töten eine Rolle. Schafschützen nutzten kaltblütig jede Unaufmerksamkeit aus, Stoßtrupps unternahmen Überraschungsangriffe und nicht selten tötete man verwundete feindliche Soldaten, obwohl der eigentliche Kampf längst vorüber war. Der Wille der Soldaten durchzuhalten, entsprang einem Nationalbewusstsein, dass einem jungen Europäer des 21. Jahrhunderts unverständlich erscheint. Einmal an die Front entwickelten die Soldaten ein charakteristisches Selbstbewusstsein. Unter diesen extremen Bedingungen fiel ihnen die Identifikation mit den Kameraden einfach. Von diesem Standpunkt der „Frontschweine“ aus, erschien die übrige Gesellschaft wie eine Ansammlung von Drückeberger, Schreihälsen und Kriegsgewinnlern. Die in glänzenden Uniformen gekleideten Offiziere, die daheim als „kriegswichtig“ eingestuft „Drückeberger“, die noch nie den Alltag der Front erlebt haben, die Kriegshetzer in den Schreibstuben der Zeitungen, all diesen Menschen galt das Verachten der „Feldgrauen“, die nach ihnen keine Ahnung vom Leben haben. Die Verbitterung über den fehlenden Dank und Respekt der Gesellschaft, für die Männer, die ihr Leben opfer um ihres zu sichern, wurde später als der wahre Kern der Nation empfunden und immer mehr idealisiert. Bei den späteren Verlieren wie das Deutsche Reich entstanden regelrechte Parallelgesellschaften aus Kriegsveteranen wie der „Stahlhelm“ die in der Weimarer Republik eine große Rolle spielten.

Trotzdem war ein Heimaturlaub der Traum jedes Soldaten. Im Deutschen Reich bekam man diesen aber erst nach höchstens einem Jahr Frontdienst, der dann auch nur zwei Wochen dauerte. Klagen darüber, dass Bauern öfter Urlaub bekamen, um zuhause bei der Ernte zu helfen, waren weit verbreitet. Den Militärs war bewusst, dass ein solcher Urlaub sich positiv auf die Moral der Kämpfer auswirken konnte. Und umgekehrt. Die Soldaten wurden gebeten, zuhause nicht negatives über die Front zu erzählen um sie nicht unnötig zu beunruhigen.

In seltenen Ausnahmefälle gab es zwischen verfeindeten Soldaten Absprachen, für eine kurze Zeit mit dem Abschlachten aufzuhören. Der wohl bekannteste ist der „**kleine Frieden im Großen Krieg**“ (Michael Jürgs) der sich während der Weihnachtszeit 1914 abspielte. In dieser Zeit besuchten sich englische, französische und deutsche Soldaten in ihren Schützengräben, sangen und feierten mit einander. Von der Militärführung wurde dieses Fraternisieren nicht geduldet, da man Angriffszeit vergeudete und man mit dem Feind nicht verhandeln sollte. Dennoch kam es oft zu informellen und unsicheren Übereinkünften, für eine kurze Zeit das Feuer zu pausieren.

Trotz der Identifikation mit der Nation, die sich ja nur verteidigen möchte, wurde die Soldaten die sich versuchten der Metzelei zu entziehen hart bestraft. Bei niedrigen Vergehen musste man sich vor seinen Vorgesetzten verantworten, bei härteren kam man vors Kriegsgericht. Dennoch waren am Anfang des Krieges über die Strafen erfreut, denn so konnte man sich die Front ersparen. Um dies zu verhindern, gab das deutsche Heer ab Juli 1916 „Militärgefangenenkompanien“ die hauptsächlich bei gefährlichen Bau- und Schanzarbeiten, unmittelbar an der Front eingesetzt wurden. Im Herbst 1917 mussten ihnen ca. 10 000 Soldaten Dienst leisten.



Abbildung 14 Französische Uniform mit dem Mantel M1877/1915 und der flachovalen TN-Gasmaske, welche ab Ende 1915 ausgegeben wurde



Abbildung 13: Die französische Uniform von 1914, welche keinerlei Rücksicht auf die moderne Kriegführung nahm

4.2.3.Helden

In allen Nationen, die am Krieg beteiligt waren, entstanden Helden, deren Schicksal verherrlicht und idealisiert wurde. Einige Personen wurden als Helden weit über den Krieg hinaus gefeiert. Paul von Hindenburg, dem „Sieger von Tannenberg“, wurde schon zu Lebzeiten ein 13 Meter hohes hölzernes Denkmal gesetzt, in man für eine Spende von einer, fünf oder hundert Mark symbolisch eiserne, silberne oder goldene Nägel eingeschlagen werden durften. Gefeiert wurden Männer wie Manfred von Richthofen, der „rote Baron“ der in der Luft den ritterlichen Zweikampf verkörperte, oder „Lawrence von Arabien“, der als Brite die Stämme der arabischen Halbinsel vereinte für den Kampf gegen die Türkei. Aber auch gewöhnliche Soldaten wurden für ihren Einsatz ausgezeichnet-vom Verwundetenabzeichen bis zum Eisernen Kreuz 1. Klasse. Die Abzeichen sollten die Dankbarkeit des Vaterlandes ausdrücken. Die Abzeichen waren oft mit Belohnungen verbunden, wie einige Tage Front- oder Heimaturlaub.

In Wahrheit war der Krieg ein anonymes Massensterben. Aber auch dieser konnte verherrlicht werden, wie das Beispiel des Langemarck-Mythos zeigt. Am 11. November 1914 gab die OHL eine Nachricht von wenigen Zeilen bekannt, die im Deutschen Reich schnell berühmt wurde: „Westlich von Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesänge >Deutschland, Deutschland, über alles< gegen die erste Linie der feindlichen Stellung vor und nahmen sie. Etwa 2000 Mann französischer Linieninfanterie wurden gefangengenommen und sechs Maschinengewehre erbeutet“. In Wahrheit waren zwar Gymnasiasten am Angriff beteiligt, die meisten Gefallenen waren aber ältere Männer. Bei dem mehrtägigen Ringen wurden deutschen Soldaten von britischen Maschinengewehren niedergemäht. Ausgerechnet dieses sinnloses Verheizen wurde während und nach dem Krieg als wahre patriotische Gesinnung gefeiert.

Zu einem Mythos wurde auch die Schlacht um Verdun im Jahr. Hier war nicht mehr jugendliche Begeisterung im Mittelpunkt, sondern die Härte und Willensstärke „der Feldgrauen“ gefordert. In der „Hölle von Verdun“ wurde angeblich ein neuer Mensch geboren, ein Mensch in Emotionen und Verhalten wie eine Maschine. Für die Beschwörung dieses Typus sind die Schriften Ernst Jüngers bekannt geworden, sowohl seine Kriegstagebücher als auch seine darauf basierendem Buch „In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppenführer“ das 1920 erschien. Jünger, Jahrgang 1895, war Kriegsfreiwilliger. Fast während dem gesamten Krieg kämpfte er an der Front und wurde mit hohen und höchsten Orden ausgezeichnet. Jünger schilderte die Ereignisse aus einer distanziert-neutralen Sicht eines Soldaten und Offiziers, dem es selbstverständlich ist, militärische Befehle zu befolgen. Zweifel oder Kritik an der Kriegsführung sind ihm fremd. Er beschreibt die grausamen Ereignisse an der Front mit einem sachlichen Blick desjenigen, der versucht auszuhalten, was kaum auszuhalten ist.

4.2.4.Ärzte

August 1914. Als der deutsche Major Hans Behr kurz hinter der französischen Grenze bemerkte, dass seine Soldaten im Schlamm feststecken blieben und sich wegen dem stetig anhaltenden Trommelfeuer der Gegner sich keinen Meter mehr traute nach zu vorne zu rücken, sprang der Major kurzerhand an die Spitze seiner Truppen und feuerte seine Männer an. Mit gezogenem Säbel lief er auf die Franzosen zu bis er von einer Granate gestoppt wurde.

„Ich wurde zu Boden geschleudert, und um mich war plötzlich Nacht“, erinnerte er sich später daran. Granatsplitter hatten seine Augen zerfetzt. Durch die Explosion wurde seine Nase weggerissen und sein Oberkiefer zertrümmert. „Das Blut lief mir ständig in den Hals. Ich glaubte nicht, dass ich mit dem Leben davonkommen würde.“ Tatsächlich: In einem früheren Krieg hätte der Major mit diesen schweren Verletzungen nicht mehr als einige Stunden überlebt, er wäre den Heldentod noch auf dem Schlachtfeld gestorben.

Doch es kam anders. Erstmals seit der Erfindung des Schießpulvers stand ein gut organisiertes Sanitätswesen kurz hinter der Front um den Verwundeten zu helfen. Ein Heer bestehend aus Militärärzten, freiwilligen Krankenpflegern und aus Soldaten, die zu Sanitätern ausgebildet wurden.

Gut organisierte Militärärzte waren aber nicht selbstverständlich. Noch im 18. Jahrhundert wurden verletzte Soldaten, die sich nicht selbst helfen konnten, auf dem Schlachtfeld liegen gelassen. 1914 war das anders. Freiwillige Helfer schleppten Major Hans Behr unter Lebensgefahr aus den vordersten Linien, und brachten ihn zu einem Versorgungsplatz, wo noch während dem Kampfgetümmel die Blutungen gestillt wurden. Kurz dahinter wurde Behr ins Kriegslazarett gebracht wo ihm erste Verbände angelegt wurden. Hans Behr wurde noch etliche Male von einem Lazarett zum anderen geschleppt, später in Spezialkliniken und schlussendlich wurde er in Berlin versorgt.

Etliche Operationen musste sich der Major noch unterziehen lassen, die genauso oft misslangen wie sie etwas brachten. Seine Verletzungen konnten aber nie wirklich korrigiert werden. Aus Trost beförderte die Armeeführung ihn zum Oberleutnant und schmückten ihn mit dem Eisernen Kreuz.

Doch: Der Kriegsverwundete wurde immerhin 80 Jahre alt; Blind, ohne Nase und mit einem mühselig zusammen geflickten Kiefer. Noch während dem Krieg heiratete er eine

Krankenschwester und wurde Vater von zwei Söhnen. Sein Sohn, der mittlerweile auch knapp 80 ist, erinnerte sich an den Vater als „der Mann ohne Gesicht“.

Männer wie er gab es im Ersten Weltkrieg zu Tausenden. Männer denen die Nase fehlt, die Ohren oder sogar der ganze Kiefer. Männer dessen Gesichter an Monster aus apokalyptischen Horrorvisionen glichen. Zu diesen Männern gab es noch die sogenannten „Kriegskrüppel“. Menschen den Arme oder Beine fehlten, die sich auf Krücken vorwärts zu bewegen versuchten.

Alleine in Deutschland, die etwa 2 Millionen Kriegsgefallene zu beklagen hatten, kamen noch 2,7 Millionen Kriegsoffer die an die Schrecken des Krieges erinnerten. Das wollte das deutsche Kaiserreich nicht, als sie neben den Luft- und Wassereinheiten, einen umfangreichen Ausbau des Sanitätswesen anordneten. Zu Beginn des Krieges standen alleine den deutschen Soldaten 24.000 Ärzte zur Verfügung, darunter auch Medizin Studenten ab dem 7. Semester, genannt „Feldunterärzte“. Auch Chirurgen mit langjähriger Erfahrung im Gebiet waren unter den mobilen Helfern anwesend. In fast 400 Feldlazaretten, sogar 600 gegen Kriegsende wurden die Verletzten betreut. Die 200000 Krankenschwestern, die unter Lebensgefahr den Opfern zu helfen versuchten, hatten sich viele freiwillig gemeldet.

Doch so menschlich es aussehen mag, das Ziel dahinter war klar. Die verwundeten Soldaten sollten so schnell wie möglich wieder aufs Schlachtfeld. Soldaten mit Verletzungen, die in früheren Kriegen zum Verlust des Soldaten führten, sollten im Ersten Weltkrieg weiterkämpfen. Beim Frankreich Feldzug 1870/71 waren 90% der Soldaten die durch eine Schussverletzung einen Knochenbruch erlitten, oft noch am selben Tag an ihren Verletzungen gestorben. Ein Elend dass sich nicht noch einmal wiederholen sollte.

Doch niemand hatte mit den neuen Verletzungssorgen gerechnet. Denn im Gegensatz zu früheren Kriegen, in denen die Soldaten meistens durch Gewehrkegel verwundet wurden, wurden die Soldaten im Ersten Weltkrieg regelrecht von den Artilleriegranaten zerfetzt, was zu enormen Verlusten führte die es in diesem Ausmaße bis dato noch nie gegeben hatte. Das Gewebe der Soldaten wurde zerfetzt und meist noch mit Dreck aus dem Schlachtfeld infiziert. Jeder Dritte Soldat starb an seinen Verwundungen.

Viel Schlimmer wären die Verluste ohne die Errungenschaften der Medizin ausgefallen. Zum ersten Mal wurden Infektionen mit Medikamenten wie Tetanus-Antitoxin bekämpft und besonders bei der Versorgung der Verletzten achteten die Ärzte zum Ersten Mal auf Hygiene. Die neuartigen Impfstoffe verhinderten dass sich Seuchen wie Typhus oder Pocken sich über die Lager ausbreiten und dank der Narkosetechnik waren erstmals Amputationen möglich. Doch zu Beginn des Krieges erwartete niemand ein Phänomen das noch niemals aufgetreten war. Durch das ständige Trommelfeuer und gewaltige Detonationen, wurden die Psychen der Soldaten geschädigt. Mehrere Männer schrien unaufhörlich Nachts- und Tagsüber, wälzten sich in Krämpfen, oder andere konnten nicht mehr aufhören mit dem Zittern.

Die sogenannten „Rüttler“ die zum Ende des Krieges immer häufiger in ihrer Heimat anzutreffen waren, wandelten die „Kriegsbegeisterung“ der Zivilbevölkerung in ein allmähliches Entsetzen. Viele Menschen grausten sich mehr über die Rüttler als eine Konfrontation mit einem Blinden oder Amputierten. In den Augen dieser Menschen spiegelte sich in dem Zittern und Zuckungen das unmenschliche Grauen auf den Schlachtfeldern wider. 200000 dieser „Kriegsneurotiker“ wurden in Lazarett und Sanatorien versorgt- ein riesen Ärgernis für die Ärzte den zumindest äußerlich waren diese Menschen kerngesund. Doch als am Anfang des Krieges Wasserkuren verordnet

und Dienstbefreiung gewährt wurde, reagierten die Ärzte mit zunehmender Kriegsdauer immer brutaler. Die Ärzte experimentierten an Patienten mit Elektroschocks herum, Todesfälle nahmen sie dabei in Kauf. Andere Ärzte ließen ihren Patienten Hungerkuren unterlaufen, andere in völliger Isolation schmachten, von Gewaltexerzieren unterbrochen. Die Kranken zur Gesundheit zwingen. Ein Kampf zwischen Arzt und Patient. Der Verdacht, dass einige vermeintliche Patienten die Krankheit nur vortäuschen würden, war nicht in jedem Fall unbegründet. Auf deutscher Seite kamen alleine tausende vor das Kriegsgericht, weil sie versuchten sich mit Tricks dem Heldentod zu entziehen. Trotz aller Kriegspropaganda, die den Heldentod nach klassischem Vorbild als besonders „Süß“ darstellte („Dulce et decorum est pro patria mori“), wollte einige Soldaten schlicht wieder nach Hause, überleben. Von Selbstverstümmelung bis Befehlsverweigerung war damals so ziemlich alles dabei.

„Einige Leute fand ich beim Vorspringen des Bataillonsstabes ganz ruhig im hohen Rübenkraut liegen, als ob sie verwundet oder tot seien“, schrieb später Major Hans Behr in seinem letzten Gefechtsbrief, „Ich brachte sie energisch wieder nach vorne und ließ auch die Gefechtsordonanzen auf solche Drückeberger Jagd machen.“

Um dem Kriegsinferno zu untergehen, verletzten sich einige Soldaten, oft mit dem eigenen Gewehr. Sie schossen sich eine Kugel in den Fuß oder in die Hand, oder schossen sich die Finger weg. In Russland, zogen einige ihre Stiefel aus um mit erfrorenen Füßen nach Hause geschickt zu werden. Feldärzte meldeten dass sich einige Rekruten Petroleum unter die Haut gespritzt hatten oder dass einige Säure geschluckt hatten. Rund 3000 deutsche Soldaten hielten den Kriegsalltag nicht mehr aus, und versuchten sich diesem mit Selbstmord zu entziehen.

Angst vor dem Tod hatten die meisten mehr davon ähnlich verstümmelt zu werden wie einige ihrer Kameraden. Besonders viel Aufruhr erzeugte der Ruf: „Gas Alarm!“ Die Angst im giftigen Phosgen oder Senfgas zu ersticken oder nach und nach merken wie die eigenen Lungen platzen und sich zu Tode husten quälte die meisten mehr als die Angst vor Maschinengewehren oder Bomben.

1915 soll die deutsche Wehrmacht in Ypern mit dem Gaskrieg begonnen haben. Briten und Franzosen erwiderten. Im Tod bringenden Dunst der 113000 Tonnen Giftgas starben rund 91000 Soldaten und 1,3 Millionen wurde vergiftet. Die die mit dem Leben davon gekommen sind, trugen oft noch innere Verätzungen mit sich und/oder waren vollkommen oder teilweise erblindet. Auch der spätere Führer Hitler musste die Folgen von Senfgas spüren, die ihn für eine Zeit erblindet („die Augen waren wie in Kohle verwandelt“) haben soll.

Der Zug der erblindeten und verkrüppelten Heimkehrer trübte sehr das offizielle Kriegsbild der siegreichen Armee. Das Militär geriet in Erklärungsnot. Das Gerücht, dass besonders übel angestellte Rekruten in „Schweigelazaretts“ versteckt wurden, wurde nie bestätigt. Wahr ist es jedoch, dass einige Kriegsheimkehrer mit besonders üblen Gesichtsverletzungen die Gesellschaft aus Scham mieden und ihr restliches Leben hinter den Lazarettmauern verbrachten.

Das liegt daran dass damals die Gesichtschirurgie noch in ihren Anfängen war. War ein Kiefer zertrümmert, versuchten die Ärzte mithilfe Knochen aus Unterarm oder Bein und Metallschienen ihn wieder Gesellschaftstauglich zu machen. Weggeschossene Nasen wurden mit Rippenteilen und Elfenbeinstücken „repariert“, doch selten waren überzeugende Ergebnisse zu bewundern. Damals gab es noch keine Antibiotika, und

abgestoßene Transplantationen und Entzündungen führten meist zum Scheitern der Operationen.

Auch der „Mann ohne Gesicht“, Hans Behr, wurde Zeuge dieser „Heilkunst“. Ärzte versuchten als Nasenspitzenersatz, ein Stück von seinem Schienbeinknochen zu verwenden. Die „Nasenspitze“ vereiterte jedoch und musste wieder entfernt werden. „Die Operation war unangenehm und schmerzvoll“, erinnerte sich Hans Behr später noch.

Um besonders üble Verletzungen zu verstecken, trieben die Ärzte Experimente mit Gesichtsmasken aus Gummi, Wachs, Zelluloid oder Gelatine. Bei einer fehlenden Nase wurden diese Masken an die Nasenlöcher angehängt, bei einem fehlenden Ohr an ein Brillengestell. Für Armamputierte schufen Spezialisten eine große Auswahl von Kunstarmen. Es gab Kunstarme mit Zangen, mit Haken oder Messern und sogar mit Bügeleisenhalter.

1916, mitten im Krieg, entwickelte der Chirurg Ferdinand Sauerbruch, damals als Oberstabsarzt beschäftigt, eine medizinische Sensation. Mithilfe der Muskeln und der Sehnen die sich im Stumpf noch befanden, wurde die erste Prothese an den Unterarm angebracht, den sogenannten „Sauerbruch Arm“. Solche Monturen waren jedoch selten, da die meisten Armamputierten das nötige Geld nicht aufbringen konnten. Außerdem kam es häufig vor, dass der Stumpf sich entzündete. Erst Jakob Hüfner entwickelte die Prothese weiter, und ermöglichte Amputierten Soldaten im zweiten Weltkrieg sich wieder in das Berufsleben einzugliedern.

Beinamputierte mussten sich aber weiterhin auf Brettern rutschen oder auf primitiven Holzbeinen fortbewegen, Blinde an Häuserwänden tastend. Grund dafür war die Ungleichberechtigung zwischen Offizieren und der Mannschaft. Denn die Invaliden Rente war vom Dienstgrad abhängig. Oft hatten Offiziere Kontakte zu Adel. Major Behr war einer davon. Er wurde in privaten Berliner Kliniken behandelt, ermöglicht durch das Geld vom Adel. Später wurde der Major sogar von der Kaiserin besucht.

Die einfache Mannschaft hatte da weniger Glück. Sie mussten sich oft als Bürstenbinder oder als Schnürsenkel Verkäufer, wenn nicht als Bettler durchs Leben schlagen. Erst in der Weimarer Republik, wurde eine Rente für die Kriegskrüppel eingeführt. Die war aber oft so niedrig, dass sie kaum fürs Leben reichte. Die Ansprüche der Krüppel „nervte“ die

junge Republik und Nervenranke die seit dem Krieg zitterten wurde immer noch als Simulanten abgestuft.

5. Kriegsherrschaft

Nach der Verkündung des Kriegszustands, ging die Leitung des deutschen Reiches von der Zivilverwaltung auf die Militärbefehlshaber und letztlich auf die OHL über. Im Land hatten nun Generalkommandos das Sagen, die für die Aufstellung und Führung der 24 Armeekorps zuständig waren. Einem solchen Korps, das von einem Generalstab geleitet wurde, gehörten ca. 40000 Mann an, und setzte sich aus zwei bis drei Infanteriedivisionen zusammen, die ihrerseits in Brigaden, Regiment und Bataillonen weiter untergliedert wurden. Hinzu kamen noch andere Abteilungen wie zum Beispiel für Artillerie, Munition, die Telegrafie, den Sanitätsdienst etc. Sowie der „Train“ mit Proviant und Fahrparkkolonnen, Feldlazarett etc. Da die kommandierende Generäle auf dem Feld tätig waren, lag die Macht in der Heimat bei ihren Stellvertretern. Diese stellvertretenden Generalkommandos übten Macht auf die zivile Bevölkerung aus. Auch die von Deutschland besetzten Gebiete in Frankreich, Luxemburg, Belgien wurden nach und nach systematisch unter deutsche Verwaltung gestellt. Das gleiche Schicksal ereilte die 1915 okkupierten Gebiete in Russisch-Polen und im Baltikum. Im nördlichen Polen schuf man das Generalgouvernement Warschau, das im August 1915, gegen den Widerstand von unter anderen Hindenburg und Ludendorff, der OHL unterstellt wurde. Die Verwaltung von Nordpolen und dem Baltikum verblieb jedoch beim Militär, heißt also bei Hindenburg und Ludendorff.

Dabei ging es nicht nur um die Ausbeutung des Landes und der Bevölkerung für den Krieg. Mit Blick auf die Nachkriegszeit, in der man natürlich siegreich dastehen würde, betrieb man eine Germanisierung der Gebiete. Geflüchteten Einheimischen wurde die Rückkehr verwehrt und dessen verwaiste Höfe wurden für Spottpreise aufgekauft. Die zurückgebliebenen Einheimischen waren für kurz oder lang als Arbeitssklaven vorgesehen. Die Rechte der Einheimischen wurden so gut wie nie zur Kenntnis genommen. Im Frühjahr 1918 wurden Pläne veröffentlicht, in denen Einheimischen von der Schulpflicht und Medizinischen Versorgung ausgeschlossen werden sollten. Inwiefern man Druck auf die besetzten Gebiete ausübte, war von Ort zu Ort unterschiedlich, waren aber dazu verpflichtet, den deutschen Besatzern einen Teil ihre produzierten Güter abzugeben. Eine Maßnahme, mit der die Deutschen an der Westfront versuchten, ihre Ziele durchzusetzen, war die Errichtung eines 300 km langen elektrischen Stacheldrahtzaunes entlang der Grenze Belgiens zu den Niederlanden. Der Zaun sollte Flüchtlinge, Deserteure, Spione und andere am Grenzübergang hindern. Der Versuch, diesen trotzdem zu übersteigen, kostete hunderten Menschen das Leben.

5.1. Staatliche Aufsicht und Kontrolle der Wirtschaft

Mit dem Übergang zu einem Stellungskrieg, nahm der Krieg die Form einer Material- und Abnutzungsschlacht an. Dies sprengte sehr schnell die ursprünglichen Vorstellungen der Versorgung und Logistik der Truppen. So kam es schon im Oktober 1914 zu Engpässen beim Nachschub von Nahrung und Munition bei den Alliierten und Mittelmächten. Waren die Offensivaktion erst einmal zum Stillstand gekommen und wurde nur noch aus Gräben gekämpft, so erforderte dies nicht nur die ständige Auswechslung der Soldaten, sondern auch ein permanenter Zustrom an Munition, Geräten, Fahrzeugen, Pferden, Lebens- und Futtermitteln und Medikamenten. Während der Somme Schlacht zum Beispiel, wurde für einen Nachschub an 26000 Material gesorgt. Krieg und gleichzeitig das „Business as usual“ zu betreiben, erwies sich als Unmöglichkeit. Die Aufrechterhaltung und Versorgung der Front war eine Organisatorische Mammutaufgabe, die nur durch Eingriffe in die private Wirtschaft möglich war. Private Unternehmen waren während dem Krieg nicht mehr an die Produktion von besonders gewinnbringender Ware interessiert, sondern primär an der Produktion von Waren, die der Staat für den Krieg braucht. Unternehmen passten sich an und stellten ihre Produktion um. So konnten sie die wirtschaftlichen Verluste kompensieren. Die Staaten waren außerdem darauf ausgerichtet, die Konkurrenz zwischen den Unternehmen außer Kraft zu setzen. Wenn es möglich war, importierten die kriegführenden Staaten die erfordernten Materialien aus Verbündeten oder neutralen Staaten. Für die Alliierten, Ausnahme Russland das wegen der Balkan Seeblockade von seinen Verbündeten etwas abgeschottet war, war dies deutlich einfacher als für die Mittelmächte, die von überseeischem Handel abgeschnitten waren. Frankreich, das während dem Krieg seine Industriegebiete an Deutschland verlor, importierte Rohstahl aus Großbritannien und den USA ein. In 1917/18 importierte es auch Munition aus Großbritannien. Insgesamt war Frankreich der größte Waffenproduzent der Alliierten. Es half wesentlich bei der Aufrüstung der USA in den Jahren 1917/18 bei. Großbritannien hingegen war bei Stahl, Eisen, Granaten und Treibstoff auf die USA angewiesen. 1916 kamen 40 % der britischen Munition aus den USA. Bei den Mittelmächten war das wirtschaftliche Zusammenleben weniger eng. Österreich-Ungarn importierte nur 12% seines Roheisen- und Stahlbedarfs aus dem Deutschen Reich. Das Ausmaß und die Art, wie man die private Wirtschaft für den Krieg nutzte, sah von Staat zu Staat anders aus. Die Gesamtleistung sank. Eine Ausnahme waren die Vereinigten Staaten. Sie nahmen erst seit 1917 am Krieg teil und mussten deshalb ihre Wirtschaft nicht so verbiegen wie die anderen kriegführenden Staaten. Um die Herstellung kriegswichtiger Güter in hinreichender Menge und Qualität sicherzustellen, musste sich der Staat auf Kooperationen mit privaten Unternehmen einlegen. In der Folge entstanden überall neue Ministerien, Behörden, Kommissionen, die alle dazu da waren, um die Unternehmen zu dirigieren und kontrollieren. Die Unternehmen wurden in die nationale Pflicht genommen. Eine Pflicht, mit der ein hoher Gewinn verbunden war. Kein Staat ging während dem Ersten Weltkrieg so weit, private Unternehmen zu enteignen und unter ihrer Hand zu betreiben. Für wichtige Bereiche wurden staatliche Betriebe gegründet. Insgesamt galt der Grundsatz: Was für den Krieg benötigt wird, das kauft man, es sei denn, man kann es aus besetzten Gebieten requirieren (für einen militärischen Zweck aneignen). Die Regierung achtete beim Kauf, keine Wucherpreise zu bezahlen, erkannte aber das Risiko ein, was mit der Lenkung der Produktion auf kriegswichtige Güter verbunden war: nach Kriegsschluss würde an der Produkten dieser Unternehmen kein Interesse mehr bestehen. Die „Kriegsgewinnler“, wie man sie in allen Staaten empört höhnte, waren die logische Konsequenz, dass während dem Krieg das Privateigentum fortbestand. Das ist nicht weiter verwunderlich, da in den

Jahren vor dem Krieg, die Staaten durch die Freisetzung der Marktwirtschaft ihren Reichtum hat steigern können.

Für die Kontrolle und Verwaltung der benötigten Rohstoffe wurde am 13. August 1914 im preußischen Kriegsministerium die Kriegsrohstoffabteilung (KRA) eingerichtet. Ihr Leiter war bis 1915 Walther Rathenau, Aufsichtsvorsitzender des AEG Konzerns, einer der wenigen die schon sehr früh erkannten, dass im 20. Jahrhundert Kriege anders geführt werden, als 1813, 1860 oder 1870. Moderne Kriege sind Wirtschaftskriege. Die KRA ermittelte Stand und Land von kriegswichtigen Rohstoffen, um diese dann zum Zwecke der „Gemeinnützigkeit“ von Rohstoffgesellschaften in Deutschland aufkaufen zu lassen. Diese verkauften dann die Rohstoffe an die Betriebe. Seit 1915 hatte die KRA systematisch alle Rohstoffe in Deutschland und seinen besetzten Gebieten erfasst und kontrollierten deren Verteilung und Verarbeitung. Ohne Bedenken griff man auf die Maschinen und Rohstoffe in den besetzten Gebieten zurück. Dabei wurde der Ruin einheimischer Unternehmen bewusst in Kauf genommen, da deutsche Konkurrenten davon profitierten. Die KRA unterstützte die Bemühungen, Stoffe die wegen der Seeblockade nicht aus der Übersee besorgt werden konnten, durch andere zu ersetzen. Kupfer zum Beispiel wurde durch Aluminium ersetzt, oder natürliches Nitrat durch künstliches Nitrat. Die großen Schlachten 1916 ließen die militärische Führung in Deutschland zum Entschluss kommen, dass alle materiellen und personellen Ressourcen für den Krieg ausgenutzt werden müssen. Entsprechende Forderungen kamen von Hindenburg und Ludendorff nach ihrer unmittelbaren Übernahme der OHL. In drängendem Schreiben an den Reichskanzler 1916 forderte Hindenburg mit Blick auf die steigende Produktion von Kanonen, Munition und Maschinenwehren und deren Bedeutung, dass „alles was unser Land hergeben kann, für Kriegsführung ausgenutzt werden muss“. Dies könnte nur erreicht werden „wenn das gesamte Land in den Dienst des Vaterlands tritt“. Hindenburg und Ludendorff setzten sich für die Einführung von einer Wehrpflicht für die Männer von 16 bis 60 Jahre ein. Physisch schwächere Männer sollten nach ihren Vorstellungen in Schreibstuben arbeiten. Um für die nötige Akzeptanz im Volk zu sorgen, sollte man die Wehrpflicht als Gesetz verkünden. Das „Gesetz über den väterlichen Hilfsdienst“ das am 5 Dezember 1916 verkündet wurde, verpflichtete Männer zwischen ihrem 16 und 60 Lebensjahr zum väterlichen Hilfsdienst, wenn sie nicht schon zur Armee einberufen wurden. Damit wurde für alle Männer die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufgehoben. Das Gesetz sah auch vor, nicht kriegswichtige Unternehmen zu schließen und deren Belegschaft in einem kriegswichtigen Unternehmen einzustellen. Diesem heftigen Eingriff in die Rechte der Bürger hatten im Reichstag fast alle Parteien zugestimmt. Um das „Hindenburg Programm“ zur Steigerung der deutschen Rüstungsanstrengungen zu unterstützen, wurde 1916 ein Kriegsamt eingerichtet, das eine weit führende Konzentration kriegswichtiger Aktivitäten durchsetzen sollte. Die Rüstungsindustrie bleibt aber weiterhin in privaten Händen. Parallel dazu rief man die Bevölkerung dazu auf, Rohstoffe und Ersatzstoffe zu sammeln und abzuliefern. Dazu zählten zum Beispiel Gegenstände aus Altmittel, Lumpen, Frauenhaar (Herstellung von Treibriemen) etc. Im März 1917 stand fest dass die vorgesetzten wirtschaftlichen Ziele des Hindenburgprogrammes nicht erreicht wurden. Den Grund sah man in der mangelnden Durchsetzung der Dienstpflicht für Frauen. Man wies daraufhin, dass zu sehr auf die Rechte der Arbeiter geachtet wurde, und weniger auf deren Pflichten. Die Konsequenz waren die Entlassung Groeners aus der Leitung des Kriegsammtes im August 1917 und die Ablösung Bethmann Hollwegs als Kanzler durch Georg Michaelis im Juli 1917.

5.2.Finanzierung

Wenn sich Staaten, Mittel zum Krieg führen kaufen, so stellt sich die Frage, wo sie das Geld herbekamen. So sprengten die Kosten eines größeren Krieges den Staatshaushalt aus Friedenszeiten innerhalb kürzester Zeit, zumal der, wie im Falle des Deutschen Reiches, relativ klein ausfiel. Ein Tag Krieg kostete im Deutschen Reich 1914 36 Milliarden Mark und Anfang 1918 waren es sogar 148 Milliarden Mark. Diese Kosten waren bei den Alliierten ähnlich. Diesen Finanzbedarf alleine durch eine Erhöhung der Steuern zu decken kam nicht in Frage. Dies würde einer Enteignung des Volkes ähneln und das Volk verärgern, die für einen ja in den Krieg ziehen sollen. Vielmehr griff man auf die Kreditfinanzierung zurück. Man lieh sich Geld bei der Bevölkerung und versprach es mit Zinsen zurückzuzahlen. Selbstverständlich spekulierte man, dass man als Siegermacht am Ende des Krieges dastehen würde und dass man mit den Reparaturzahlungen der Verlierer dazu in der Lage sein wird. Für die Alliierten Staaten bestand zudem die Gefahr, sich bei ausländischen Geldgebern, wie die USA, zu verschulden. Der Umfang der Verwendung von Staatsanleihen zur Finanzierung des Krieges variierte von Staat zu Staat. Deutschland versprach gute 5% Zinsen auf seine Kriegsanleihen. Österreich musste acht Kriegsanleihen aufnehmen, Ungarn 17, Großbritannien 3, Frankreich 4, Russland 8. Die Aufnahme von Kriegsanleihen war immer mit einem publizistischen Tamtam verbunden, die die Anleihen als patriotische Pflicht propagierten. Die Finanzierung darf man sich nicht so vorstellen, dass sich der Staat Geld lieh und dann die Waffen kaufte oder ähnliches. Sie brauchten die Waffen so schnell wie möglich und konnten deshalb nicht so lange warten, bis sich genug Geld angesammelt hat. Deshalb beschaffte man sich das Geld erst bei sich selbst. Die Kredite von der Notenbank wurden durch die Anleihen versucht auf dem Markt zu ersetzen. Dies kam aber wie eine Vermehrung des eigenen Geldes auf dem eigenen Markt, weshalb sich dieses Vorgehen entwertend auf das Geld auswirkte. Inwiefern die Noten ersetzt wurden, kann heute nicht mehr festgestellt werden. Sichtbar war es jedoch, dass die Notenbank nicht mehr verpflichtet war, die Noten in Gold einzutauschen. Bei der Bevölkerung versuchte die Regierung hingegen das Gegenteil zu erwecken („Gold gab ich für mein Eisen“). Dies führte in allen Staaten zur Inflation, die jedoch in unterschiedlichen Massen ausfiel. In manchen Staaten stiegen die Preise auf mehr als das Doppelte. Für einige Produkte sogar mehr: In der Stadt Barmen stieg von 1914 bis 1918 der Preis von Rindfleisch um 178%, von Butter um 257%, für Eier um 511%, für Schellfisch 266%, für Blumenkohl und Äpfel sogar um ca. 1300 %

Ende 1918 beliefen sich die Schulden des Deutschen Reiches auf über 150 Milliarden Mark. Die jetzige Staatsschuld überstieg die Schuld vor dem Krieg um das Dreißigfache und entsprach dem vierfachen Volkseinkommen von 1913. Der Geldumlauf 1918 betrug 30 Milliarden Mark. Zum Vergleich: im Juni 1914 waren es 7 Milliarden Mark. Die Brisanz der Schulden und Zinsen waren der Bevölkerung nicht bewusst. Die Hyperinflation, die die Weimarer Republik in den Jahren nach dem Krieg heimsuchte, ist aber auf den Umgang mit den Finanzen des Ersten Weltkriegs zurückzuführen.

5.3.Arbeitskräfte

Millionen von Männern wurden für den Krieg einbezogen beziehungsweise meldeten sich freiwillig. In Deutschland waren es 7 Millionen und in Großbritannien 4,9 Millionen. Dies führte zu einem enormen Abzug an Arbeitskräften und schädigte Unternehmen, die ihre Produktion reduzieren oder ganz stilllegen mussten. Zu Kriegsbeginn nahm die Zahl der Arbeitslosen an: In Deutschland wuchs die Zahl auf 2,8% an und im Juli sogar auf 22,4%. Im September fiel sie jedoch schon auf 15,7% und im Oktober auf 10,8% zurück. Das Sinken der Arbeitslosenzahl ist darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen begannen, ihre Produktion auf kriegswichtige Güter umzustellen und dementsprechende Wirtschaftsbereiche ausgeweitet wurden. Mit dem Übergang zum Stellungskrieg und zur Materialschlacht wurde der Arbeitermangel zunehmend zum Problem. Der Regierung wurde bewusst, dass bei der Rekrutierung Rücksicht auf die Heimatfront genommen werden musste. Unternehmen, die kriegswichtige Güter herstellten, drängten die Einberufungsbehörden dazu, mehr qualifizierte Arbeiter vom Kriegsdienst zu erlassen. Diese Zurückgestellten mussten sich strengen Auflagen und Pflichten unterwerfen, die sie an ihren Arbeitsplatz banden. Bei Verstößen oder bei der Beteiligung an Streiks und Unruhen drohte die Aufhebung der Rückstellung und die Einberufung an die Front. Die absolute Zahl der Beschäftigten blieb in allen Ländern konstant. Der Grund liegt eindeutig im Wachstum der kriegswichtigen Unternehmen, die die Arbeiter aus anderen Branchen anzogen und sie recht hohe Löhne zahlten. Zum Ersten Mal stellten sie auch Frauen, die vorher in der Landwirtschaft oder als Dienstpersonal tätig waren, und Jugendliche ein. Frauen begannen in Männer dominierte Berufe einzudringen und waren nicht mehr auf den Mann als existenzsichernde Geldquelle angewiesen. Erstaunt stellten männliche Zeitgenossen fest, dass auch Frauen mit komplizierten Gerätschaften umzugehen wussten. Zudem konnten jetzt in den kriegswichtigen Unternehmen dank der Fließbandtechnik schwere Arbeit von schwächeren Arbeitern erledigt werden. Die schwere Arbeit wurde in viele kleine unterteilt, so dass sie von schwächeren Arbeitern gemeistert werden konnte. Wegen ihrer Arbeit, waren die Frauen zuhause nicht mehr in der Familie präsent. Hierbei halfen machen „Fabrikpflegerinnen“ die nützliche Tipps gaben, wie man Arbeit und Familie gleichzeitig meistert.

Für Frauen und Jugendliche bot der Erste Weltkrieg also durchaus bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, wenn auch die Frauenlöhne deutlich niedriger ausfielen als der der Männer. Es stand ebenfalls fest, dass die Frauen und Jugendlichen ihren Arbeitsplatz zu räumen hatten, wenn die Männer aus dem Krieg heimkehrten. Auf den Verdienst waren sie auch dringend angewiesen da durch die Einberufung des Mannes der Hauptverdienst ausfiel und weil die staatliche Unterstützung der „Soldatenfamilien“ diese Lücke im Familieneinkommen nur teilweise kompensieren konnten. Diese materielle Not zwang die untere Schicht sich der Heimatfront anzuschließen und sich den Betrieben zur Verfügung zu stellen. Wenn sie dies nicht taten, Arbeiter aber benötigt wurden, so übten die Behörden Druck aus, indem sie zum Beispiel ihnen die Unterstützung entzog. So arbeiteten viele Frauen nicht, da ihre Soldatenrente ihr mögliches Einkommen übersteigen würde.

Im Deutschen Reich reichten Frauen und Jugendliche als Arbeitskräfte nicht aus. Deshalb wurde Ende 1916 im Deutschen Reich wegen dem Hindenburgprogramm zur Steigerung der Rüstungsindustrie per Gesetz alle Männer zwischen dem 16 und dem 60 Lebensjahr zur Beteiligung an der Heimatfront verpflichtet.

6. Kulturkrieg

6.1. Patriotische Pflicht und Begeisterung

Zu Beginn des Krieges schienen alle Streitfragen, Konflikte und Interessengegensätze in der Gesellschaft in den Hintergrund geraten zu sein. In den Hauptstädten der Großmächte war man der Ansicht, man müsse sein Vaterland verteidigen, dass der eigene Staat nur defensiv handelte. In Belgien und Frankreich schien die Vaterlandsverteidigung zuzutreffen. Doch auch das deutsche Heer und Bevölkerung ging selbst dann von einem legitimen Verteidigungskrieg aus, als man beim westlichen Nachbar eindrang. Man war der Meinung, man müsse einem absehbaren Angriff des Feindes zuvorkommen.

Das Außergewöhnliche: Von den meisten wurde der Krieg zwischen den europäischen Großmächten nicht als eine Pflicht empfunden, sondern wurde als eine Art Befreiung bejubelt. Damals war man nicht nur von der Legitimität und Notwendigkeit des Krieges überzeugt, man glaubte außerdem an die Überlegenheit der eigenen Nation und der eigene Person als deren Bestandteil. Die logische Folge man sei dem Feind sowohl physisch als auch mental überlegen, war die Vorstellung es werde sehr schnell zu einer Entscheidung kommen.



Abbildung 15: Deutsche Soldaten ziehen 1914 unter jubelnder Anteilnahme der Bevölkerung in den Krieg.

Die Männer, die begeistert in den Krieg zogen, waren keine Untertanen die von ihrem König dazu gezwungen wurden. Sie waren viel mehr politische Untertanen, die den Krieg als gute Gelegenheit ansahen, ihre Einsatzbereitschaft für das Vaterland endlich unter Beweis stellen zu dürfen, bis zur Opferung des eigenen Lebens. Die Vorstellung vom „ehrenhaften“ Heldentod war in der Gesellschaft schon so tief verankert, dass sich vorwiegend junge und ältere Männer aus dem Bildungsbürgertum zahlreich ihre Pflicht tun wollten und sich freiwillig meldeten. Oft meldete man sich auch nur freiwillig, um nicht von der sozialen Umgebung als Feigling beschimpft zu werden. Manche Männer, die aus körperlichen Ursachen nicht zum Heer einbezogen wurden, versuchten mit allerlei Tricks doch noch in den Krieg zu ziehen. Jugendliche befürchteten, erst dann einbezogen zu werden, wenn der Krieg schon vorbei war. Um diesen Elan nicht zu bremsen, wurde im

Deutschen Reich ein sogenanntes „Notabitur“ mit deutlich niedrigeren Prüfungsanforderungen ermöglicht. Von überall meldeten sich Männer freiwillig. Es galt als Schande wenn man nicht gleich in den Krieg ziehen durfte.

In den Geschichtsbüchern kann man heute Bilder von optimistischen Soldaten finden, die von jubelnden Menschenmassen verabschiedet werden. Bilder von Soldaten die aus Eisenbahnwagons winken, auf denen Parolen wie „Auf Wiedersehen in Paris“ oder „Freie Fahrt über Lüttich nach Tours“ prangten. Doch woher kam diese Begeisterung, die von den Bürgern doch das äußerlichste verlangte, die Hingabe des eigenen Lebens und das Töten von fremden Menschen?

Bevor man den Militarismus und Chauvinismus der damaligen Zeit als Antwort herbeiziehen darf, muss man darauf hinweisen, dass für eine solche Haltung eine grundlegende Überzeugung braucht. Man muss glauben, dass das Leben allein im eigenen Staat möglich ist, obwohl sich das Leben in den anderen Staaten damals nicht wirklich unterschied.

Die Freiheit und Unabhängigkeit des eigenen Staates muss als unaufgebbare Bedingung der eigenen Existenz verinnerlicht worden sein, um für die Opferung des eigenen Lebens für das Vaterland bereit zu sein. Die Vorstellung dass man als Volk grundsätzlich einen Staat brauche, dem man keinem anderen unterordnen kann, ist der Grundsatz jeden Nationalismus. Diese bedingungslose Zugehörigkeit führt zur Ansicht, dass das Leben unter französischer, englischer, russischer Herrschaft gar nicht erst wert sei zu leben.

Bald bürgerte sich die Bezeichnung „Augusterlebnis“ für die Kriegseuphorie zu Beginn des Krieges ein. Dass das patriotische Gefühl vermutlich nicht so stark verbreitet war, wie von der damaligen Medienwelt behauptet und lange Zeit von der Geschichtsschreibung übernommen wurde, gilt heute als bewiesen. Das „Augusterlebnis“ war ein Phänomen, das zunehmend in der bürgerlichen, männlichen Jugend in den Großstädten ausbrach. Auf dem Land, wo gerade die Ernte bevor stand, machten sich die Frauen Sorgen um das Auskommen der Familie ohne die männliche Arbeitskraft. Dort sah die Stimmung nüchterner und skeptischer aus. Nachvollziehbar ist es somit, dass die Kriegsbegeisterung besonders in den vom industriellen Fortschritt geprägten Staaten wie Deutschland, England und Frankreich anzutreffen war. Staaten und Regionen, in denen die Landwirtschaft eine große Rolle spielte, wie Süditalien oder in Russland, war die „Einsicht“ der Pflicht der Vaterlandsverteidigung nicht so verbreitet, bzw. verflog schnell.

In der wilhelminischen Gesellschaft legte man großen Wert auf die Pflege der militaristischen Gesinnung. In Schulen beispielsweise, vermittelte man im Geschichtsunterricht die siegreichen Schlachten preußisch-deutscher Geschichte. In der Öffentlichkeit wurden diese zu allen Möglichkeiten zelebriert. Die militaristische Haltung ist auch auf den Respekt gegenüber Offizieren zurückzuführen. Es war der Traum jedes Rekruten nach einem Jahr freiwilligen Dienstes, zum „Leutnant der Reserve“ befördert zu werden. 1914 wurden kleine Jungen in Matrosenanzüge gesteckt und für manche Frauen war der schnittige Matrose das Liebesideal. Für die Pflege der militaristischen Stimmung waren verschiedene Vereine zuständig. Zum Beispiel der Kyffhäuserbund, ein Zusammenschluss verschiedener Kriegsvereine, die sich nach den deutschen Einigungskriegen gebildet haben. Mit ca. drei Millionen Mitgliedern, war es damals die größte deutsche Massenorganisation. Zu den Mitgliedern des Kyffhäuserbunds gehörten größtenteils „kleine Leute“ wie Handwerker, Kleinbürger oder Landarbeiter. Neben den Kriegsveteranen, waren aber auch neue Rekruten unter den Mitgliedern, die zwar schon gedient, aber noch an keinem Krieg teilgenommen haben. Zu den größten militärischen

Organisationen dieser Zeit sollte auch der Deutsche Flottenverein gezählt werden. Seit seiner Gründung im Jahre 1898 war es für die Propaganda des Ausbaus der deutschen Flotte zuständig. Im Jahre 1913 zählte die Organisation 1,125 Millionen Mitglieder, darunter zahlreiche Vereine als Teil der Korporation.

Die Kehrseite der einfühlbaren Bekenntnisse zur eigenen Nation, war das Ausbrechen von Misstrauen gegenüber ausländischen Bürgern. Während ausländische Bürger und Adlige kurz vor dem Krieg in den europäischen Metropolen, Urlaubs- und Kurorten in- und ausgingen, machte sich zu Beginn des Krieges Angst und Misstrauen breit. Es kursierten Gerüchte dass Ausländer Gold außer Land schaffen, Spionage betrieben, das Trinkwasser vergifteten oder Attentate planten. In ganz Europa entlud sich die ganze Anspannung in eine Spionagehysterie. Als am 3. August 1914 in Berlin auf dem Potsdamer Platz innerhalb einer Stunde, vier „angebliche“ Spione von Polizisten gestellt wurden, hörte man Schaulustige rufen: „Wieder einer, wieder einer!“ Und auch halb Deutschland fahndete in der ersten Augustwoche nach „Geldautomobilen“ aus Frankreich, die mit Bargeld beladen auf dem Weg nach Petrograd (St.Petersburg) sein sollten. Fürsorglich wurden so in Fürth Straßensperren errichtet. Währenddessen wurden in Paris Deutsche Geschäfte geplündert oder was man dafür hielt. Passanten verwüsteten mehrere Filialen des Schweizer Milkonzerns Maggi, weil der angeblich eine Spionagezentrale war und mit seinen vergifteten Produkten Frankreichs Widerstandskraft lähmen will. Die Werbetafel des Konzerns, die landauf landab an jeder Kreuzung angebracht waren, ließ das französische Ministerium abreißen, weil auf ihnen angebliche verschlüsselte Informationen standen. In dieser aufgeheizten Stimmung, reichte oft nur ein Akzent aus, um Verdacht zu erregen. Eine Dame aus Bayern geriet so in Köln in das Visier der Agentenjäger, ein Ladenbesitzer versucht sich mit einem Hinweisschild zu schützen, dass er aus der Provinz stamme, und kein Deutsch, sondern Dialekt spreche. Die Hamburger Presse warnte davor, schwedisch und dänisch mit russisch zu verwechseln, und keine Angehörige neutraler Staaten zu verprügeln. Oft musste man nicht einmal den Mund aufmachen, um aufzufallen. So wurde in Nancy ein junger Mann mit blonden Haaren und Kneifer wegen seinem „deutschen“ Aussehen verhaftet. An der Ostfront jedoch, wurden Offiziere, dessen preußische Uniformen schlecht saßen oder zerknittert waren, beargwöhnt. Ein nachlässig gekleideter preußischer Soldat, so die damalige „Logik“, musste ein Spion sein.

Ausgelöst wurde die Paranoia vor allem von der Presse, durch den Mangel präziser Informationen. Seit Kriegsbeginn wurde die Presse heftig zensiert. Dies hat zur Folge, dass die Gerüchteküche brodelte. Ganz alltägliche Dinge verwandelten sich in abstruse Verschwörungstheorien. Die Pariser Polizei erhielt zum Beispiel mit erschreckender Regelmäßigkeit Hinweise auf mysteriöse Lichtzeichen, die angeblich der Kommunikation von deutschen Spionen dienen soll, etwa um Bombenflieger an lohnende Angriffsziele zu lotsen. In den Staaten der Entente war die Spionagehysterie häufig mit Antisemitismus gepaart. In Frankreich war die „espionnage juif-allemande“ jedem ein Begriff. Und auch in England verstand man Juden als „Deutsche“ und wurden dementsprechend auch so behandelt. Zuletzt war die ganze Hysterie sexualisiert. Die kriegführenden Männer, schürten die Angst von der lasziven Frau als geborene Verräterin. Die legendäre Mata Hari, die als Nackttänzerin und angebliche Spionin dem einen oder anderen Offizier die Karriere kostete, wurde 1917 von den Franzosen in einem Wald hingerichtet.

Wie aus Fiktion, Fakten entstehen zeigt das Beispiel England. Auf der Insel fürchtete man schon lange vor 1914 eine deutsche Geheimarmee, die, bestehend aus Kellner, Friseure oder Urlauber, im Untergrund bereitstehen sollte. Untermalt wurde die sogenannte „spy

scare“ von Agentenromane mit Titeln wie „The Invasion of 1910“ oder „Spies oft the Kaiser“, die in den Vorkriegsjahren Bestseller wurden. Die Presse tat ein Übriges: Die „Daily News“ etwa druckte die „Spies of the Kaiser“ ab und brachte sie als Serie heraus. Außer dem boten sie jedem Leser zehn Pfund, der ihnen Erlebnisse mit „ausländischen Spionen“ einreichte. Nachvollziehbar ist es, dass Berichte in großen Mengen antrafen. Der britische Geheimdienst verdankt der Hysterie sogar ihr Bestehen. 1909 empfahl die Kommission unter Kriegsminister Lord Haldane die Schaffung eines Secret Service, da zweifellos ein ausgedehntes System deutscher Spione im Land existieren sollte. Das Beweismaterial waren die Leserbriefe der Daily News, wo Radfahrer und Männer mit Schnurrbart zu Spionen und Saboteuren wurden.

Tatsächlich jedoch ist die Spionage im Ersten Weltkrieg nur Drittrangig. Die wenigen Spione die es damals gab, waren Einzelgänger, wie der Oberst Alfred Redl, der 1912 einen österreichischen Aufmarsch an die Russen verriet.

Mit dem fanatischen Patriotismus, kam auch die fanatische Suche nach unpatriotischen Elementen und Verhaltensweisen. Eine Welle von nationalsprachlicher Reinigkeit überkam das Deutsche Reich. Man machte sich auf die Suche nach französischen und englischen Fremdwörtern, die, nach damaliger Auffassung, nicht mit der nationalen Identität vereinbar waren. So sagte man damals für „Desinfektionsanstalt“, „Entseuchungsanstalt, für „provisorisch“, „vorläufig“ oder für „Komitee“, „Ausschuss“.

Ebenso gehörte es sich „natürlich“ nicht, Produkte zu kaufen oder konsumieren, die dem Feind nutzen könnten.

Trotz der nationalen Geschlossenheit, blieben ethnische und religiöse Unterschiede bestehen. In der Armee spiegelte sich das im Graben wieder, der zwischen der Mannschaft und den Offizieren aufklaffte (siehe „Im Westen nichts Neues“). Die Offiziere verfügten über eine Reihe von Privilegien, wie zum Beispiel mehr Sold, einer besseren Unterkunft und Versorgung, und im Todesfall, wurden auch die Witwen und Waisen besser gepflegt. Angesichts der enormen Härte die den Soldaten in den Schützengräben abverlangt wurden, empfanden viele aus der Mannschaft dies als Ungerechtigkeit. Besonders problematische wurde es, wenn noch hohe ethnische Komponenten eine Rolle spielten. So wurden zum Beispiel in Österreich-Ungarn die slawischen Soldaten oft von deutschen oder ungarischen Offizieren kommandiert.

6.2. Die Sozialdemokraten und der Krieg

Den Weg, den die Politiker und Diplomaten in Richtung Krieg eingeschlagen hatten, hätte ein energischer Protest seitens der Bürger aufhalten können, allen voran die sozialistischen und sozialdemokratischen Arbeiterparteien, die sich in den Jahren vor dem Krieg in fast ganz Europa etablierten. Sie haben sich immer sehr deutlich gegen den Militarismus und gegen die Aufrüstung ausgesprochen und ihrer Regierung einer imperialistischen Kriegstreiberei beschuldigt. Außerdem waren sie einer internationalistischen Zukunft positiv gestimmt. Die größte und stärkste Sozialdemokratische Partei im damaligen Europa war die SPD. 1912 hatte sie knapp 1 Million Mitglieder und bei den Reichstagswahlen im selben Jahr erhielten sie 34,8% der Stimmen, womit sie die stärkste Partei in Deutschland wurde. In Frankreich war die Section française de l'internationale ouvrière- so offen internationalistisch nannte sich die Partei schon seit 1905, die zweitstärkste Fraktion im Parlament. Rein theoretisch besaßen die sozialdemokratischen Parteien in Europa durchaus die Macht, den Kriegskurs zu stören oder gar aufzuhalten. Dass dies praktisch nicht geschah, außer in Russland, wo aber die sozialdemokratische Partei verhältnismäßig schwach war, lässt darauf schließen, dass ebenfalls für die Sozialdemokraten die „Verteidigung“ der eigenen Nation Vorrang hatte vor der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Davon hielt auch die theoretische Erwägung nicht ab, dass der große „Kladderadatsch“ (August Bebel) gekommen sei, in dem der Kapitalismus an seinen inneren und äußeren Gegensätzen zusammenbrechen werde.

Alle sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa gehörten der Sozialistischen Internationale an, die 1889 gegründet wurde und einen erheblichen Einfluss auf die deutsche Sektion verübte. Auf einem Kongress 1907 in Stuttgart wurde auch das Thema Militarismus und internationale Konflikte diskutiert. In einem Beschluss hatte man sich auf einen Kampf gegen die Aufrüstungen verpflichtet und die Völkerverbrüderung gefordert. Uneinigkeit herrschte noch, mit welchen Mitteln diese Ziele erreicht werden sollten. Der französische Sozialistenführer Jean Jaurès hat sich für Massenstreiks und Aufstände ausgesprochen. August Bebel meinte aber, mit solchen Aktionen würden sich die Parteien in große Schwierigkeiten stürzen, womit man lediglich aufklären könne. In dem Beschluss war deshalb nur die Rede davon, dass in jedem Land, den dortigen Verhältnissen entsprechend, gegen den Krieg zu vorgehen war. Russische Delegierte (u.a. Lenin, Rosa Luxemburg) brachten noch einen Zusatz ein, indem sich die Parteien verpflichten, im Falle eines Krieges, alles für dessen Verhinderung oder für eine schnelle Beendigung zu tun.

Entschiedene Kriegsgegner fanden keine Mehrheit. Sie mussten auch nicht mit großer Solidarität rechnen, falls sie einmal von der Regierung zur Rechenschaft gezogen wurden. So wurde Karl Liebknecht 1907 für seine Schrift *Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung* wegen Hochverrats angeklagt, und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Rosa Luxemburg musste 1914 für ein Jahr ins Gefängnis, weil sie deutschen Arbeitern empfohlen hatte, im Notfall nicht auf französische Arbeiter zu schießen.¹

In der Zeit vor dem Krieg jedoch, hatten die Sozialisten und Sozialdemokraten zu politischen Situationen, in denen Kriegsgefahr drohte, große Massendemonstrationen und Kampagnen organisiert. Während der zweiten Marokko-Krise kam es so im Deutschen Reich zu Massenprotesten unter Parolen wie „Gegen die Kriegshetze! Für den

Völkerfrieden!“ Doch auch in dieser Situation sprachen sich die Leiter der SPD für Länderübergreifende Massenaktionen negativ aus. In dem kurze Zeit später abgehaltenen Parteitag in Gera, wurde der Vorstand zwar für ihre Haltung gegenüber der kriegstreiberischen Politik der Regierung kritisiert und wurde auch die deutsche Arbeiterschaft aufgerufen, jedes mögliche Mittel gegen den Krieg einzuwenden. Doch allen Friedensforderungen stand oft eine Äußerung eines führenden Sozialdemokraten im Weg, dass die Partei im Notfall für die Verteidigung bereit sei. So beteuerte Georg von Volmar 1912 im bayrischen Landtag, dass die SPD notfalls dem Vaterland zur Seite stehen würde, falls der Frieden nicht erhalten werden könne. Auch der Beginn des Ersten Balkankrieges 1912 wurde in ganz Europa von sozialistischen und sozialdemokratischen Massendemonstrationen und Kundgebungen begleitet. Die sozialistische Internationale veröffentlichte im Jahre 1913 ein Manifest zur Überwindung der Kriegsgefahr in Europa. Und im März 1913 verabschiedete die SPD ein Manifest gegen den imperialistischen Rüstungswettlauf. Wenig später aber, stimmt die SPD im Reichstag dem Vorschlag zur Finanzierung des Ausbaus des Heeres zu, auch wenn mit der Begründung dass die vorgesehene Abgabe von 10.000 Reichsmark ein steuerpolitischer Fortschritt sei. Noch in einer anderen Hinsicht hielt sich die offizielle Militarismus- und Kriegsgegnerschaft der SPD in Grenzen. In der Partei war seit jeher das Vorurteil geprägt, das autokratische Russland sei das eigentliche Nest von Unterdrückung und Ausbeutung in Europa. Der ungebildete russische Bauer war das Synonym für den Status eines rechtlosen und unzivilisierten Untertanen, der in Mitteleuropa als überwunden galt. In einem eventuellen Krieg gegen das autokratische Russland ging es in dieser Hinsicht auch um die Bewahrung jenes kulturellen und zivilisatorischen Fortschritts, auf dessen Seite sich nicht nur die SPD sah, sondern auch den Rest der westlichen Welt.¹

Im Sommer 1914, kurz nach dem Attentat in Sarajewo, ging der Vorstand der SPD zunächst von einem regionalen Ereignis aus, der in keinen größeren Krieg münden würde. Erst als sich die Krise mit dem Ultimatum Österreichs-Ungarns verschärfte, rief der Vorstand der SPD die Arbeiterschaft auf die Straße um gegen den bevorstehenden Krieg zu demonstrieren. An diesen beteiligten sich auch viele, insbesondere am 28/29 Juli, wo zehntausende auf die Straße gingen. Gleichzeitig ließen viele führende Sozialdemokraten Kanzler Bethmann wissen, für den Fall eines Krieges seien keine Streikaktionen geplant. Insgesamt jedoch vermied der Vorstand es, die Partei auf einen endgültigen Kurs zu bringen. Allerdings erschien in den ersten Augusttagen in vielen sozialdemokratischen Zeitschriften ein Artikel Friederich Stampfers, dem einflussreichen Chefredakteur der Parteizeitung *Vorwärts*. Dieser unterstützte den Kurs der Regierung und legte dar, dass sich Deutschland nur verteidige und es das Recht jedes Bürgers sei, das Vaterland in so einer Situation nicht im Stich zu lassen. Zur Untermalung des Artikels verwendete Stampfer zahlreiche Stereotypen über die kulturelle Rückständigkeit des Zarenreiches:

„Wir können zu den buntgemengten Völkerschaften des Zaren kein Vertrauen haben und wollen nicht unsere Frauen den Bestialitäten der Kosaken opfern.“

Auf einer Sitzung der Internationale am 29/30 Juli beobachtete man zwar mit Spannung die aktuelle politische Entwicklung, man war aber in der Mehrheit überzeugt, dass es zu keinem größeren Konflikt kommen werde, und dass man sich deshalb nicht über eventuelle Aktionen in der Arbeiterschaft, wie Generalstreiks, beraten müsse. Insgesamt war man sehr optimistisch im eigenen Land Schlimmeres verhindern zu können, und so ging man auseinander, ohne sich Gedanken über den Kriegsfall gemacht zu haben. Im Grunde hatte man den Krieg schon akzeptiert, bevor er ausgebrochen war, und zum

Burgfrieden schon bereit, bevor man ihn endgültig schloss. Von einer gemeinsamen Aktion der Arbeiterschaft aller Länder war nur am Rande die Rede. Hingegen bevorzugte man es darauf hinzuweisen, dass nicht die eigene, sondern die andere Nation für die Entwicklung verantwortlich sei. Für Jean Jaurès, der am 31. Juli von einem französischen Nationalisten ermordet wurde, war dies die deutsche Führung, für die deutschen Teilnehmer war es die zaristische/russische Führung. Am 1. August 1914, ließ die französische Gewerkschaftsführung verlauten, es werde zu keinem Generalstreik kommen. Am Grab Jaurès riefen Gewerkschaftsführer dazu auf, den deutschen Militarismus und Feudalismus zu bekämpfen. Auch in England hielt sich der Großteil der British Socialist Party hinter der Regierung und deren Entscheidung. Jedoch gab es auch hier größere Minderheiten, die den Krieg an sich oder die darauffolgenden und als undemokratisch empfundenen Geheimdiplomatie ablehnten. Auch im autokratischen Russland meldet sich keine nennenswerte Opposition zu Wort. Georgi Plechanov, erster Parteiführer der russischen Sozialdemokratie, sprach sich aus seinem schweizerischen Exil dafür aus, den Krieg nun als Klassenkampf gegen das imperialistische Deutschland zu nutzen. Nur die bolschewistische Sozialdemokratische Partei Russland (SDAPR) sprach sich öffentlich gegen den Krieg aus und forderte den sofortigen Friedensschluss. Lenin ging sogar so weit, dass er für alle kriegführenden Länder „Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ forderte. Am 4. August hielt Kaiser Wilhelm II eine Rede, wo er die Abgeordneten des deutschen Reichstags zum nationalen Zusammenhalt einschwor. Er betonte, dass das Deutsche Reich unermüdlich daran gearbeitet habe, „den Völkern Europas einen Krieg zwischen den Großmächten zu ersparen“. Durch das Attentat auf Sarajevo, sei der Verbündete Österreich-Ungarn jedoch gezwungen gewesen, zu den Waffen zu greifen, um seine nationale Sicherheit zu verteidigen. Dabei sei Russland in den Weg getreten. Die Rede des deutschen Kaisers endete in den Worten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“ Als erste Folge dieses Paktes, der den Verhältnissen in einer Burg entsprechend „Burgfrieden“ genannt wurde, stimmte der Reichstag noch am selben Tag, der Aufnahme von Kriegskrediten, zur Finanzierung des Krieges, zu. Außerdem wurde beschlossen, während des Krieges keine Neu- oder Nachwahlen angesetzt werden sollen. Die Vorstellungen unter dem „Burgfrieden“ unterscheiden sich in den Parteien. Den Konservativen ging es vor allem um die nationale Einigkeit, die Sozialisten versprachen sich von den Waffengängen ein innenpolitisches soziales und politisches Entgegenkommen. Nahezu zur gleichen Zeit verkündete der französische Staatspräsident Raymond Poincaré vor dem Parlament, dass die *union sacrée* keine innenpolitischen Konflikte dulden werde. Schon der Name wies darauf hin, dass die innenpolitischen Gräben überwunden werden sollen. In Frankreich ging man mit Integration der Arbeitergesellschaft weiter als in Deutschland. Dort besetzten seit Kriegsbeginn Arbeitnehmer wichtige Stellen im *comité de secours national* (dt: Komitee zur nationalen Unterstützung).

Ende August trafen zwei führende Sozialisten als Minister in die Regierung ein. Und im Mai 1915 besetzte sogar ein Sozialist das Amt des Staatssekretärs für die Kriegsproduktion.¹

6.3. Staatliche Presse, Informations- und Medienpolitik

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, hatten sich in fast allen Staaten Europas, Zeitschriften etabliert, die dazu da waren, die Bürger mit Informationen zu versorgen. Mit dem Krieg erkannte man deren Nützlichkeit und wollte diese in den Dienst des Vaterlandes stellen. Sie sollten nichts veröffentlichen was dem Feind in irgendeiner Hinsicht nutzen oder die Bevölkerung irritieren könnte. Es kam, dass die freie Meinungsäußerung mehr oder weniger abgeschafft wurde, besonders in Frankreich. Nur unter diesen besonderen Vorschriften erschienen weiterhin Publikationen der Arbeiterpartei, die die Soldaten auch in den Kasernen lesen durften.

Die Presse akzeptierte diese verschlossene Informationspolitik und stellte auch kaum eigenen Nachforschungen an. Sie akzeptierten die strengen Vorschriften, denn auch sie wollte keine Informationen preisgeben, die dem Feind nutzen könnten. Meistens gaben die deutschen Zeitungen nur die Informationen weiter, die sie von der Nachrichtenagentur Wolff's Telegraphisches Bureau übermittelt bekommen haben. Die Aufgaben solcher Zeitungen war es, Optimismus, Siegesgewissheit und Vertrauen zu übermitteln und schlechte Nachrichten zu verschweigen oder zu verharmlosen. Die Presse war auch gerne bereit, an der Verbreitung von offensichtlichen Gräuelmärchen zu helfen. So konnte man 1914 in alliierten Zeitungen lesen, deutsche Soldaten hätten belgischen Kindern die Hände abgeschnitten. Deutsche Zeitungen berichteten zur selben Zeit von völkerrechtswidrigen belgischen Guerilla-Kämpfern. Die Regierung verließ sich aber nicht nur auf die Selbstzensur der Zeitungen, es wurden auch Zensurbehörden eingerichtet. Die Oberzensurstelle wurde 1915 eingerichtet um Vorschriften erlassen, was berichtet werden darf. 1915 wurde das deutsche *Zensurbuch für die deutschen Presse* erlassen, was die unübersichtlichen Zensurbestimmungen zusammenfasste. Verstöße gegen die Richtlinien wurden mit unterschiedlichen Maßnahmen geahndet, die von einer mündlichen Ermahnung bis zum Verbot der Zeitung gehen konnten. In Frankreich wurde 1916 das *bureau de presse* eingerichtet, was dem Außenministerium unterstand. In Frankreich war *Havras* die einzige Nachrichtenagentur.

Die Zensur beschränkte sich aber nicht nur auf Zeitschriften, sondern auch andere Druckerzeugnisse wurden von der Zensur begutachtet. Es kam auch vor, dass patriotische Produkte die auf ihre plumpe Manier das nationale Ansehen schädigen könnten, verboten wurden. Zu Kriegsbeginn kamen etliche Bildpostkarten heraus, die die Feinde als verstoffene, verunglimpfte Gestalten zeigten, die mit Leichtigkeit von gesunden, muskulösen deutschen Soldaten verprügelt wurden. 1914 entschied das Bayrische Kriegsministerium „das Ansehen der deutschen Kultur und des deutschen Heers und seiner Waffentaten werden durch diese Karten herabwürdigen.“ Auch andere bedeutende Armeekorpsbezirke teilten diese Meinung.

Die Zensur betraf auch das bei den „einfachen Leuten“ beliebte, relativ neue Medium der Fotografie. Nur mit einer besonderen Genehmigung durfte man Bildern von der Front oder anderen wichtigen militärischen Einrichtung machen, und diese mussten erstmal der Zensurbehörde gezeigt werden, bevor sie veröffentlicht werden durften. Viele Kriterien mussten erfüllt werden dass dies geschah. Das Foto durfte zuerst nichts zeigen, was dem Feind irgendwie helfen könnte, und natürlich keine negative Wirkung auf die Kriegsmoral

haben, womit Leid und Elend nur auf der Seite des Feindes gezeigt werden durfte, außer man konnte damit den Feind belasten.

Seit Kriegsbeginn und insbesondere ab dem Übergang in einen ungewiss langen Stellungskrieg, war allen Regierungen bewusst, dass die Kriegsmoral gepflegt werden musste. England verfügte schon früh über professionelle Propaganda. Anders sah dies bei den Mittelmächten aus. Sie überließen anfangs die Propaganda privaten Firmen, womit sie lange Zeit verhältnismäßig kitschig war. Anders wurde dies in der zweiten Hälfte des Krieges. Den Bürgern und Soldaten wurde das Äußerste abverlangt, und somit mussten ihnen bessere (höhere) Gründe genannt werden, damit sie bereit waren, ihr Leben für das Vaterland zu opfern. Alle europäischen Regierungen betrieben Kriegspropaganda. Dabei bedienten sich alle einem einheitlichen Muster: Wir sind die guten und kämpfen für die gerechte Sache, die anderen sind Bösen und die Kriegsverursacher. Rassistische Argumentationen waren dabei selbstverständlich. So behauptete die deutsche Presse, dass Frankreich Kolonialtruppen einsetzte, dass die Kulturnation Frankreich auf „kulturell niedrigere“ Truppen zurückgreifen müsse. Doch diese reichte nicht aus. Es galt in den Medien (besonders in den Zeitungen) die eigene Lage in ein günstiges Licht, die des Feindes in ein ungünstiges Licht zu rücken. Unzufriedenheit etc. wurde beim Feind generell übertrieben, die eigene wurde verschwiegen oder zurückgehalten. Während des Krieges konnte man zum Beispiel im Deutschen Reich nichts über die Lebensmittelknappheit in den deutschen Zeitungen erfahren und auch die kriegsbedingten Krankheiten wurden verschwiegen.

Die Propaganda war nicht nur für die eigene Bevölkerung gedacht, es wurde auch versucht die Haltung neutraler Staaten für sich zu gewinnen. Beispielsweise schrieb der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg Anfang September einen Brief an die Nachrichtenagenturen der Vereinigten Staaten, in dem er auf den „Feldzug der Lügen“ hinweist, den die Engländer gegen die Deutschen führen. England berichtet den Vereinigten Staaten, dass deutsche Soldaten belgische Dörfer zerstört hätten. Laut ihm aber wird verschwiegen, dass belgische Mädchen, deutschen Verwundeten die Augen herausgestochen hatten, dass belgische Beamten deutsche Offiziere zum Essen eingeladen hätten und sie hinterrücks erschossen wurden etc. Auf eine ähnliche Weise versuchte der deutsche Kaiser Wilhelm II den US amerikanischen Präsidenten Wilson zu erklären warum die belgischen Städte zerstört werden mussten.

In der zweiten Hälfte des Krieges versuchte die deutsche Armee ihre Überzeugungen effizienter und flächendeckender zu verbreiten, und deshalb verfügt jeder Korpsbezirk über einen Aufklärungsoffizier mit Mitarbeitern. Diese organisierten Aufklärungsinitiativen. Diese Veranstaltungen, die seit September 1917 „Vaterländischer Unterricht“ hießen, bestanden meist aus Lichtbildvorträgen. Die Aufklärungsoffiziere waren auch für den Vertrieb von Flugblättern, Plakaten und ähnlichem zuständig. Die Zielgruppe dieser

Veranstaltungen war die Industriearbeiterschaft, oft arbeiteten sie aber auch mit Arbeitergewerkschaften zusammen.

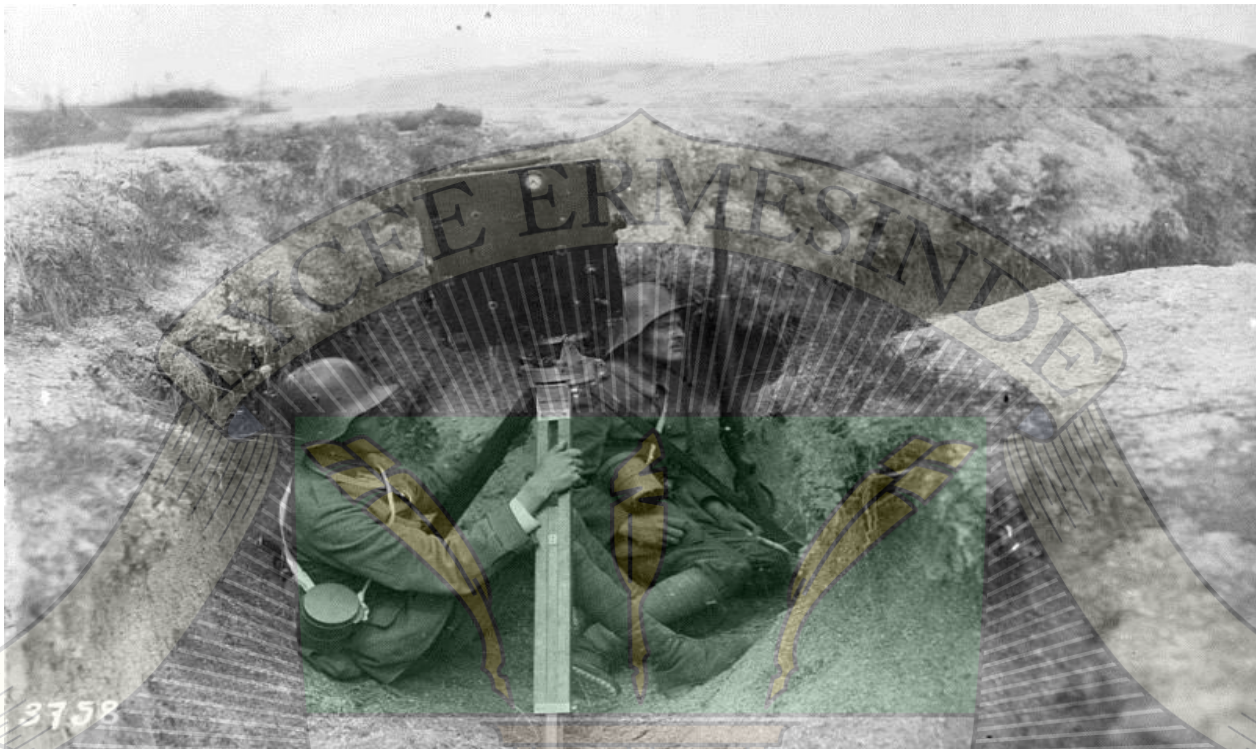


Abbildung 16: Deutsche Kriegskinetographen an der Westfront, 1917

Für die Propaganda wurde ebenfalls das relativ neue Medium Film verwendet. Seit dem 19. Jahrhundert hat sich dieser überall in Europa verbreitet und seit 1900 gab es eine kriegerische Film Berichterstattung. Anfangs wurde diesem Mittel von der Regierung keine Aufmerksamkeit geschenkt, da man sich nicht vorstellen konnte, dass man Filme zur (Des)Information oder Propaganda gebrauchen könnte. Erst während dem Krieg änderten sich diese Ansichten. Doku- und Spielfilme wurden als Mittel zur Stärkung des Kampf- und Durchhaltewillens entdeckt. Bald schon wurde diese staatlich betreut und organisiert. Bis dato war der Film die beste Möglichkeit für den einfachen Bürger sich vom Krieg ein Bild zu machen.

Ab 1908 verbreiteten sich dokumentarische Wochenschauen in Kinos. Viele dieser Filme wurden vom französischen Unternehmen Pathé produziert. Und auch die ersten Filme der deutschen Mobilmachung wurden von dieser Firma gedreht. Bald jedoch wurde die Filialen des Unternehmens im Deutschen Reich enteignet und einheimischen Filmproduktionsfirmen übergeben. Die bedeutendste Filmproduktionsfirma im Deutschen Reich war die des Kameraherstellers Oskar Meester. Im Oktober 1914 wurde zum Ersten Mal die „Meester Wochenschau“ in deutschen Kinos gezeigt. Von da an versorgte dieser die Bürger regelmäßig mit neuen Kriegsberichten. Aus Angst vor Spionage, aus Geheimhaltungsgründen und um die Heimatfront nicht unnötig zu schocken, war es Meester nicht gestattet Bilder von der Front oder anderen kriegsrelevanten Schauplätze zu machen. Meester konzentrierte sich deshalb auf die Aufnahmen vom Hinterland, die meistens einfache Soldaten zeigten, denen es verhältnismäßig gut ging. Frankreich versuchte auf eine ähnliche Weise, das Publikum mit abschreckenden Aufnahmen zu verschonen. In England hingegen sah das anders aus. Dort wurden zwar auch keine

grauenvollen Bilder gezeigt, jedoch konnte man in englischen Kinos Tote und Verwundete sehen.

Die „Battle of the Somme“ ist ein bemerkenswerter Film mit einer Laufzeit von 74 Minuten der ab dem 21. August 1916 in britischen Kinos zu sehen war, aber auch der westlichen Welt nicht vorenthalten wurde. Innerhalb der ersten sechs Wochen hatten ihn bereits 20 Millionen Engländer gesehen. Und dass obwohl die Schlacht eigentlich bis Oktober andauerte und ein klarer Fehler für England war, bei dem ca. 500000 Mann starben. Der Film zeigte die Vorbereitung auf die Schlacht, den eigentlich Angriff und die Auswirkungen, die die Schlacht mit sich brachte. Die Zuschauer waren bewegt von den Aufnahmen, denn zum Ersten Mal in der Filmgeschichte wurde das Leben einfacher Soldaten dargestellt. Noch nie wurde der Krieg so realistisch und detailgetreu dargestellt. Dass einige Szenen nachgestellt wurden, störte nur die wenigsten.

Die Bedürfnisse nach Filmen deutscher Bürger wurden zunächst von privaten Unternehmen gestillt. Erst 1917 wurde das Bild und Filmamt (BuFa) gegründet. Womöglich auch wegen des Erfolgs der „Battle of the Somme.“ Die BuFa war auch für die Versorgung der Presse mit Filmmaterial von den Kriegsschauplätzen zuständig. Es verfügte über eigene Filmtrupps die halbwegs professionell ausgerüstet waren. Einer ihrer Filme war der 1917 erschienene „Graf Dohna und seine Möwe“ die von der Kaperfahrt des Hilfskreuzes *Möwe* erzählte. Die Heimatfront zeigte nur wenig Begeisterung, und es stellte sich heraus, dass das deutsche Publikum nur wenig Interesse an nicht-fiktionalen Filmen hatte. Deshalb wurde Ende 1917 die Universum Film-Aktiengesellschaft fundiert. Es war ein halbstaatliches Unternehmen, das mit seinen fiktionalen Filmen propagandisch wirken sollte. Das Unternehmen verfügte ebenfalls über eigene Filmtrupps, die aber mit den modernsten Geräten der damaligen Zeit ausgestattet waren. UFA stand auch für die deutsche Filmindustrie, und sollte mit der scheinbar überlegenen Filmindustrie der Feinde mithalten. Die BuFa und UFA brachten zusammen bis Kriegsende mehr als 800 propagandische Filme verschiedenster Art heraus z.B. Spielfilme, Dokumentarfilme, Werbefilme für Kriegsanleihen etc. Einer der Filme war „Unsühnbar“ aus dem Jahre 1917. Der Film war eine Reaktion auf die Streiks vom April 1917, der die Folgen von Unterwanderung der Heimatfront zeigte, oder „Es werde Licht“ ebenfalls aus dem Jahre 1917, ein Spielfilm, verpackt als Familientragödie, der über Syphilis informierte.

Die wachsende Bedeutung von Film für den Krieg, führte dazu dass auch in Frankreich und Großbritannien staatliche Abteilungen zur Aufgabe erhielten, Nachrichtenfilme zu erstellen. In Frankreich gab es seit Anfang 1917 im Kriegsministerium die Abteilung *section photographique et cinematographique de l'armée*, die wöchentlich Nachrichtenfilme produzierte, die die Kinos gezwungen waren zu zeigen. In England arbeitete das Kriegsministerium mit dem privaten Nachrichtenfilmdienst *Topical Budget* zusammen. Ab Mai 1917 produzierte *Topical Budget* zweimal wöchentlich Nachrichtenfilme. Diese wurden von offiziellen Kameramännern an den verschiedenen Fronten gedreht. Um uneingeschränkt Propaganda betreiben zu können, kaufte der Staat die Firma Ende 1917 die Firma auf.

Anfangs war das Medium Film bei den deutschen Militärs unbeliebt. Mit der Zeit erkannte man jedoch, dass es sich hervorragend dazu eignete, das Volk zu beruhigen. Nach und nach wurde immer mehr die eigene Stärke in den Filmen dargestellt. Bilder von Flugzeugen und der Kriegsmaschinerie waren immer häufiger zu sehen. Oft spielten auch Kriegshelden, wie die Piloten von Kampffliegern, bei den Filmen mit. Verwüstung wurde

wenn möglich nur auf der Seite des Feindes gezeigt. Um auch denen Leuten die Filme zugänglich zu machen, die kein Kino in ihrem Dorf hatten, gab es seit 1917 Wanderkinos.

Prägnante Bildplakate bildeten ein weiteres neuartiges Propagandainstrument. Im großen Stil wurden diese bei den Deutschen von der Reichskanzlei eingesetzt. Ab der vierten Kriegsanleihe wurde dafür Werbung betrieben. Die Plakate waren meist kompakt, in der in stilisierter Art Kriegssymbole (z.B. Stahlhelme, Gasmaske etc.) im Zentrum waren. Bekannt wurde der „Mann mit dem Stahlhelm“ von Fritz Erler. Am Anfang wurde diese von den nationalkonservativen als „amerikanisch“ empfunden, zu emotional, zu aufreizend, zu marktschreierisch. So schrieb ein deutscher Offizier: „Wir sind von dem Grundsatz ausgegangen, dass wir uns während des Krieges nicht zu Engländern, nicht zu Amerikanern machen sollen, dass wir in deutscher Art die Aufklärung zu betreiben haben und nicht in den Vordergrund schieben dürfen den ganzen Dschingdera mit Kinolügen und Plakatübertreibungen und sonstiges Geschichten“



Abbildung 17: Britisches Propagandaplakat

6.4. Verbindungen zwischen Front und Heimat

Für die Soldaten und deren Verwandte war es das wichtigste miteinander in Verbindung zu bleiben, um zu wissen, wie es dem Bekannten in der Heimat oder an der Front ging. Dieses Interesse konnten die Politiker und Militärs nachvollziehen, und deshalb wurde eine Feldpost eingerichtet – trugen die Päckchen, Pakete und Briefe doch viel bei der Beruhigung der Soldaten bei. Die Soldaten mussten sich aber an bestimmte Richtlinien halten, so durfte man den Bekannten in der Heimat keinesfalls mit seinen Briefen beunruhigen. Mittels der Feldpost war es den Soldaten möglich, auch in der Familie präsent zu bleiben. So konnten sie von der Kaserne aus an den Angelegenheiten der Familie, meistens als Familienoberhaupt, teilhaben. Umgekehrt war es für die Verwandte in der Heimat wichtig, ein Lebenszeichen zu haben.

Am Ende des Krieges wurden alleine im Deutschen Reich 28,7 Milliarden Sendungen durch die Feldpost verschickt. Von der Heimat aus, gingen täglich 10 Millionen Sendungen an die Front, umgekehrt waren es 6,8 Millionen. Damit jeder sein Päckchen erhielt, musste ein kompliziertes Verteilungssystem von ca. 8000 Beamte betrieben werden. Dieses System wurde eingestellt in Feldpostsperren, Zeiten, wo die Gruppenbewegung geheim gehalten werden sollte.

Für die Feldpost galt das Briefgeheimnis nicht. Es durften keine Äußerungen über das Kriegsgeschehen gemacht werden, genauso wenig wie Äußerungen gemacht werden durften, die die Heimat entmutigen könnten, obwohl das oft sehr schwer zu bestimmen war. Die ersten 21 Monate des Krieges mussten Offiziere nach dementsprechenden Äußerungen in den Briefen suchen. Mit der Zeit kam es jedoch zu Spannungen. Ab April 1916 wurden dann Postüberwachungsstellen eingerichtet.

Das Lesen der Feldpost war nicht nur nützlich für die Ermittlung gegen Verstöße. Es ermöglichte den Militärs auch wichtige Einblicke in die Stimmung der Front. Diese wurden in „Stimmungsberichten“ zusammengefasst. Im September 1916, während der Laufzeit der fünften Kriegsanleihe, fiel den Überwachungsbehörden auf, dass die Soldaten nicht wollten, dass die Heimat Kriegsanleihen kaufte, weil das sonst den Krieg verlängern würde. Zur selben Zeit wurden auch sogenannte „Jammerbriefe“ zensiert. Diese Briefe informierten die Soldaten über die Lebensbedingungen in der Heimat. Insbesondere über die stetig steigenden Preise und der Lebensmittelnot. Welche Meinung man über „Jammerbriefe“ in der Öffentlichkeit hatte, veranschaulicht ein Aufruf in der Hunsrücker Zeitung vom 18. Juli 1917:

„Schreibt keine Jammerbriefe! Eine durchaus unwürdige und den Mangel einer echten und rechten Vaterlandsliebe beweisenden Erscheinung sind die sogenannten Jammer- und Klagebriefe, die zuweilen von Frauen und Müttern, die sich des hohen Ernstes der Aufgaben einer deutschen Frau nicht bewusst sind, an ihre Söhne und Männer ins Feld oder in die Kriegsgefangenschaft geschrieben werden. Eine deutsche Frau soll es unter ihrer Würde erachten, Briefe zu schreiben, die oft Übertreibungen in der Darstellung der Kriegsbeschwerden und Lebensmittelnot enthalten oder sonstige Unwahrheiten und Bitterkeiten, die den Angehörigen an der Front das Herz schwer machen und den Mut lähmen, dagegen den Feinden, wenn ihnen solche Briefe in die Hände fallen, die Hoffnung nähren, dass unsere Widerstandskraft und Siegeszuversicht am erlahmen ist. Eine deutsche Frau soll es als ihre Ehre betrachten, in standhafter und heldenmütiger Ertragung der Kriegsbeschwerden durch ihre Briefe an die Söhne, Männer und Väter ins Feld diese zu stärken, zu ermutigen und zu trösten, in dankbarer Anerkennung, dass sie

die Heimat beschützen und für Frau und Kinder kämpfen. Wie töricht dagegen, wie unwürdig und schädlich, die Briefe mit Klagen anzufüllen, die im Lichte der Wahrheit betrachtet, oft ganz unwahr, zum mindesten aber stark übertrieben sind und die nachträglich oft mit bitterer Scharm betreut werden. Völlig ungerechtfertigt erscheinen diese Klagen, wenn man sich die Anstrengungen und Opfer vor Augen hält, die die kämpfenden Truppen so heldenmütig auf sich nehmen.“ Zit. nach Schellack, S. 70f.

Zurück

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass nach anderen Wegen gesucht wurde, um die Briefe an die Empfänger zu bringen. Davon zeugen Verbote, wie der dass man Heimaturlaubern keine Briefe einstecken durfte.

Die Veröffentlichung von patriotischer Feldpost, war ein weiteres gutes Mittel um der Bevölkerung die gewünschte Haltung zum Krieg nahezubringen. Die wohl bekannteste Briefsammlung ist die des Freiburgers Germanisten Philipp Witkop, die Anfang 1916 unter dem Namen „Kriegsbriefe gefallener Soldaten“ erschien. Nach etlichen Neuauflagen erschien die Sammlung seit 1918 unter dem Namen „Kriegsbriefe gefallener Studenten.“ In der Nachkriegszeit fehlte es in keinem Buchladen und stand in jedem Haushalt.

Ein Viertel der Feldpost waren Bildpostkarten, die portofrei an die Heimat versendet wurden. Die Bilder übermittelten meist propagandische oder kriegsmoralische Botschaften. Jedoch war meistens keine Gewalt oder Tote auf diesen Bildern zu sehen. Die Hersteller solcher Karten versuchten meist, die finstere Seite des Krieges zu verheimlichen. Oft waren klischeehafte Szenarien auf den Postkarten abgebildet, wie zum Beispiel treue Frauen am Herd oder die in der Wohnung an ihre Männer denken, „edle“ Krieger die einander zu Pferd oder mit dem Säbel bekämpfen, oder Soldaten, die medizinisch gut erstversorgt, einen schönen Tod unter freiem Himmel sterben.

6.5. Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die christlichen und jüdischen Gemeinschaften unterstützten bis auf wenige Ausnahmen die Kriegsanstrengungen ihrer Staaten. Es war für sie selbstverständlich, den Gläubigen die in den Krieg zogen, zu vergewissern, dass Gott auf ihrer Seite stehe. Dabei schien es den Geistlichen nichts auszumachen, dass sich der Feind auf denselben Gott bezog. Vielmehr wurde die vom Staat verlangte Opferbereitschaft als Prüfung angesehen, die Gott einem gestellt hatte, dessen Teilnahme eine Pflicht war. In den Predigten tauchte oft die Annahme auf, dass der Glaube der Feinde nur oberflächlich sei, man selbst aber über einen tieferen Glauben verfügte, womit man siegreich aus der Schlacht herausgehen würde. Die Geistlichen beschränkten sich nicht nur auf die Untermauerung der Kriegsmoral. Wegen der Nächstenliebe, beteiligten sie sich an der Pflege von Verwundeten oder unterstützten notleidende Familien.

Dass sich Religion und Krieg verbunden haben, liegt womöglich daran, dass niemand auf die Mahnungen Papst Benedikt XV gehört hatte. Der italienischstämmige Papst wurde am 3. September 1914 gewählt und sprach sich seit Beginn seines Pontifikats gegen den Krieg aus. Seine Position führte jedoch dazu, dass man glaubte, er sei auf der Seite des Feindes. So sprach Georges Clemenceau vom „le pape boche“ und auf der anderen Seite sprach Erich Luddendorf vom „Franzosenpapst.“ Am 1. August 1917, drei Jahre nach Kriegsbeginn, veröffentlichte der Papst sein wichtigstes Friedensappel „Dès le début.“ In dem forderte er dazu auf, Friedensverhandlungen abzuhalten, die Abrüstung zu starten und auf Annexionen zu verzichten. Dieser Plan stieß auf Ablehnung, weil jeder glaubte, er könnte durch den Plan benachteiligt werden.

Jüdische Bürger sahen den Krieg als Gelegenheit, den verbreiteten Antisemitismus mit einem praktischen Beweis in die Schranken zu weisen. Sie wollten den Judenhassern zeigen, dass Juden ebenso opferbereit und patriotisch sind wie Christen. Nichtsdestotrotz gab es seit Kriegsbeginn Stimmen, die behaupteten, dass Juden weniger opferbereit waren wie die Christen und sich ständig in den Kasernen versteckten. Im Herbst 1916 verschlechterte sich die Siegeswahrscheinlichkeit, und man fragte sich ob wirklich alle Ressourcen ausgeschöpft wurden. Die Oberste Heeresleitung ließ sich dazu überreden, eine Zählung der Juden beim Militär durchzuführen. Das Ergebnis, das nur zum Teil veröffentlicht wurde, bestand darin, dass keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Juden und anderen Soldaten festzustellen war. Die Zählung war von heftigem Prozess seitens jüdischer Gemeinschaften durchgeführt worden und man nahm dies zurecht als Diskriminierung an.

Es kann nicht nachgewiesen werden, ob der Krieg eine Ausbreitende und Verstärkende Wirkung auf die Religion hatte. Sicher half es einigen die Strapazen des Krieges auszuhalten, weil es einem höheren Grund diene. Ist es dann aber nicht nachvollziehbar, nach Schlachten wie Verdun und Tannenberg, dass sich das auf den Glauben auswirkte? Auch das kann nicht nachgewiesen werden. Erst gegen Ende des Krieges stiegen einige Christen aus dem Christentum aus, vorwiegend Künstler wie Max Beckmann, Ernst Barlach oder Käthe Kollwitz.

6.6.Schriftsteller

Schon vor 1914 existierte Tendenz sich Krieg herbeizusehnen, da man das Alltagsleben als langweilig empfand. Der Italiener Filippo Marinetti verkündete 1903 in seinem „futuristischen Manifest“ mit Blick auf die Hygiene der Welt, man solle den Patriotismus und Militarismus verherrlichen. Georg Heym, einer der bekanntesten expressionistischen Dichter, schrieb 1912: „Es ist immer das gleiche, so langweilig, langweilig, langweilig. [...]Geschähe doch einmal etwas. Würden einmal wieder Barrikaden gebaut. Ich wäre der erste, der sich darauf stellte, ich wollte noch mit der Kugel im Herzen den Rausch der Begeisterung spüren. Oder sei es auch nur, dass man einen Krieg begänne, er kann ungerecht sein. Dieser Frieden ist so faul und ölig und schmierig wie eine Leimpolitur auf alten Möbeln.“ Andere jüngere Intellektuelle hofften ebenfalls auf ein reinigendes Gewitter. Es soll die in alten Sitten und Vorstellungen gefangene Gesellschaft befreien und zu Zeitgemäßen Tugenden führen. Einen Krieg sah man als Ende des Egoismus und Kleingeisterei, und als Beginn einer modernen Form des Zusammenlebens.

Zu Kriegsbeginn vernahmen viele Intellektuelle und Geistliche keine Überlegungen gegen die Kriegsträchtigen Entscheidungen ihrer Nationen. Sie fühlten sich vielmehr dazu verpflichtet als „Geistesgrößen“ die Sache des Vaterlands zu verteidigen, ebenfalls um die gegnerischen Nationen zu diskreditieren. Parallel zum Krieg an der Front wurde ein „Krieg der Geister“ geführt. Beteiligt waren Geistesgrößen wie Thomas Mann, Sigmund Freud, Emile Durkheim, Ernst Haeckel, Stefan George, Rudyard Kipling und viele mehr.

Einige wenige wie Kurt Tucholsky und Karl Kraus verstummten zu Kriegsbeginn um sich später wieder kritisch zu äußern. Sigmund Freuds Kriegseuphorie verfiel ebenfalls und fand in „Zeitgemäßes über Tod und Krieg“ seinen kritischen Ton wieder. Beispiel für einen besonders drastischen Nationalismus ist der Lyriker und Dramatiker Ernst Lissauer, der von Zeitgenossen als deutschesten aller Juden beschrieben wurde. Er publizierte im Jahre 1914 das Gedicht „Hassgesang gegen England“. In diesem heißt es, dass der Hass nicht Frankreich und Russland gelten sollte, sondern England, das „geduckt hinter der grauen Front voll Neid, voll Wut, voll Schläue, voll List sitze.“ Das Gedicht fand im Deutschen Reich großen Anklang, und wurde schon bald Bestandteil der Kriegspropaganda. Aus dem Hassgesang entstand während des Krieges ein Schlachtruf des deutschen Heeres - „Gott strafe England“. Eine eigene Grußformel entstand: Grußformel: „Gott strafe England.“ Erwidern des Grußes: „Er strafe es.“ Das Ende des Weltkrieges 1918 wirkte sich negativ auf seine Karriere aus. Ihm wurde vorgeworfen den „Hassgesang“ nicht als patriotischen Text, sondern bewusst als Hetze und Kriegspropaganda verfasst zu haben. Von dem deutschen Schriftsteller Walter Flex erschien 1916 „Wanderer zwischen den Welten“, das in Deutschland zum erfolgreichsten belletristischen Kriegsbuch wurde. Das in ihm enthaltene Gedicht „Wildgänse rauschen durch die Nacht“ wurde schon bald vertont. Der Vergleich zu den Zugvögeln gab dem Zug der grau gekleideten Soldaten den Charakter eines naturgesetzlichen bestimmten Handelns, das gottgewillt ist.

„Wir sind wie ihr ein graues Heer

Und fahr'n in Kaisers Namen

Und fahr'n wir ohne Wiederkehr

Rauscht uns im Herbst ein Amen“

Solche Verse kamen nicht nur im deutschen Reich vor. Auch andere Staaten verstanden sich darauf nationalistische Stimmung mit Versen herbeizurufen. Rudyard Kipling, der 1905 den Literaturnobelpreis erhielt, veröffentlicht das wohl bekannteste englische Kriegsgedicht „For all we have and are.“ Es beginnt so:

„For all we have and are

For all our children's fate

Stand up and take the war

The Huns are at the gate.

Neben solchen Legitimierungen des Hasses auf den perfiden Feind, stellen Schriftsteller und Dichter vielfältig als sinnvolles Geschehen dar: als überfällige Strafe Gottes, als Gelegenheit existenzielle Erfahrungen zu machen, als Läuterung der nationalen Gemeinschaft von den Übeln und Sünden der modernen Zivilisation, als Beschwörung der historisch-kulturellen Überlegenheit der eigenen Nation und als Lobpreisung der besonderen und nun bedrohten heimatlichen Werte. Schlussendlich liefen alle darauf hinaus, den Tod der Soldaten zu legitimieren. Es soll als notwendiges Opfer für den Erhalt des Guten, Edlen und Wahren, angeblich repräsentierte das die eigene Nation, stehen. Dichter wie Georg Trakl und August Stramm, ließen die im Krieg gewonnenen Erfahrungen in ihre Texte mit einfließen. Sie sahen sich aber nicht als Kriegsgegner, sondern vielmehr als Soldaten. Thomas Mann ist ein gutes Beispiel für einen Intellektuellen, der sich von der Überlegenheit des eigenen Vaterlands überzeugt zeigte. In der Vorrede zu seinem Buch „Betrachtungen eines Unpolitischen“, an das er seit 1914 gearbeitet hatte und 1918 erschien, fasste er seine feindseligen Überlegungen zum Unterschied zwischen der deutschen „Kultur“ und der „Zivilisation“ der Feinde zusammen.

„Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur.“

Statt die Lügen und Verallgemeinerungen des Feindbilds und Vorurteile zu kritisieren, griffen sie diese wie selbstverständlich auf, und sahen sich dazu beauftragt, diese in gesetzte Worte, gefällige Kunstwerke und tiefere Einsichten zu fassen. Der Philosoph und Theologe Ernst Troeltsch bekannte sich 1915 klar zu der Auffassung, dass die Gesellschaft nach einer besonderen Art einer Begründung für den Krieg brauche, weil ihnen im Prinzip das gesamte Volk dazu verpflichtet ist, dem Vaterland zu dienen weil immer mehr Bürger Einzug in die Politik fänden. „Derart demokratische Nationen führen Kriege nur als Vollkriege, nur mit allgemein einleuchtenden moralischen Gründen. Sie schauern im Ganzen überhaupt von ihnen zurück, weil sie ein ganz ungeheures Schicksal für jedes Haus und jedes Besitz bedeuten. Umso zwingender, einleuchtender und prinzipieller müssen die Kriegsgründe sein, wenn es nun doch zu den Waffen gehen soll.“ Troeltsch sprach sich methodisch dafür aus, dass Intellektuelle und Wissenschaftler statt den Krieg zu erklären, an ihm als Bürger teilnehmen sollten. Die Parteinahme erreichte er, in dem er den Krieg als ein Aufeinanderprallen von wahrer und falscher, tiefer

und oberflächlicher Kultur, darstellte. Diese Art der Begründung hat sich bis in die Gegenwart nicht geändert.

Nicht wenige Intellektuelle und Wissenschaftler stellten in ihren Schriften ihre Kriegserlebnisse als Teilhabe an einer neuen Stufe der Menschheits- und Kulturentwicklung dar. Das beste Beispiel ist Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“, das auf Tagebucheinträgen während der Somme Schlacht beruht und 1920 erschienen ist. Hingegen ist der italienische Dichter und Schriftsteller Gabriele d'Annunzio schon vor dem Eingreifen seiner Nation 1915 mit Publikationen hervorgetreten, in denen aus einer elitären Gesinnung, dem „Übermensch“, das Leben und Sterben verherrlicht wurde. Er selbst ist durch seinen Propaganda-Flug über Wien am 9. August 1918, kurz vor Kriegsende, legendär geworden. Mit einer Staffel von zehn einsitzigen Flugzeugen und einem zweisitzigen, in dem d'Annunzio saß, flogen auf die österreichische Hauptstadt zu. Drei von ihnen mussten schon vor der Grenze notlanden und eines in Österreich, wo der Pilot verhaftet wurde. Die restlichen sieben Flugzeuge erreichten ihr Ziel. Statt Bomben, warfen sie tausende von Flugblättern hinab, in zwei Ausführungen, die mit den Farben der italienischen Flagge bedruckt waren. Die einen waren zweisprachig gedruckt, Italienisch und Deutsch, die anderen, von d'Annunzio stammend, nur Italienisch. Letztere fassten in reißenden Propagandaparolen die sozialen und politischen Anforderungen Italiens zusammen, und am Schluss stand: „Das Drohen der Schwinge des jungen italienischen Adlers gleicht nicht der finsternen Bronze im morgendlichen Licht. Die Unbekümmerte Kühnheit wirft über Sankt Stephan und den Graben das unwiderstehliche Wort, Wiener! Viva, l'Italia!“ Wegen seinen Ideen und seinem politischen Handeln, gilt d'Annunzio als Vorläufer des italienischen Faschismus.

In Frankreich lässt sich eine realistischere Auseinandersetzung mit dem Krieg beobachten. Am bekanntesten ist wohl Henri Barbus' „*Le Feu, Journal d'une escouade*“ (deutsch: „Das Feuer, Tagebuch einer Korporalschaft.“) das 1916 erschien, und ein ungeschminktes Bild vom Krieg lieferte, was auf den Erfahrungen des Autors beruhte. Eine ähnliche Entwicklung ist im Deutschen Reich nicht festzustellen. Eine realistischere Schilderung des Lebens der Soldaten an der Front nahm zwar zu, jedoch wurde ihr Sterben immer noch einem höheren Sinn zugesprochen.

8. Kriegsende

8.1. Waffenstillstand

Solange zwischen den Kriegführenden Staaten eine Pattsituation bestand, war keiner gewillt sich auf Friedensverhandlungen einzulassen. Die Friedensinitiativen von neutralen Staaten und Organisationen stießen auf keine Resonanz. Schließlich ging es bei dem Krieg um keine konkreten Ziele sondern um die Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent. Ein „Verständigungsfrieden“, in dem sich die beiden Staaten als ebenbürtig akzeptieren, kam nicht in Frage. Man setzte darauf, noch einen militärischen Vorteil zu erringen, der zu einem Sieg folgen könnte. Auch wegen dem Vertrag von London konnte sich London auf keinen Separatfrieden einigen.

Der erste Schritt in Richtung Friedensverhandlungen kam von den Amerikanern. 10 Monate nach ihrem Kriegseintritt veröffentlichten sie ihre Vorstellung von Frieden. Präsident Wilson nannte in seiner Rede 14 Punkte, die weit über Vorschläge zur politischen Ordnung in Europa hinausgingen. Er nannte Prinzipien, nach denen sich die Weltpolitik ausrichten sollte, zum Beispiel die Freiheit der Meere in Friedens- und Kriegszeiten und die Gründung des Völkerbunds um zwischenstaatliche Konflikte zu regeln. Von Europa verlangte Wilson dass das Deutsche Reich sich aus den russischen und französischen Gebieten zurückzieht, die Rückgabe Elsass-Lothringens, die Wiederherstellung von Belgien, Serbiens, Montenegros und Rumänien, die Abtretung von Österreich-Ungarn seiner besetzten Gebiete in Italien, die Selbstbestimmungsrecht für nichttürkische Völker im Osmanischen Reich und die Etablierung eines unabhängigen polnischen Staates mit Zugang zur Ostsee.

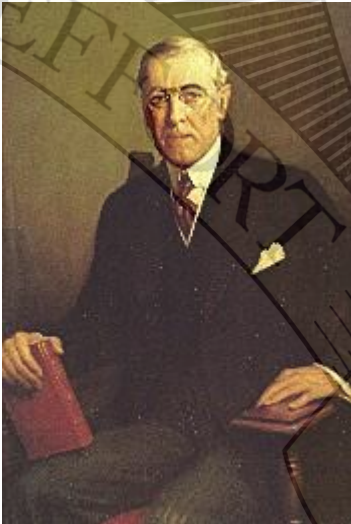


Abbildung 18: Präsident Woodrow Wilson

Wilsons Vorschläge spiegelten das während dem Krieg gewonnene amerikanische Selbstbewusstsein wieder, nun die größte und stärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Deshalb war die junge Weltmacht bestrebt, günstige Bedingungen für ein weiteres Wirtschaftswachstum auszuhandeln. Dazu zählten auch Gegensätze zu den Interessen der alliierten Mitstreiter, vor allem alte Kolonialmächte wie England und Frankreich. Für die Gestaltung der Landkarte Europas nach Krieg rückte Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Mittelpunkt, mit einigen Ausnahmen, wegen der eigenen Interessen und wegen der Rücksichtnahme auf ihre Verbündeten. Ausnahmen unter anderem Polen, dessen Völker dem russischen Staat angehörten, das in den Ideen Wilsons nicht erwähnt wurde, da sich Washington noch nicht ausschließen wollte, dass Russland nach der Revolution weiter an der Seite der Alliierten kämpfen würde. Außerdem bekamen die Mittelmächten nur sehr wenig Selbstbestimmungsrecht.

Ludendorff wurde kurz nach dem 8 August 1918, dem sogenannten „Schwarzen Tag der deutschen Armee“, bewusst, dass der Krieg so schnell wie möglich beendet werden musste. Aber erst am 29. September 1918 tat die OHL den entscheidenden Schritt und sendete die „sofortige Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde“ auf Basis von Wilsons 14 Punkten an seine Feinde. Der OHL war klar, die der Monarchie positiv gestellt war, dass ein solcher Vertrag nur von einer parlamentarischen Regierung abgeschlossen werden konnte. Der OHL war diese Änderung aber Recht, da nun die Kriegsschuld vom Kaiser und dem Militär auf die Regierung fallen würde. Im Augen der Militärs sollten sie nun die „Suppe auslöffeln“, die nach ihrer Auffassung die Heimatfront von innen geschwächt hatten. Auf Basis dieser Überlegungen leitete man in Deutschland die unverzügliche Parlamentarisierung der Regierung aus, dessen politische Spitze, die die OHL bis jetzt bedingungslos unterstützte, ausgetauscht wurde. In einer „Revolution von Oben“ wurde Graf Hertling als Reichskanzler durch Prinz Max von Baden ausgetauscht, der schon lange für einen Verhandlungsfrieden plädiert hatte und sich beim Deutschen Roten Kreuz für die Kriegsgefangenen eingesetzt hatte. Zum Ersten Mal in der deutschen Geschichte traten mit Philipp Scheidemann und Gustav Bauer Sozialdemokraten als Staatssekretär in eine Regierung ein. Die neue Regierung tat unverzüglich was von ihr verlangt wurde. Am 3 Oktober suchten Friedensverhandlungen und den sofortigen Waffenstillstand. In den nächsten Tagen, mit Blick auf die eigene Öffentlichkeit und die Alliierten, versuchte man klar zu stellen, den Krieg fortsetzen zu wollen, falls unannehmbare Forderungen gestellt würden. Die OHL sprach sich, da nun die Schuld bei Schwarzen Peter liegt, für einen ehrenhaften Frieden aus. Andernfalls müsse man den Endkampf führen.

Wilson stellte klar, dass Friedensverhandlungen nur eingeleitet werden, wenn das Deutsche Reich unabhängig kapitulierte, sowohl die besetzten Gebiete und die Monarchie aufgeben. Wilson äußerte sich am 23. Oktober, dass er im Kaiser und der OHL keine geeignete Gesprächspartner für Friedensverhandlungen sehe. Auch innerhalb der neuen Regierung wurden Stimmen laut, die die Abdankung des Kaisers forderten, um schneller zum Frieden zu kommen und dem deutschen Volk härtere Friedensbedingungen zu ersparen. Kaiser Wilhelm II begab sich auf Anraten Hindenburgs ins Hauptquartier der OHL im belgischen Spa. Ludendorff versuchte am 24. Oktober, gegen den Willen der Regierung, Gerüchte zur Wiederaufnahme des Krieges in Umlauf zu bringen. Am 26. Oktober wurde er von Kanzler Prinz Max von Baden zum Rücktritt gezwungen, wobei Ludendorff nach Schweden flüchtete. Hindenburg blieb bis Juli 1919 weiterhin an der Spitze des deutschen Heeres.

Auch für die Demokratisierung der Regierung wurden in der Reichsverfassung entsprechende Schritte eingeleitet. Diese neue Reichsverfassung hatte nur eine niedrige Lebensdauer, stellte jedoch entscheidende Weichen für die Rückkehr in die Monarchie und für die Hinwendung zu einer demokratischen parlamentarisierten Staatsform. Bei den Alliierten bestand keine Einigkeit, welche Forderungen für einen Waffenstillstand festgesetzt werden sollen. Da Wilson Deutschland dazu gebracht hatte, Punkte durchzusetzen die einer Entwaffnung gleichkamen, blieb man bei dessen 14 Punkte Programm, auch um eine weitere Zunahme von amerikanischen Einfluss auf Europa zu verhindern, die der weitere Krieg zur Folge hätte. Die Vorgänge im Deutschen Reich und dessen militärische Lage führten zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Ihnen gelang nicht die vielen Völker in einem Bund zusammenzufassen, deshalb versuchte man wenigstens in den Gebieten, wo überwiegend Deutsch gesprochen wurde, in einem Land zu einigen. Am 26. Oktober stimmte Österreich-Ungarn einem bedingungslosen Waffenstillstand zu. Esklärte sich zu einem Separatfrieden bereit, da der Verfall des Vielvölkerstaates nicht aufzuhalten war. 2 Tage später riefen tschechische Politiker die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei, die dies im Untergrund während dem Krieg mit der Hilfe der Alliierten vorbereitet hatten. Am 28. Oktober trat Galizien Polen bei. Am 29. Oktober wurde der Staat der Slowenen, der Kroaten und der Serben ausgerufen, die schon bald am 1. Dezember im Staat der Jugoslawen aufging. Das Ende der Doppelmonarchie war besiegelt.

8.2. Novemberrevolution



In deutschen Offizierskreisen war die 1918 die Meinung weit verbreitet, dass man auf Friedensangebote nicht eingehen sollte. Stattdessen war man überzeugt bis zum bitteren Schluss zu kämpfen. Diesen Standpunkt der Ehre entsprang am 25. Oktober 1918 bei einem Beschluss der Seekriegsleitung, die Flotte zu einer letzten großen Seeschlacht gegen England zu senden. Gerüchte über diese Todesfahrt führten in der Mannschaft zu Wellen von Befehlsverweigerungen, weswegen das Vorhaben aufgegeben werden musste. In Kiel und in Wilhelmshaven schlug die Stimmung in Rebellion um; Gefangene wurden befreit, Offiziere entwaffnet etc. Die Widersetzlichkeiten sprangen bald auch auf die Stadt über. Andere Soldaten weigerten sich gegen diese vorzugehen und solidarisierten mit ihnen. Die Arbeiterschaft unterstützte die Rebellen ebenfalls. Um der Koordination wegen wurden Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, während sich im Land der Ungehorsam und die Auflehnung im ganzen Land verbreitete. An immer mehr Orten beanspruchten Soldaten- und Arbeiterräte die Macht. Am 9. November erreichten die Aufstandsbewegungen Berlin. Um die revolutionäre Stimmung zu besänftigen, ließ Bundeskanzler Max von Baden verlauten, der Kaiser habe sich entschlossen den Thron aufzugeben. Beabsichtigt hatte er Friedrich Ebert von der SPD für den Posten des Reichskanzlers und Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorzuschlagen. Am Mittag des 9. Novembers übertrug Prinz Max von Baden das Amt des Reichskanzlers an Friedrich Ebert. Ohne Rücksprache mit Ebert, verkündete Philipp Scheidemann gegen 14 Uhr vom Fenster des Berliner Reichstags die Republik. Er versicherte, in der Regierung würden alle sozialistischen Parteien Platz finden, hob aber hervor, dass nun Ordnung und Sicherheit an vorderster Stelle stehe. Verfügungen und Anordnungen vom Kriegsministerium seien zu akzeptieren, wenn diese von einem Mitglied der Regierung gekennzeichnet wurden. Zwei Stunden später erfolgte vom Berliner Staatsschloss die Ausrufung von Karl Liebknecht der freien sozialistischen Republik. Noch am selben Tag ging Kaiser Wilhelm II von Spa aus nach Holland ins Exil. Am 11. November unterschrieb das Deutsche Reich im Campiègne im nordfranzösischen Département den Waffenstillstand. Durch das Akzeptieren der strikten Bedingungen wurde eine Wiederaufnahme des Krieges unmöglich gemacht: Die umgehende Räumung von besetzten Gebieten, die Rückführung der Truppen hinter die Grenzen von 1914, die Räumung des linken Rheinufers und Besetzung von alliierter Gebiet, die Ablieferung von Kriegsgerät und -Material und die Abrüstung der Flotte wurde von den Deutschen gefordert. Um weiterhin Druck auf das Deutsche Reich auszuüben, wurde die Seeblockade bis zum Sommer 1918 aufrechterhalten. In den Wochen nach Kriegsende, sorgte die neue Regierung mit Freikorps bestehend aus konservativen Soldaten für Ordnung im Land. Am Ende des Krieges waren sehr viele Menschen in Deutschland der Auffassung, dass der Krieg eigentlich noch nicht militärisch verloren war. Tatsächlich hatte die Propaganda innen ein viel hoffnungsvolleres Bild des Kriegs gegeben. Der Krieg war schon seit viele Jahren außerhalb des Landes geführt worden, kein fremder Soldat war zu Kriegsende auf deutschem Boden, kein deutscher Landstrich verwüstet. Die deutsche Bevölkerung sah in denen, die nicht bis zum Schluss kämpfen wollten, Vaterlandsverräter und Feiglinge. Sie wollten nicht glauben, dass das, was ihnen jahrelang erzählt wurde, einfach nicht zutraf.

8.3. Friedensverträge und Verhandlungen

Schlussendlich wurde der Erste Weltkrieg mit einer Reihe von Verträgen besiegelt. Die jeweiligen Verhandlungen fanden jeweils in Orten rund um Paris statt, von denen die Verliererstaaten weitestgehend ausgeschlossen wurden. Der bekannteste von ihnen ist

der von Versailles der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde und die Bedingungen für Deutschland festlegte. 1919 wurde ebenfalls in Saint-Germain-en-Laye für Deutsch-Österreich und in Neuilly für Bulgarien Friedensverträge vereinbart. 1920 folgten in Trianon für Ungarn in Sévres und für die Türkei entsprechende Verträge. Verpflichtung war es für alle Parteien, dem Völkerbund beizutreten, um zukünftige Konflikte dort zu regeln. Bei den Verhandlungen in Versailles zum Vertrag von Deutschland traten die 14 Punkte von US-Präsident Wilson immer mehr in den Hintergrund. Stattdessen war der französische Präsident Clemenceau an mehreren Punkten beteiligt. Ihm war gelegen den östlichen Nachbar langfristig militärisch, politisch und wirtschaftlich zu beschränken und enorme Reparaturzahlungen zu verlangen, für die Schäden die Deutschland Frankreich zugefügt hatte. Aus der Sicht vieler französischer Politiker (wie zum Beispiel Pétain, Poincaré) gingen die Waffenstillstandsbedingungen nicht weit genug. Sie verlangten, den Krieg bis auf deutschem Territorium zu tragen, konnten sich aber nicht durchsetzen.

Der Versailler Vertrag verpflichtete Deutschland unter anderen:

- zu Gebietsabtretungen: Elsass-Lothringen an Frankreich; Posen und Westpreußen an Polen; das Memelgebiet, das von Frankreich bis 1923 verwaltet werden sollte, von Litauen annektiert wurde; das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei
- zur Akzeptanz von Volksabstimmungen in einigen Gebieten über die staatliche Zugehörigkeit (Nordschleswig, Regierungsbezirk Marienwerder und Allenstein, Eupen-Malmédy, Oberschlesien, Saargebiet)
- zur Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs
- zur vorübergehenden Hinnahme der Besetzung der linksrheinischen Gebiete
- zum Verzicht auf alle Kolonien, die dem Völkerbund unterstellt werden sollten, die aber zum größten Teil an die Herrschaftsgebiete von Frankreich und Großbritannien gingen.
- zur Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials, zur Aufhebung der Wehrpflicht, und die Anerkennung einer Obergrenze von 100 000 Mann für ein neues Landheer und von 15 000 Mann für eine neue Marine
- zur Ablieferung größerer Handelsschiffe, großer Mengen an Maschinen, Rohmaterialien und Lebensmitteln

Offengelassen wurde bei den Verhandlungen in welcher Höhe die Reparationszahlungen ausfallen würden, die Deutschland in den nächsten Jahren zu bezahlen hat. Hier wurde grundsätzlich im Kriegsschuldparagraph festgelegt, dass "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörige in Folge des ihnen durch den Angriff Deutschlands aufgezwungenen Krieges erlitten haben." Zur Bestimmung der genauen Höhe wurde eine Reparationskommission gegründet, die im Mai 1921 eine Summe von 132 Milliarden Goldmark festlegte. "Schmachfrieden" urteilten die deutschen Politiker und Bürger über die Bedingungen, obwohl sie den Status Deutschlands, als größte Volkswirtschaft nicht ernsthaft gefährdeten. Dass das Deutsche Reich im Vertrag von Brest-Litowsk Russland weitaus strengere Bedingungen aufgedrückt hatte, war schnell vergessen. Weit verbreitet war ebenfalls die Auffassung, dass die alliierten Mächte nicht über das moralische Recht verfügten, Deutschland so einzuschränken. Deshalb standen anfangs viele deutsche Nationalisten der Weimarer Republik ablehnend gegenüber. Man

hielt sie nicht für imstande, der Nation den Rang in der Welt zu verschaffen, der ihr immer noch zustand. Es war für sie unbegreiflich, dass ein Kampf um die Vormachtstellung in Europa mit einem Machtverlust Deutschlands endete. Aus ihrer Sicht resultierte die Niederlage auch nicht aus der militärischen Überlegenheit der Feinde, sondern aus dem mangelnden Siegeswillen der eigenen Nation, der auch erst die "Novemberverschöcker" an die Macht gebracht hat. Unmittelbar nach dem Krieg kam deshalb die Dolchstoßlegende auf. Laut ihr hatten "vaterlandslose Elemente" mit ihren Streiks und Unruhen die Heimatfront zersetzt und seien somit den Kämpfern an der Front in den Rücken gefallen. Aus diesem Grund entstand auch das Verlangen, den verlorenen Weltmachtstatus wiederzuerlangen. An diese Vorstellung knüpften schon bald die Nationalsozialisten an und bauten es zu ihrem aggressiven politischen Programm aus.

Die Pariser Verträge sorgten nicht nur für neue Bedingungen in Deutschland. Sie änderten auch die europäische Landkarte von Ost nach West. Die Westmächte sahen im bolschewistischen Russland aufgrund seiner antikapitalistischen Ausrichtung eine Gefahr für die innenpolitische Stabilität in anderen Ländern und für den Weltfrieden. Aus diesem Grund unterstützten sie im russischen Bürgerkrieg die "weißen Truppen", sondern waren auch darauf ausgelegt, auf ehemaligem russischen Territorium eine Reihe von kleinen Staaten zu erschaffen beziehungsweise zu stärken, die als "Quarantänegürtel" ("cordon sanitaire") gegen den revolutionären Virus fungieren sollte: Finnland, die baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen), Polen und Rumänien. Dabei wurde damit gerechnet, dass das Selbstbestimmungsrecht das ihnen von den Westmächten eingeräumt wurden, sie zu ihre Verbündeten machen würde.

Auch das ehemalige Territorium des Habsburgerreiches wurde dazu benutzt, neue Staaten zu gründen und alte zu vergrößern. Österreich und Ungarn wurden jeweils zu Mittelstaaten degradiert und ihnen untersagt, ihr Herrschaftsgebiet auf umlegende Staaten zu vergrößern. Serbien, das trotz hoher Verluste zu den Siegern des Ersten Weltkrieges zählte, wurde eine Herrschaftsausdehnung über den Balkan gestattet. Schon am 1. Dezember 1918 wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" ausgerufen, ein ethnischer Staat der 1929 in "Jugoslawien" umbenannt wurde und erst in den Bürgerkriegen der 1990er Jahre zerfiel. Ein gänzlich neuer Staat war die Tschechoslowakei, ein gemeinsamer westslawischer Staat der Tschechen und Slowaken, der schon am 26. Oktober 1918 ausgerufen wurde. Territoriale Zugewächse kamen aus den ehemaligen Habsburgerreich auch Italien (Südtirol und Istrien), Rumänien (Sienbürgen) und Polen (Gallizien) zugute.

Auch der Türkei wurde mit dem Friedensvertrag von Sèvres (10. September 1920) harte Bedingungen auferlegt, zu denen erhebliche Gebietsabtretungen, wirtschaftliche Sonderrecht für die Entente Mächte und eine Kontrolle der Staatsfinanzen gehörte. Gegen diesen Vertrag entstand eine nationalrevolutionäre Bewegung unter Mustafa Kemal ("Atatürk"). Ihr gelang es, griechische Truppen, die seit dem Frühjahr 1919 in den kontinentaleuropäischen Teil der Türkei und von Smyrna in den westlichen Teil eingedrungen war, zurückzuwerfen. Vom Völkerbund musste die Türkei die Vergebung arabischer Gebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches an Großbritannien

(Mesopotamien beziehungsweise Irak und Palästina) und Frankreich (Syrien und Libanon) akzeptieren.

9. Der Krieg in der Rückschau

Nach dem Ende des Krieges, waren viele Nationen darum bekümmert, wie ihre Soldaten, und damit die Nation selbst in Erinnerung bleibt. In den Kulturen der Sieger und der Besiegten entstanden Denkmäler des Gedenken und der Rückschau. Nicht vergessen sollte man die künstlerische Verarbeitung in Literatur und Film.

Dass einfachen Soldaten Denkmäler errichtet wurden, ist ein Phänomen aus dem bürgerlich demokratischen Zeitalter. Früher wurden nur Herrschern und Feldherren Denkmäler errichtet, nicht aber einfachen Soldaten. Diese postume Wertschätzung ist Resultat einer bürgerlichen Veränderung, die seit der französischen Revolution begann. Im Ersten Weltkrieg entwickelte sich der Krieg zu einer Sache der Bürger. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, dass nach Kriegsende Verwaltungsstellen sich mit der Frage beschäftigten, wie das Andenken der vielen toten Soldaten am besten bewahrt werden soll. Dabei galt per Definition jeder tote Soldat als „Held“, egal wie jämmerlich er gestorben ist. In den Medien wurde die brutale Wirklichkeit ideell überhöht und zu einem Mythos des Kampfes und der Aufopferung für das Vaterland idealisiert.

Während dem Toben der Schlacht, wurden die Toten meist in provisorischen Gräben beerdigt. Erst nach dem Krieg wurden ihnen ehrenhafte Gräber gestattet, die meist in der Nähe der Front angelegt wurden. Solche Soldatenfriedhöfe erkennt man an den weißen Kreuzen, die für die gefallenen Soldaten stehen. An einigen wurde zusätzlich noch der Name des Gefallenen eingraviert, so fällt einem bei einem Besuch von einem Soldatenfriedhof auf, dass viele Kreuze nur weiß sind. Das ist darauf zurückzuführen, dass einige Soldaten nach ihrem Tod nicht mehr identifizierbar waren. Erst einige Jahre nach dem Krieg begannen die Staaten in der Nähe solcher Friedhöfe größere Denkmäler zu errichten. Auffallend sind die französisch-englischen Denkmäler an der Westfront. Für die deutschen Soldaten die an der Westfront starben, wurden, gemäß wie es sich für den Verliererstaat ziemt, nur simple Denkmäler errichtet. An der Ostfront erbauten die Deutschen zahlreiche bemerkenswerte Denkmäler. Dazu zählt das Tannenbergdenkmal, ein trutziges Monumentalbauwerk, das dem Sieg über die Russen gewidmet war. Die oktagonale Anlage war über ein Massengrab errichtet worden, indem 20 unbekannte Soldaten begraben worden sind. Zu Gedenken an die Opfer des Kriege errichteten zumeist Vereine und Initiativen lokale Kriegsdenkmäler. Damit sollten alle Bürger geehrt werden, die für das Vaterland gefallen waren. Wer heute durch die kriegführenden Staaten reist, wird nicht viele Orte finden, ohne eine solche Gedenktafel. Auf diesen wurden meist die Namen der gefallenen Soldaten eingraviert. Besonders in kleinen Orten lässt der gleiche Nachname vieler Namen erahnen, welchen „Blutzoll“ einige Familien für den Krieg erbracht haben. Eine Ausnahme bildet Russland: Da der Krieg in den Bürgerkrieg überging, war es unter der Herrschaft der Bolschewiki keine Ehre mehr, für das Vaterland gestorben zu sein.

Denkmäler und Gedenkstätte sind auch immer Orte von Zeremonien und Rituale, die an offiziellen Gedenktagen stattfinden. Zudem wird die Erinnerung an den Krieg nicht nur

durch Denkmäler bewahrt, sondern auch von schon während dem Krieg gegründeten Sammlungen, Bibliotheken, Archiven etc.

Nach dem Krieg kam eine ungeheure Flut von Publikationen über Europa. Diese stammten oft von Soldaten und versuchten die Fronterlebnisse zu verherrlichen. Am bekanntesten ist wohl „In Stahlgewittern“ von Ernst Jünger. Bücher die sich kritisch mit dem Krieg auseinandersetzen, fanden nicht viele Leser. Ernst Toller, der wie viele andere Künstler auch, 1914 freiwillig in den Krieg zog, ist mit vielen Orden ausgezeichnet worden. 1916 änderten sich aber seine Überzeugungen schlagartig und er wurde zum Revolutionär und Kriegsgegner. Seine Ideen spielen auch in den meisten seiner Schriften eine wichtige Rolle. Karl Kraus arbeitete seit 1915 an „Die letzten Tage der Menschheit“. Die „Tragödie in fünf Akte“ erschien 1922 mit einer Auflage von 5000 Stück. Der tschechische Schriftsteller Jaroslav Hasek veröffentlichte von 1921 bis 1923 den modernen Schelmenroman „Die Abenteuer des braven Soldaten Schweik“, in dem sich der „kleine Mann“ als Hauptcharakter durch List und Tücke durch den Kriegsalltag schlägt. Von Thomas Mann erschien 1924 „Der Zauberberg“. Ein Werk, das schon vor dem Krieg begonnen wurde, und erst während dem Krieg zu der Darstellung des europäischen Geistesleben am Vorabend des Krieges wurde. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erschienen zahlreiche Romane, die sich primär mit dem Grauen des Krieges, zum Beispiel „Der Streit um den Sergeant Grischar“ von Arnold Zweig, „Jahrgang 1902“ von Ernst Glaeser oder „Heeresbericht“ von Edlef Köppen. Aufruhr erregte Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“, das nach seinem Erscheinen vom US-Amerikaner Lewis Milestone verfilmt wurde. Nationalsozialisten und andere Sozialisten starteten Diffamationskampagnen, da, ihrer Auffassung nach, die im Buch dargestellten „ängstlichen“ Soldaten, das Ansehen der deutschen Frontsoldaten schädigten.

Zu den Gründen des Ersten Weltkrieges gibt eine überschaubare Anzahl von wissenschaftlichen Erklärungen. Längst haben Geschichtswissenschaftler ihre eigene Wissenschaft entwickelt, die die Konferenzen vor dem Krieg unter die Lupe nimmt, um den eingeschlagenen Weg besser verstehen zu können. Viele Historiker beziehen sich bei der Kriegsschuldfrage auf den Versailler Vertrag, der im § 231 beantwortet wird. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass in der Nachkriegszeit, die deutsche Regierung versuchte, durch Revisionen des Vertrages die Kriegsschuld auf einen anderen zu übertragen oder zumindest zu teilen. Frankreich unter Raymond Poincaré (Staatspräsident von 1913-1920) hat auch aus dem Grund auf einen Krieg hingearbeitet, um sich für den 1870/71 verlorenen Krieg zu revanchieren und den Verlust Elsass-Lothringens rückgängig zu machen. Die Auffassung der getrennten Verantwortung für den Krieg war aber auch in anderen Staaten verbreitet. Die USA räumte unter Präsident Wilson einen Teil der Schuld wegen der von ihm unterschriebenen Geheimverträge ein. Auch dass der amerikanische Senat dem Versailler Vertrag 1919 nicht zustimmte, könnte als Ablehnung der Alleinschuld verstanden werden. Unter David Lloyd George, der von 1916 bis 1922 englischer Premierminister war, schrieb Anfang 1930 in seinen Memoiren: „The nations slithered over the brink into the boiling cauldron of war.“ In Europa machte sich eine revisionistische Sicht auf die Kriegsschuldfrage breit. Auch die UdSSR hatte von Anfang an, an der alleinigen deutschen Kriegsschuld gezweifelt, allerdings aus ganz anderen Gründen als die USA. Schon Lenin hatte in seiner berühmten Schrift „Imperialismus-das höchste Stadium des Kapitalismus“, die Kapitalistische Konkurrenz um Kolonien, Märkte und Investitionen als Hauptgrund des Krieges angesehen. Deshalb war es ihnen wichtig, dass

alle kapitalistischen Staaten die Kriegsschuld übernehmen. Darunter zählte auch Russland unter der Herrschaft der Zaren.

Nach den Auseinandersetzungen um die Gründe und Schuld des Ersten Weltkrieges, wurden seit den 1920er Jahren die Regierungen der Staaten verpflichtet, diplomatische Dokumente zu veröffentlichen, um zu belegen, dass man nicht viel anders gehandelt hatte als die anderen. Russland fiel dies am leichtesten, da es alle Verbindungen zum autokratischen Zarenreich ablehnte.

Die Politik der deutschen Nachkriegszeit war dominiert vom Abstreiten der Kriegsschuld. Das zeigt sich zum Beispiel im Schicksal der vom Rechtshistoriker Hermann Kantorowicz über die Schuldfrage im Ersten Weltkrieg publizierte Studie. Das 1927 fertiggestellte Gutachten wurde nicht publiziert, weil es zu dem von der Politik unerwünschten Ergebnis gelangte, dass die Mittelmächte die Hauptschuld am Ersten Weltkrieg trugen. Erst 40 Jahre später kam es zu der Veröffentlichung. Der zweite Weltkrieg rüttelte nicht an der Überzeugung, dass Deutschland nicht die Hauptschuld am Großen Krieg trägt. Man bereite sich vielmehr auf den Kalten Krieg vor, und versuchte sich einem Platz im freien Westen zu erkämpfen. Da blieb nicht viel Platz um über die deutsche Kriegsschuld am Ersten und Zweiten Weltkrieg zu reden. Auch die ehemals feindlichen, nun aber durch den Warschauer Pakt verbündeten westlichen Staaten, hielten sich mit der Schuldweisung Deutschlands zurück. Man schilderte stattdessen den Nationalsozialismus als eine einmalige Abirrung Deutschlands, dessen eingeschlagener Weg sich vom Weg anderer Staaten nicht viel unterschied.

1961 veröffentlichte dann Fritz Fischer ein Buch mit dem Namen „Griff nach der Weltmacht“, das eine heftige geschichtswissenschaftliche Kontroverse auslöste. Fischer vertrat die These, dass Deutschland alleine für den Ersten Weltkrieg verantwortlich war. Deutschland habe gezielt durch Annexionen und Formen der indirekten Herrschaft eine politische Vormachtstellung auf dem europäischen Boden und damit eine wahre Weltposition angestrebt. Damit widersprach Fischer den meisten Westdeutschen Historikern, die alle der Meinung waren, alle Staaten hätten maßgeblich zur Eskalation der Situation 1914 mitgewirkt und seien in einen Krieg hinein „geschlittert“. Vielen schien die von Fischer eingenommene Position viel zu weit vom Versailler Vertrag zu sein. Sollte aber Fischers These stimmen, ließen sich Parallelen zwischen dem kriegstreiberischen Deutschen Reich und dem aggressiven-kriegerischen Deutschen Reich ziehen. Auch der Nationalsozialismus erschien so in einem anderen Licht: er könnte nicht mehr als Ausrutscher angesehen werden. Er schien vielmehr Ausdruck eines stetigen Machtbestrebens, dass tief in der Eigenart der Deutschen verankert ist. Die Kontroverse ging also viel mehr um die Gründe und Ursachen des Nationalsozialismus. Diese Kontroverse ging sogar so weit, dass eine Vortragsreise Fischers von namhaften Historikern (wie zum Beispiel Gerhard Ritter) und sogar von Politikern (zum Beispiel der damalige Außenminister Gerhard Schröder) hintertrieben wurde.

Heute wird deutlich, dass eine erhebliche Schwäche der Debatte war, dass man sich nicht ausreichend mit der internationalen Politik auseinandergesetzt hatte. Im Mittelpunkt standen die deutschen Politiker, Militärs und Unternehmer. Während Fischer und seine Anhänger sie alleine für den Krieg verantwortlich machen, halten Fischers Gegner fest, dass sie von feindlichen Mächten eingekreist gewesen und haben sich im Prinzip nicht anders verhalten als die anderen Großmächte. Heute wird unter deutschen Geschichtswissenschaftler meist die Auffassung geteilt, dass Deutschland 1914 zur

Sicherung seiner Vormachtstellung bewusst das Risiko eines Krieges eingegangen ist. Dabei wird die „Einkreisungsvorstellung“ nicht einfach negiert oder als unwichtig abgetan, sondern als in der deutschen Gesellschaft und Politik abgetane Vorstellung der damaligen Situation.

Die Forschung des Ersten Weltkriegs scheint sich in der jüngeren Zeit wieder von der lange dominierenden Auffassung zu entfernen, dass Deutschland die alleinige Schuld für den Krieg zukommt. So kam Christopher Clark in seinem Buch „The Sleepwalkers“ (dt.: Die Schlafwandler) zu dem Ergebnis, dass sich die europäischen Großmächte in eine Konstellation hinein manövriert hatten, in der sich alle wechselseitig bedroht fühlten. Dementsprechend hatten sie immer weit aufgerüstet und ihre Bündnisbänder verstärkt, ohne Rücksicht auf die „Gefühle“, Ängste und Befürchtungen der anderen Staaten zu nehmen. So nähert man sich wieder der alten These, dass es für den Krieg keinen Alleinschuldigen gibt, sondern alle Staaten einen großen Anteil an der Katastrophe zu verantworten haben.

Der „Große Krieg“ hatte seinen Grund in der Konkurrenz der kapitalistischen europäischen Großmächte, die auf Einfluss auf dem Kontinent und auf der gesamten Welt aus waren. Das gegenseitige Blockieren und Antichambrieren waren ihnen zunehmend unerträglich geworden, so dass ihnen die ultimative Entscheidung in Form eines Krieges unausweichlich erschien. Der Erste Weltkrieg ergab sich also nicht aus einem Fehlverhalten, sondern resultierte aus dem Widerspruch zwischen den Ansprüchen, Mitteln, Möglichkeiten. Es handelte sich um kein überzeitliches Streben nach Macht. Viele kapitalistische Volkswirtschaften traten gegeneinander an, für deren wachsenden Bedarf an Rohstoffen, ein Eindringen in fremde Herrschaftsgebiete immer dringender geworden war. Dieses wirtschaftliche Interesse unterstützten sie, in dem sie sich gegenseitig als Großmacht akzeptierten.

Das militärische Ringen um die Weltmacht war dadurch gekennzeichnet, dass sich potente Industriestaaten gegenüberstanden, die immer weiter personelle und materielle Ressourcen für den Kriegszweck einnahmen. Für die Kriegsführung verloren offensive Konzepte an Bedeutung, da der Feind in einem Graben sitzt. Man musste den Feind „ausbluten“ lassen. Die Staaten konnten bei der Inanspruchnahme ihrer Gesellschaft auf den Nationalismus ihrer Bürger zählen, die die Verteidigung ihres Vaterlands als eine Pflicht sahen. Dieser Nationalismus bestand zumindest so lange, bis noch eine halbwegs realistische Chance auf Gewinn bestand. Künstler und Wissenschaftler trugen dazu bei, dass der Krieg als notwendig erachtet wurde. Dieser Nationalismus entwickelte sich weiter zu einem „völkischen Nationalismus“, der sich bis zum Zweiten Weltkrieg zu verbreiten begann.

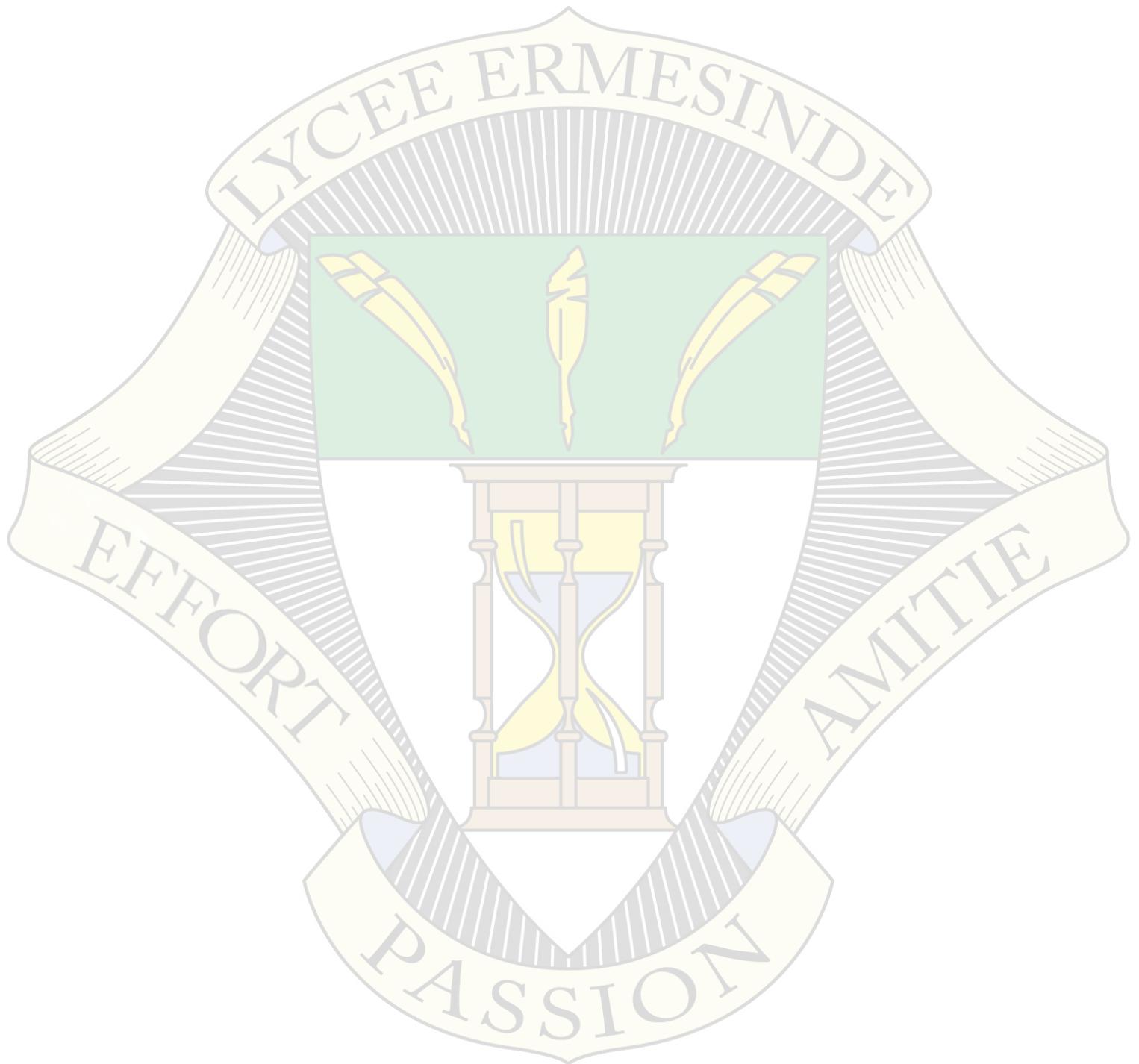
Die Alliierten konnten am Ende des Krieges mit dem außenpolitischen Ergebnis zufrieden sein. Deutschland war militärisch und politisch geschwächt und das Habsburger Reich in handbare Einzelstaaten zerlegt. Aus dem Territorium des alten Reiches entstanden eine Reihe von Pufferstaaten gegen das revolutionäre Russland. Frankreich und Großbritannien blieben als einzige europäische Großmächte bestehen. Es gelang ihnen, ihren Einfluss in den Kolonien auszuweiten. Denn die Situation vor dem Krieg begann sich zu wiederholen: wieder kämpften kapitalistische Staaten um den besten Markt. Doch Deutschland blieb das bevölkerungsreichste und ökonomisch führende Land Europas, von dessen wirtschaftlicher Macht viele kleinere und größere Länder abhingen. Innenpolitisch musste aber Deutschland die Verarmung der Mittelschicht hinnehmen, die verstärkt wurde durch die Hyperinflation von 1923. Die Arbeiterbewegung wurde paradoxerweise sowohl gestärkt als auch geschwächt. Sie hat sich im Krieg als unentbehrlich herausgestellt und

dafür auch Anerkennung und Zugeständnisse erhalten. Sie wurde geschwächt weil die Bewegung sich in eine sozialdemokratische und kommunistische Strömung spaltete. Dies hatte besonders fatale Folgen, weil auf der konservativen Seite der Regierung eine ideologische Entwicklung einsetzte, von der alle „Roten“ betroffen waren.

Viele derjenigen, die in Deutschland bis zum Kriegsende bereit gewesen waren, ihr Leben für die Verteidigung des Vaterlandes zu geben, wollten sich nicht mit der Niederlage ihrer Nation abfinden. Als enttäuschte Nationalisten sahen sie den Grund ihrer Niederlage und die darauf entstandenen soziale, wirtschaftliche und politische Lage nicht in der Überlegenheit der Gegner, sondern in der mangelnden Opferbereitschaft des eigenen Volkes. Dafür machen sie Kräfte verantwortlich, die ihrer Meinung nach, den Zusammenhalt des Volkes zersetzt haben, vor allem die Juden und die „Sozis“, die zum



Teil der alt bürgerlichen Elite gehörten. Da war der Übergang zu einer „völkischen“ Politik nicht weit.



Literatur und Abbildungshinweise

Literatur:

Berghahn, Volker: Der Erste Weltkrieg, 4.Auflage, München 2009

Clark, Christopher: The Sleepwalkers: How Europe went to War in 1914, London, 2012. (Dt.:Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.)

Ferro, Marc: Der Grosse Krieg, Frankfurt a.M. 1988 (französische Originalausgabe 1969)

Henke-Bockschatz, Gerhard: Der Erste Weltkrieg-Eine kurze Geschichte, Stuttgart, 2012

Weblinks

Meyer, Fritjof: Auf der Stelle erschießen- Staatsgründer Wladimir Iljitsch Lenin Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13981253.html>, Aufgerufen am 11.06.2016

Schrep, Bruno: Gebrochen an Leib und Seele- Das Heer der Krüppel, Zitterer und Blinden, Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-30300025.html>, Aufgerufen am 11.06.2016 Sontheimer,

Michael: Wir hauen ein Loch hinein- Ludendorffs Niederlage an der Westfront, Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-30300038.html>, Aufgerufen am 11.06.2016

Kloth, Hans Michael: Wieder einer, wieder einer- die Furcht vor Spitzeln und Spionen löste auf allen Seiten Massenhysterie aus, Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-30300039.html>, Aufgerufen am 11.06.2016

Hirschfeld, Gerhard: Let op, Levensgevaar- Der Elektrozaun an der belgisch-niederländischen Grenze, Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-30300027.html>, Aufgerufen am 11.06.2016

Le Maner, Yves: Overview of the war on the western front, Link: <http://www.remembrancetrails-northernfrance.com/history/battles/overview-of-the-war-on-the-western-front.html>, Aufgerufen am 12.06.2016

